Nr. 256. Jahrg. 13.

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis pränum.: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg., Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Sonnabend, den 31. Oktober 1896. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. November eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts"

mit der illustrirten Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt".

Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungsspediteure sowie **unsere Expedition, Beuthstr. 3,** Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämmtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

2,20 M. für die Monate November-Dezember

entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungsliste für 1896 unter Nummer 7277.)

Redaktion und Expedition des „Vorwärts".

Die Wahlen in Ungarn.*)

Die seit Reichstagsschluß in Fluß gekommene, nahezu drei Wochen dauernde Wahlbewegung naht ihrem Ende. Die verschiedenen Bourgeoisparteien machen die letzten Anstrengungen, um an den am 28. l. M. beginnenden 5 Wahltagen die Kraftprobe zu bestehen. Wir sagen Bourgeoisparteien, weil in Ungarn, das betreffs des Wahlrechtes seit 1848 keinen politischen Fortschritt zu verzeichnen hat, von 17 Millionen Einwohnern blos 800 000 des auf einen Steuerzensus basirten Wahlrechts theilhaftig sind, während die große Masse der landwirthschaftlichen und industriellen Arbeiterschaft, sowie zahlreiche Kleingewerbetreibende von der politischen Meinungsäußerung vollständig ausgeschlossen sind. Nicht blos die eigentliche Arbeiterklasse ist politisch rechtlos, sondern auch ein Theil des Kleinbürgerthums in jenen Gegenden, wo die verschiedenen Nationalitäten, die Slovenier, Rumänen und Serben dominiren oder einen bedeutenden Bruchtheil der Bevölkerung liefern. Das Wahlgesetz, das zwölf verschiedene Zensusstufen für die verschiedenen Gegenden des Landes feststellt, ergänzt mit einer raffinirten Wahlkreis-Geometrie, ist nicht blos Ursache, daß die Bestrebungen des Proletariats wie der unterjochenden Schichten des Kleinbürgerthums und der Kleinbauernschaft nicht jenen Ausdruck finden können, den die Theilnahme an Gesetzgebung und Verwaltung durch die Wahl von Volksvertretern sichert, sondern ermöglicht es auch, daß die Klassengesetzgebung die einseitigen Interessen der Besitzenden einer Nationalität und zwar der herrschenden magyarischen besitzenden Klasse fördert. Trotz dieser ungünstigen Situation hat ein Theil unserer Parteigenossen sich entschlossen, bei den diesjährigen Wahlen Kandidaten aufzustellen. Ein großer moralischer Erfolg, die Verbreitung unserer Ideen in Kreisen, die uns sonst nicht zugänglich sind, ist uns gewiß.

Die Wahlkampagne scheint neue Parteikonstellationen vorzubereiten, die jedenfalls neue Parteigruppirungen auf grund neuer Programme nach sich ziehen werden. Fünf Parteien stehen einander gegenüber. Die liberale Regierungspartei, als Vertreterin der interkonfessionellen Bourgeoisie, welche in der vergangenen Reichstags-Periode nach hartem Kampfe mit dem Oberhause die Zivilehe und die damit zusammenhängenden Kirchengesetze durchdrückte; die Nationalpartei des nichts als schönrednerischen Apponyi, der einen kleinen Bruchtheil des oppositionellen Landadels und Magnatenthums um sich schaart mit dem armseligen Programm der Negation des Regierungsstandpunktes und dem Prinzip des ôte toi, que je m'y mette (Hebe Dich hinweg, damit ich mich niedersetzen kann); die beiden Unabhängigkeits-Parteien unter der Leithammelung von Kossuth beziehungsweise Ugron, die zwar beide die bloße Personal-Union mit Oesterreich erstreben, sich aber derzeit auf das heftigste befehden, weil die Ugronisten die Revision der Kirchengesetze fordern, während Kossuth und sein Anhang in dieser Frage, als einem Postulate des Bourgeois-Liberalismus, die Regierung unterstützt. Endlich ist die sogenannte Volkspartei bei den allgemeinen Wahlen zum ersten Male in konzentrirter Kraft aufgetreten, indem sie auf einen Wurf mehr als 80 Kandidaten aufstellte und einen bedeutenden Theil davon in das Parlament zu bringen hofft. Die Volkspartei, deren Leiter Graf Ferdinand Zichy als Ritter des goldenen Vließes im Rang eines Erzherzogs steht, ist derzeit noch das Sammelbecken verschiedenartiger Elemente, die alle durch die Hauptforderung: Revision der Kirchengesetze, vereinigt werden. Der Hochadel, die niedere Geistlichkeit, das Bauernthum der verschiedenen Nationalitäten, die antisemitisch gesinnten Kleinhandwerker sind hier beisammen und entfalten eine Rührigkeit in der Wahlagitation, wie sie hier zu Lande bislang ganz unbekannt war.

„Revision" ist das Feldgeschrei dieser Leute, im Programm der Volkspartei finden sich aber auch noch andere Sächelchen, die breite Volksmassen anziehen und beweisen, daß der edle gräfliche Führer, ein Erzkonservativer, feine Witterung hat für die Forderungen der Zeit. Für die ohne Unterschied der Konfession elend dotirte Geistlichkeit sollen die Güter des Hochklerus zur Beitragsleistung herangezogen werden, dem Kleinbauern wird die Verminderung der Steuerlast versprochen und gewisse Bodenreformen in Aussicht gestellt, das städtische Proletariat wird mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechts gewonnen.

Eigentlich wird die Wahlbewegung von zwei Parteien, der „liberalen" Regierungspartei und der Volkspartei, beherrscht. Aber nicht blos neue Parteigruppirungen, auch Parteidislokationen sind in Vorbereitung. Die Unabhängigkeitspartei schöpfte bisher ihre Mandate in der Regel aus den magyarischen Gegenden der Tiefebene und aus dem Székllerlande. Die Nationalpartei rekrutirte sich zumeist aus den gemischtsprachigen Gegenden und einigen wenigen Bezirken Siebenbürgens. Dagegen beherrschte die Regierungspartei die Hauptstadt, das slovakische Oberland, die von Serben, Schwaben und Rumänen bewohnten südlichen Komitate, die nordöstlichen Karpathen, endlich die sächsischen und rumänischen Bezirke Siebenbürgens. In diesen nichtmagyarischen Gegenden waren infolge der Passivitätspolitik der Slovaken, Serben und Rumänen, in 100 Bezirken einstimmige Wahlen zu gunsten der liberalen Partei. Fünfzig Bezirke sind der Tradition entsprechend so oppositionell, daß die Regierung sich um diese keine Mühe machte und ihre ganze Kraft den restlichen 260 Bezirken zuwendete. Konnte die liberale Regierung von letzteren 130 Bezirke erobern — was ja in Ungarn mittels Bestechungen und anderen Praktiken eine Leichtigkeit ist — so hatte sie bereits eine Majorität von 20 Stimmen im Reichstage. Dabei fand die liberale Regierungspartei im Amtsapparate, im Wahlfonds und auch im katholischen und griechischen Hochklerus sowie in der protestantischen Geistlichkeit eine sichere nie versagende Unterstützung. Diese Verhältnisse in Verbindung mit dem Wahlzensus und der öffentlichen Wahl verursachten die Stabilität der parlamentarischen Sachlage. Nie konnte eine Regierung bei den Wahlen unterliegen, niemals konnte die liberale Parteiherrschaft im Parlamente gestürzt werden. Ein einziges Mal war die liberale Partei in ernster Gefahr anläßlich der Verhandlungen des Zivilehe-Gesetzes, als ein Bruchtheil von zirka 25 Abgeordneten aus der Partei austrat und eine Anzahl von liberalen Parteigängern vor der Abstimmung sich absentirte. Da eilte ihr jedoch die Kossuth-Fraktion der Unabhängigkeitspartei zu Hilfe und rettete ihre nunmehr fast dreißigjährige Herrschaft.

Seither hat sich jedoch die Sachlage gründlich geändert. Die Volkspartei trat auf den Plan mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechts, der Revision der Kirchengesetze und

*) Dieser Artikel unseres Budapester Korrespondenten ist vor der Wahl geschrieben. Der Stoffandrang zwang uns, seine Veröffentlichung bis heute hinauszuschieben. Wie richtig die Beurtheilung der Situation in Ungarn war, beweist das Wahlergebniß.

107]

Rienzi.

Der letzte der römischen Volkstribunen.

Roman von Edward Lytton Bulwer.

Man sah ein schnelles Erröthen über die Wange der Signora ziehen, aber es schien mehr das Erröthen des Unwillens, als das der Eitelkeit zu sein, eine große Blässe folgte unmittelbar darauf. Sie heftete ihre stolzen und gebieterischen Augen auf den verliebten Spanier und sagte mit leiser Stimme:

„Herr Kardinal, ich will mich nicht stellen, als verstände ich Eure Worte nicht, auch schreibe ich sie nicht auf die Rechnung einer allgemeinen Galanterie. Ich bin eitel genug, zu glauben, daß Ihr Euch einbildet, wirklich die Wahrheit zu reden, wenn Ihr sagt, daß Ihr mich liebt."

„Einbilden! — eben so gut könnte ich mir es nur einbilden, daß ich an die Heiligkeit des Kreuzes glaube," erwiderte der Kardinal.

„Die Dame," erwiderte die Signora, „welche der Kardinal Albornoz mit seiner Liebe beehrt, hat das Recht, Beweise von ihm zu verlangen. Wer hat größeren Einfluß am päpstlichen Hofe, als Ihr? Ich verlange, daß Ihr ihn für mich anwendet."

„Sprecht, verehrte Signora, sind Euch Eure Güter in diesen Zeiten der Gewaltthätigkeit entrissen worden? Hat irgend jemand es gewagt, Euch zu beleidigen? Wünscht Ihr Titel und Würden?"

„Nein, Kardinal, für eine Italienerin und für ein Weib giebt es noch etwas von höherem Werthe, als Reichthum und Titel, es ist die Rache!"

Der Kardinal erschrak fast über den funkelnden Blick, der auf ihn gerichtet war, doch der Geist ihrer Rede berührte eine verwandte Saite in seinem Herzen.

„In diesen Worten", sagte er nach einer kleinen Pause, „erkannte ich Eure hohe Abkunft. Die Rache ist die Leidenschaft der edel Geborenen. Mögen Sklaven und Schurken eine Beleidigung verzeihen!"

„Habt Ihr die letzten Nachrichten aus Rom gehört?" fuhr die Signora fort.

„Gewiß!" erwiderte der Kardinal, etwas befremdet, „wir wären armselige Staatsmänner, wenn wir von dem Zustand der Hauptstadt des päpstlichen Gebietes nicht unterrichtet sein sollten. Mein Herz trauert um jene unglückliche Stadt; aber weshalb fragt Ihr mich nach Rom? Ihr seid —"

„Eine Römerin. Wißt, Herr, daß ich Gründe habe, weshalb ich mich für eine Neapolitanerin ausgebe. Eurer Verschwiegenheit vertraue ich mein Geheimniß an — ich bin aus Rom. Erzählt mir, was Ihr von dort wißt."

„Schöne Signora," erwiderte der Kardinal, „ich hätte errathen sollen, daß dieses Benehmen und diese Züge nicht aus dem leichten Kampanien stammen konnten. Meine Vernunft hätte mir sagen sollen, daß sie den Stempel der Kaiserin der Welt tragen. Der Zustand Roms," fuhr Albornoz in ernsterem Tone fort, „ist bald erzählt. Ihr wißt, daß nach dem Sturz des talentvollen, aber übermüthigen Rienzi der Graf von Minorbino, Pepin (eine Kreatur Monreals), der den Tribunen hatte vertreiben helfen, Rom an Monreal verrathen wollte; aber er war weder mächtig noch klug genug dazu, und die Barone verjagten ihn, wie er den Tribunen verjagt hatte. Einige Zeit darauf wurde ein neuer Demagoge, Johann Cerroni, in dem Kapitol installirt. Dieser vertrieb nochmals die Barone; neue Revolutionen folgten — die Barone wurden zurückgerufen. Der schwache Nachfolger Rienzi's rief das Volk zu den Waffen, aber vergebens. In Schrecken und Verzweiflung mußte er abdanken, und die Stadt wurde wieder den Fehden der Orsini, der Colonna und der Savelli zum Raube."

„Das war mir schon bekannt, aber als Seine Heiligkeit Clemens dem Sechsten folgten —"

„Da", sagte Albornoz und die Röthe stieg ihm in das Gesicht, „da kam der düstere Theil der Geschichte. Es wurden mit der Einwilligung des Papstes zwei Senatoren gewählt."

„Sie hießen?"

„Bertoldo Orsini und einer der Colonna. Einige Wochen später regte der hohe Preis der Lebensmittel die hungrigen Magen des Pöbels auf. Das Volk erhob sich, machte Lärm, bewaffnete sich, belagerte das Kapitol —"

„Gut, gut!" rief die Signora, indem ihre Züge die lebhafteste Theilnahme verriethen.

„Colonna entging dem Tode nur, indem er verkleidet flüchtete. Bertoldo Orsini wurde gesteinigt."

„Gesteinigt! Also einer blieb doch!"

„Ja, Signora, einer von einem großen Hause, dessen geringster Blutstropfen mehr werth war, als ein Ozean von Plebejerblut. Jetzt herrscht in Rom die größte Anarchie und Unordnung. Die Fehden der Patrizier erschüttern die Stadt, und sie wie das Volk haben, so vieler mißlungenen Versuche überdrüssig, keine andere Regierung, als die Furcht vor dem Schwerte. Dieses, Signora, ist jetzt der Zustand Roms. Seufzt nicht; er beschäftigt unserer Sorgfalt. Ich selbst, Signora, werde vielleicht so glücklich sein, den Frieden in Eurer Vaterstadt wieder herzustellen."

„Es giebt nur ein Mittel, Rom den Frieden zurückzugeben," erwiderte schnell die Signora, „und dieses ist — die Wiedereinsetzung Rienzi's!"

Der Kardinal erschrack. „Höre ich recht?" sagte er, „seid Ihr nicht edler Geburt? Könnt Ihr das Emporkommen eines Plebejers wünschen? Sprachst Ihr nicht vorhin von Rache, und jetzt verlangt Ihr Gnade?"

„Herr Kardinal," erwiderte die schöne Dame mit würdigem Ernst, „ich verlange keine Gnade, ein solches Wort darf nicht von den Lippen kommen, die mir auf Gerechtigkeit Anspruch machen. Ich bin allerdings edler Geburt und zwar von einem Geschlecht, gegen dessen Abkunft von den Patriziern des alten Rom der Stammbaum des Hauses von Arragonien wie von gestern erscheinen würde. Nein, ich wollte Eure Eminenz nicht verletzen, Ihr habt Eure Größe nicht blos einer Reihe edler Vorfahren und deren Grabsteinen zu verdanken, Eure Größe ist Euer eigenes Werk; wolltet Ihr aufrichtig sein, so würdet Ihr gestehen, daß Ihr nur stolz seid auf Eure eigenen Lorbeeren, und daß Ihr in Eurem Herzen der albernen Thoren lacht, die sich mit dem Flitterstaate der Todten aufputzen!"

„Ihr habt recht," sagte der Kardinal mit ungewöhnlicher Lebhaftigkeit, „und Eure Stimme ist wie die des Ruhmes, von der ich in meiner Jugend träumte."

(Fortsetzung folgt.)

den in nebelhafter Unbestimmtheit umschriebenen Bestrebungen nach Sozialreformen. Das konstant am Hungertuche nagende slovakische Oberland — früher eine feste Stütze der Regierung — wurde zum aufnahmefähigen Terrain für die Agitation der Volkspartei und nur die unerhörtesten, selbst die berüchtigten galizischen Wahlmachinationen übertreffenden Praktiken dürften den früheren Besitzstand der Regierung retten. In den gemischtsprachigen Gegenden hat sich die Nationalpartei mit der Volkspartei gegen die liberale Herrschaft vereinigt. Vom früheren Besitzstande der Regierungspartei ist blos noch Siebenbürgen intakt vorhanden infolge des Paktes mit den Sachsen und der Passivität der Rumänen. Dagegen ist ähnlich wie im slovakischen Oberlande, auch in der kernmagyarischen, bisher ausnahmslos oppositionell gesinnten Bevölkerung des Tieflandes, wo auch in den Massen der landwirthschaftlichen Arbeiter der Sozialismus rapide Verbreitung findet, eine bedeutsame Wandlung eingetreten. Das Tiefland, das bisher der Unabhängigkeitspartei die Kadres lieferte, fühlt die Folgen der Verarmung; sowohl die Städte als auch die Gemeinden, um sich vor gänzlichem ökonomischen Niedergang zu bewahren, suchen ihr Heil an der Regierungskrippe. Ein großer Theil der früher oppositionellen Bezirke empfängt die Kandidaten der Unabhängigkeitspartei, insbesondere der Ugronfraktion mit faulen Aepfeln und geht mit fliegenden Fahnen in das Regierungslager über. Zudem hat die Regierungspartei mit der Kossuth-Fraktion ein offenkundiges Wahlbündniß abgeschlossen, kraft dessen die in der Minorität befindliche Unabhängigkeitspartei in den Wahlkreisen den Regierungs-Kandidaten die Majorität sichert, wo jedoch die Regierungs-Anhängerschaft die Minderheit bildet, diese sich gegenüber den Kandidaten der Nationalpartei und eventuell der Ugronfraktion, der Kossuth-Partei anschließt. Hat ein Unabhängiger Kossuth'scher Couleur keinen Wahlbezirk, so wird er mit Hilfe des amtlichen Apparates einem Nationalparteiler oder Ugronisten gegenüber auf das nachdrücklichste unterstützt, sowohl mit Geld, als auch mit amtlichen Beeinflussungen. Die Absicht ist leicht zu errathen; es müssen so viele Regierungsanhänger durchgebracht werden, als nur möglich, wo die Regierung Chancen hat, muß verhindert werden, daß die Nationalpartei, Volkspartei oder die Ugronfraktion Boden fasse und das Mandat muß einem Kossuth-Parteigänger zugeschanzt werden. Wie ersichtlich, wurde die Fraktion Franz Kossuth's, der nach dem Tode Ludwig Kossuth's als schiffbrüchige Existenz aus Italien nach Ungarn kam, um hier mit seinem Namen zu kebsen, und einmal erklärte, ohne 60 000 fl. Revenuen nicht leben zu können, von der Regierung aufgekauft, um zweifelhafte Mandate der Regierung zu apportiren und unter dem Deckmantel einer Scheinopposition die Geschäfte der liberalen Partei zu fördern.

Ueberhaupt hat die im Flusse befindliche Wahlbewegung eine derartige Unmasse von Sumpfblasen zu tage gefördert, die selbst in Ungarn, wo die Wahlkorruption auch in früheren Jahren in einer im übrigen Europa unerhörten Weise üppig in die Halme schoß, — schon zu starker Tabak ist.

Ministerpräsident Banffy ist in der Lage, infolge der anläßlich des Millenniums vorgenommenen zahlreichen Nobilitirungen und Auszeichnungen mit einem Wahlfonds von mehr als zwei Millionen Gulden in die Wahlaktion einzutreten. Dieser Wahlfonds sichert ihm den Sieg, macht aber zugleich aus Ungarn eine große Kloake, in der Anstand und Moral, soweit diese in der mit Wahlprivilegien ausgestatteten Schicht noch vorhanden war, gründlich ertränkt werden. Derzeit sind seitens der Regierung die Wahlbeeinflussungen und Wahlbestechungen im Zuge, bei dem Wahlakte werden dann die verschiedenen Praktiken, wo oppositionelle Wähler unter nichtssagenden Vorwänden vom Abstimmen durch die Wahlpräsidenten zurückgewiesen werden, die noch rückständige Arbeit vollenden. Aus der Fülle der zahllosen Wahlschweinereien nur einige Beispiele: Oppositionelle Gemeinden werden in Belagerungszustand versetzt, aus Steiermark und den Alpenländern wird Militär herbeigezogen und in den Gemeinden einquartirt. Natürlich hat die Gemeinde die Kosten zu tragen. Den Gemeinden des slovakischen Oberlandes werden unter Austrommeln in ganz amtlicher Weise durch die Stuhlrichter Beträge bis zu 10 000 Gulden versprochen, wenn die Bewohner für den Regierungskandidaten stimmen. Ebenso wird zugesagt, daß die infolge der Viehseuche in manchen Gemeinden seit Jahren verbotenen Viehmärkte bewilligt werden; die leitenden Männer der Opposition in den Gemeinden werden eingesperrt; die Ankleber von oppositionellen Aufrufen und Plakaten werden unter dem Titel polizeilicher Uebertretungen mit bis zu 100 fl. Geldstrafe event. 20 Tagen Arrest bestraft; zum Besuche der von Regierungskandidaten arrangirten Versammlungen wird die Ortsbevölkerung mittels Austrommeln eingeladen und zugleich verkündet, daß jeder Besucher bei dem Ortsnotar drei Gulden, bezw. für ein Gespann acht Gulden beheben kann; unbequeme oppositionelle Agitatoren werden unter dem Vorwande, nicht ortszuständig zu sein, aus den Gemeinden ausgewiesen 2c. 2c.

Bestechungen, Mißbrauch der Amtsgewalt, Gewaltthätigkeiten aller Art, Schnapsdunst, Gratisfressereien, schamloser Seelenkauf, blutige Köpfe, das ist die Szenerie, welche Ungarn heute darbietet. In diesem wüsten Treiben wird die ungarische Trikolore, deren angebliche Beleidigungen unzählige Male einen theatralischen Entrüstungssturm hervorriefen, von Amtsorganen zerrissen und mit Füßen getreten, weil auf dem weißen Streifen derselben der Name eines oppositionellen Kandidaten aufgedruckt ist; in dieser Aera — wo alles käuflich, verliert der Name Kossuth, der vor zehn Jahren noch heiliges Grauen in allen magyarisch-chauvinistischen Kreisen erweckte — seinen Nimbus, der Träger desselben wurde bereits aus einem halben Dutzend rein-magyarischer Städte sammt seinem Anhange herausgeprügelt. Dieser widrige Anblick, welchen die um die Herrschaft ringende liberale Partei gewährt, öffnet den Massen die Augen viel wirksamer, als es hunderte von sozialistischen Agitationsreden vermögen. Das Möglichste leistet auch die Sozialdemokratie, die in einzelnen Kreisen Kandidaten aufstellte, in zwei hauptstädtischen und einigen landwirthschaftlichen Bezirken. Auf beträchtliche Stimmenzahl ist nicht zu rechnen, doch haben die Kandidaturen im Tieflande, wo seit drei Jahren jede Versammlung verboten ist, die Bedeutung, daß in der Wahlkampagne die sozialistische Idee in die Massen getragen werden kann.

Kurz, es gährt und brodelt im lieben Ungarn, wie in einem ungeheuren Hexenkessel, und so kommt es, daß die einen mit Furcht, die anderen mit Hoffnung den Dingen entgegensehen, die sich aus diesem Hexenkessel entwickeln.

* * *

Die letzten Wahlnachrichten aus Ungarn lauten:

Bis jetzt ist das Ergebniß von 392 Wahlen bekannt. Gewählt sind 256 Liberale, 34 Angehörige der Nationalpartei, 9 Parteilose, 45 von der Kossuth-Fraktion, 6 von der Ugron-Fraktion und 20 Volksparteiler. In 8 Bezirken ist Stichwahl erforderlich. Die liberale Partei hat 74 Bezirke gewonnen und 17 verloren, ihr reiner Gewinn beträgt daher bis jetzt 57 Mandate. Der Fraktionsführer Ugron ist durchgefallen und seine Fraktion fast vernichtet; die Nationalpartei ist bedeutend verringert, nur die Kossuth-Fraktion behauptete ihren alten Stand.

Die Wahl in Brandenburg.

Die gestrige Wahl in Brandenburg-Westhavelland hat noch nicht die Entscheidung gebracht. Es erhielten unser Kandidat, Genosse Peus 7865, der Kandidat der Freisinnigen, Blell, 4808, der konservative Kandidat und Landrath von Loebell 6282 Stimmen. Sozialdemokraten und Freisinnige haben gegen die Hauptwahl von 1893 Stimmenzuwachs, die Konservativen Stimmenrückgang zu verzeichnen. Die Wahlbetheiligung war stärker als im Jahre 1893.

Die ganze Kraft werden unsere Parteigenossen einzusetzen haben, wenn sie den Wahlkreis erobern wollen. Den gleichen Eifer wie bisher müssen sie zeigen, sie müssen ihn noch steigern, sie dürfen nichts unversucht lassen, um den letzten Mann zur Urne zu führen.

Sie müssen auf ihre eigene Kraft vertrauen und sich nicht auf die Unterstützung anderer verlassen. Noch ist die Schlacht nicht gewonnen, noch bedarf es einer letzten großen Anstrengung!

Die „Kreuz-Zeitung" hofft auf einen Sieg des konservativen Kandidaten mit der Hilfe der freisinnigen Wähler. Auch die „Post" verpflichtet die Freisinnigen, in die Gefolgschaft des Landraths zu treten. Auch im Wahlkreise selbst werden es die Untergebenen und die Anhänger des Herrn Loebell, der gleichzeitig erster Beamter und Reichstagskandidat des Kreises ist, nicht an Anstrengungen fehlen lassen, die Freisinnigen zur Unterstützung eines eifrigen Befürworters der politischen und wirthschaftlichen Reaktion zu veranlassen. Die freisinnige Presse Berlins verhält sich diesen Lockungen gegenüber noch sehr reservirt.

Die „Volks-Zeitung", welche freilich nicht namens der Partei sprechen kann, schreibt:

„Für die Stichwahl kann es für die Freisinnigen des Wahlkreises natürlich nur eine Möglichkeit geben: Es kommt heute mehr als je darauf an, die Opposition gegen die militaristisch-junkerliche Reaktion zu stärken: einzig und allein die Berathung des Militärstrafprozeß-Reformentwurfs müßte diesen Gesichtspunkt als den maßgebenden erscheinen lassen, wenn nicht tausend andere gewichtige Gründe hinzukämen. Im Wahlkreise Osthavelland haben im Jahre 1893 die Freisinnigen durch ihr Verhalten den Pastor Schall in den Reichstag gebracht. Dergleichen darf sich nicht wiederholen. Ueber den kommunistischen Zukunftsstaat wird im Reichstag nicht abgestimmt, wohl aber über Dinge, über welche Freisinnige und Sozialdemokraten einer Meinung sind. Hiernach hat sich das Verhalten der Freisinnigen im Kreise Westhavelland bei der Stichwahl zu regeln.

Wie es die Sozialdemokraten des Ruppin-Templiner Wahlkreises für ihre politische Pflicht gehalten haben, durch Eintreten für Herrn Lessing in der Stichwahl diesem freisinnigen Kandidaten ein Reichstagsmandat zu verschaffen, das er ohne die sozialdemokratische Mitwirkung nicht haben würde, so müssen es die Freisinnigen in Westhavelland für ihre Pflicht und für ein Gebot der politischen Klugheit halten, Mann für Mann für den sozialdemokratischen Kandidaten Peus zu stimmen."

Weit weniger entschieden äußert sich Eugen Richter in seiner „Freisinnigen Zeitung". Richter zitirt am Schlusse seines heutigen Leitartikels eine seiner Reden im Wahlkreise, deren letzte Absätze wir zum Abdruck bringen:

„Sieht man von allen Parteiforderungen ab, so unterliegt es keinem Zweifel, daß mehr als zwei Drittel der Wahlberechtigten des Kreises nichts wissen wollen von einer Antastung der Gewerbefreiheit, der Freizügigkeit des Reichswahlrechts, der zweijährigen Dienstzeit, sowie von einer Befürwortung einer künstlichen Preissteigerung des Getreides. Gleichwohl spekuliren die Konservativen darauf, daß die Freisinnigen in der Stichwahl aus Abscheu vor den Sozialdemokraten den Ausschlag geben für einen Kandidaten, der in allen diesen praktischen und im Ergebniß zweifelhaften Fragen der Gesetzgebung für die nächsten 18 Monate seine Stimme abgeben würde entgegengesetzt den Ansichten der großen Mehrheit der Wähler des Kreises.

Ja, noch mehr, so führte Abg. Richter unter rauschendem Beifall der Versammlung aus, man will eine Landrathswahl herbeiführen, die eine Ironie ist auf den Gedanken der Volksvertretung überhaupt. Denn um die Sachkenntniß unabhängiger Männer aus dem Volke für die Gesetzgebung dienstbar zu machen, ist die Volksvertretung überhaupt eingeführt worden. Jemand, so schloß jene Rede, der, und noch dazu in dieser Zeit, einen Landrath wählt, würde einen so „beschränkten Unterthanenverstand" bekunden, daß er überhaupt nicht werth erscheint, ein Wahlrecht zu besitzen."

Ohne jede Aeußerung über Stellungnahme zur Stichwahl bespricht die „Vossische Zeitung" das Wahlergebniß, sie verweist die Sozialdemokraten auf ihre letzten Reserven und bemerkt, daß diese ja noch nicht erschöpft seien. Ja auch wir wollen uns hierauf allein verlassen. Die letzte Reserve muß heran, jeder, der die Lage des arbeitenden Volkes in Deutschland heben will, jeder, der für die wahren Interessen des Volkes eintritt, der politisch und wirthschaftlich dem Proletariat die ihm gebührende Stellung verschaffen will, muß an die Urne gebracht werden. Geschieht dies, und es muß geschehen, dann können wir der Stichwahl in Brandenburg-Westhavelland getrost entgegen sehen.

Alle Mann an die Arbeit!

Politische Uebersicht.

Berlin, 30. Oktober.

Der Bismarck'sche Verrath soll kein Verrath gewesen sein — sagen die allerdings sehr kleinlaut gewordenen Söldlinge des Herrn Altkanzlers. Kein Verrath von Staatsgeheimnissen, denn der Vertrag mit Rußland sei ja seit 6 Jahren erloschen. Und kein Verrath an Oesterreich, denn der Vertrag habe Rußland ja nur für den Fall eines österreichischen Angriffs die wohlwollende Neutralität Deutschlands zugesichert und an einen Angriff könne Oesterreich ja nicht gedacht haben. Das sind faule Ausreden. Staatsgeheimnisse sind nicht von der Zeit abhängig. Heute noch ist die Denkschrift Friedrich's des „Großen" über den siebenjährigen Krieg preußisches Staatsgeheimniß; und wer sie durch Vertrauensmißbrauch in die Oeffentlichkeit brächte, würde bestraft werden. Und was den anderen Punkt betrifft, so weiß doch der Fälscher der Emser Depesche am besten, wie Angriffskriege gemacht werden. Oesterreich kann mit Rußland blos um des Balkangebiets willen in Krieg gerathen. Wenn nun Rußland eine Armee gegen die Türkei und nach Konstantinopel schickt — natürlich ohne vorher Oesterreich zu fragen —, so muß Oesterreich entweder dulden, daß es von den Russen im Rücken gefaßt wird — man schaue nur auf die Landkarte —, oder es muß der russischen Armee Halt gebieten. Und das ist der Krieg. Dann greift formell Oesterreich an, und in dem einzigen Ernstfall, für welchen Oesterreich das Bündniß mit Deutschland abgeschlossen hat, beobachtet Deutschland, statt dem Bundesgenossen zu Hilfe zu kommen, dem Feinde Oesterreichs gegenüber eine wohlwollende Neutralität.

Und das soll kein Verrath sein? Nicht der schwärzeste Verrath, der überhaupt denkbar? —

Zu den Bismarck'schen Enthüllungen schreibt die „Kölnische Zeitung":

Die Nation, die das Ansehen Bismarck's als ein ideales Besitzthum des ganzen deutschen Volkes werthschätze, habe ein berechtigtes Interesse daran, zu erfahren, ob Fürst Bismarck die Enthüllungen, die zu gleicher Zeit an verschiedenen Punkten erfolgten, veranlaßt oder gebilligt habe. Den Neutralitätsvertrag könne man sich aus der treuen Sorge für das Wohl Deutschlands heraus erklären, jedoch müsse dem Geiste des Dreibundes gemäß die wohlwollende Neutralität Deutschlands für den Fall, daß Oesterreich durch russische Herausforderungen gezwungen, einen Angriffskrieg zu unternehmen, selbstverständlich Oesterreich gehören. Es entspreche nicht dem deutschen Interesse, in breitspurige Erörterungen über längst beseitigte geheime Abmachungen einzutreten, deren Veröffentlichung zweifellos den Dreibund gesprengt haben würde. Um so peinlicher liege deshalb für die Verehrer des Fürsten Bismarck die Frage des Vertrauensbruches. —

— Der Kaiser hat, wie wir erfahren, sämmtlichen deutschen Fürsten ein Widmungsexemplar der neuesten, nach seinen Angaben entstandenen Knackfuß'schen Zeichnung übermitteln lassen. Der Sendung dieser Zeichnung, die bekanntlich den Sieg des deutschen Michael über die die Friedenswohlfahrt bedrohenden Mächte der Finsterniß darstellt, ist eine erklärende Auseinandersetzung des malerischen Vorganges beigefügt. —

— Der Bundesrath. Ergänzend zu unserer Mittheilung über die Bundesrathssitzung vom 29. d. M. haben wir mitzutheilen, daß der Bundesrath ferner dem Gesetzentwurfe betr. die Gebühren für Führung der Schiffsregister, die Zustimmung ertheilte. Ferner wurden genehmigt: die Ausschußanträge, betr. das Zollregulativ für Reisstärkefabriken, — die Entwürfe von Ausführungsbestimmungen und Dienstvorschriften zu dem Gesetze über die Statistik des Waarenverkehrs des deutschen Zollgebietes mit dem Auslande, — die Vorlage über die Statistik der Seeschiffe, — der Antrag Anhalts betreffend die Ertheilung der Befugniß an die Zollabfertigungsstelle zu Wallwitzhafen zur Abfertigung von harlem Kammgarn aus Glanzwolle, — sowie der Antrag Badens wegen Errichtung zweier weiteren Schiedsgerichte für den Bezirk der badischen landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaft. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiesen die Vorlage betreffend verschiedene Uebersichten der Einnahmen und Ausgaben der afrikanischen Schutzgebiete. —

— Zur Abänderung des preußischen Vereinsgesetzes meldet die „Nat.-Ztg.": „Gemäß der Erklärung, welche Fürst Hohenlohe im Reichstage bei der Verhandlung über den Erlaß eines Vereinsgesetzes abgegeben, daß in den Einzelstaaten das Verbot der Verbindung politischer Vereine mit einander beseitigt werden würde, sind in Preußen die Vorbereitungen für einen Gesetzentwurf alsbald begonnen worden; derselbe befindet sich aber, wie uns berichtet wird, noch im Stadium der Erwägungen." Was mag da Hübsches herauskommen. —

— Geheime Konduitenlisten für Lehrer im Regierungsbezirk Magdeburg. Die in verschiedenen Variationen aufgetauchten Nachrichten über die Wiedereinführung der Konduitenlisten für Lehrer haben ein derartiges Aufsehen erregt, daß die preußische Regierung sich zu folgender Mittheilung in der halbamtlichen „Berliner Korrespondenz" genöthigt sieht:

Der Minister der geistlichen 2c. Angelegenheiten hat die königl. Regierung in Magdeburg beauftragt, ihre Verfügung vom 2. September d. J., betreffend die dreijährigen Schulverwaltungs-Berichte, insoweit aufzuheben, als darin 1. die Schul-Aufsichtsbeamten zur Erstattung allgemeiner Berichte über das amtliche und außeramtliche Verhalten, insbesondere über die sittliche Haltung der Lehrer, 2. die Landräthe zur Aeußerung über die politische Haltung der Lehrer veranlaßt werden.

Hierzu bemerkt die „Soziale Praxis": Dieser Erlaß ist so verstanden worden, als ob nunmehr die Wiedereinführung der Konduitenlisten zurückgenommen sei. Nach Erfahrungen in anderen Dingen wird man gut thun, diesen Erlaß nach den Interpretations-Grundsätzen zu erklären, welche für derartige halbamtliche Mittheilungen gelten. Der Erlaß perhorreszirt die „allgemeinen" Berichte über das Verhalten der Lehrer, schließt also nicht aus, daß dasselbe Ziel durch Einzelberichte erreicht werde. Nach dem Erlaß sollen die Landräthe nicht zu Aeußerungen über die politische Haltung der Lehrer veranlaßt werden; daß man sich dazu anderer Beamten bedient, wird nicht ausgeschlossen (ausdrücklich genannt waren die Bürgermeister und Amtsvorsteher). Der Ministerial-Erlaß spricht endlich nur von der einen Verfügung vom 2. September „betr. die dreijährigen Schulverwaltungs-Berichte" (dieses Rubrum wird in Sperrdruck mitgetheilt), welche in dem angegebenen Sinne abgeändert werden soll, nimmt aber nicht Stellung zu den Mittheilungen der Presse über eine ganz spezielle Verfügung betr. Konduitenlisten. So lange nicht der Wortlaut der in kraft bleibenden Bestimmungen veröffentlicht wird, muß man annehmen, daß die geheimen Konduitenlisten geführt werden, und daß nur der Weg der Materialbeschaffung die angegebenen Modifikationen erfahren hat. —

— Konservativer Parteitag. Nicht der Delegirtentag der konservativen Partei, sondern eine Vorbesprechung zur Bestimmung der Tagesordnung, des Orts und des Zeitpunkts wird am 19. November in Berlin stattfinden. Wird es schon da zu peinlichen Auseinandersetzungen mit dem Bunde der Landwirthe kommen? —

— Eine Konferenz Stöcker'scher Vertrauensmänner soll am 10. November in Frankfurt a. M. stattfinden. —

— Zu der bekannten Beleidigungsaffäre des Oberhofmarschalls Grafen von Eulenburg erfährt ein hiesiges Lokalblatt, daß der Straffenat des königlichen Kammergerichts die Beschwerde des in Untersuchungshaft befindlichen Journalisten Heinrich Leckert-Larsen gegen den Beschluß des königlichen Landgerichts I, daß die Haft fortdauern solle, in seiner letzten Sitzung zurückgewiesen hat. Außerdem ist der Berichterstatter Carl von Lützow von neuem verhaftet und bereits heute Vormittag nach dem Untersuchungsgefängniß transportirt worden. —

— Das Duellwesen hat auch in der sächsischen evangelischen Landessynode eine scharfe Verurtheilung gefunden. Rückhaltlos sprachen sich besonders auch die aristokratischen Mitglieder der Synode gegen diesen „Unfug" aus. So bezeichnete Graf Vitzthum v. Eckstädt das Duell als ein Uebel, welches gegen göttliches und menschliches Recht verstoße. Da jedoch das Strafgesetzbuch bereits ein Verbot des Duellirens enthalte,

ohne daß hierdurch dem Zweikampf wesentlich Abbruch geschehen sei, so verspreche er sich von gesetzlichen Maßregeln weniger als von einer innerlichen Ueberwindung des Duells durch sittliche Gründe. Kammerherr Freiherr v. Friesen wies darauf hin, daß die deutsche Adelsgenossenschaft im vorigen Jahre in Berlin erklärt habe, das Duell sei zu verwerfen, und man müsse mit allen Kräften durch Bildung von Ehrengerichten das Unwesen zu bekämpfen suchen. Von anderen Mitgliedern der Synode, so von Superintendent Sprenger, Amtshauptmann v. Wirsing, Vizepräsident Oberhofprediger D. Meier, wurde betont, daß dem Duell überall ein falscher Ehrbegriff zu grunde liege. Diese falschen Ehrbegriffe könnten vielfach in den höheren Lehranstalten und auch in den Militärbildungs-Anstalten beseitigt werden. Auch müsse man dem frivolen, leichtfertigen Spiel mit dem Leben von der Kanzel aus entgegentreten. Die Synode lehnte es schließlich ab, daß im Duell Gefallene in Sachsen wie Selbstmörder begraben werden sollen, doch nahm sie einen Antrag an, in dem es heißt: „Die Synode erklärt, daß sie, angesichts der tiefgehendes Aergerniß in allen Kreisen unseres Volkes erregenden Zunahme der Herausforderungen und Zweikämpfe, ihre Stimme in Vertretung der Landeskirche warnend und mahnend gegen solches leichtfertiges Gefahren erhebt."

Altona, 29. Oktober. (Deutsche Tagesztg.) Begnadigung. Vor etwa 1½ Jahren wurde der ehemalige Rechtsanwalt von Alten aus Wentorf wegen Unterschlagung ihm in amtlicher Eigenschaft anvertrauter Gelder zu vier Monaten Gefängniß verurtheilt. Jetzt wird bekannt, daß dem Rechtsanwalt von Alten die Verbüßung dieser Strafe erspart wurde. An demselben Tage nämlich, an dem von Alten sich zur Verbüßung der Strafe den Gerichten stellen mußte, traf ein Schreiben des Justizministers ein, dem zufolge die Strafe nicht zum Vollzug gelangen sollte. Der Kaiser hatte von Alten begnadigt. —

Aus Elsaß-Lothringen. (Eig. Ber.) Die Art und Weise, wie die „wiedergewonnenen Brüder" germanisirt werden, fand dieser Tage wieder zwei treffliche Illustrationen. In Straßburg wurde die Aufführung französischer Theaterstücke durch eine französische Truppe vom Bezirkspräsidenten des Unter-Elsaß kurzerhand verboten. Was für Straßburg als „staatsgefährlich" erachtet wird, ist in Mülhausen und Metz gestattet. Hier haben bereits mehrere französische Vorstellungen stattgefunden, ohne daß die Staatssicherheit auch nur im geringsten gefährdet gewesen wäre. Der zweite Fall betrifft eine Art Brüsewitzerei. In Sewen wurde ein des Abends nach Hause gehender Mann ohne jede Veranlassung und ohne, daß er vorher angerufen worden wäre, seitens zweier in einem Schuppen versteckter Grenzaufseher angeschossen. Der durch die Presse bekannt gewordene Vorgang erregte im ganzen Lande große Erbitterung und von „oben" erschien denn auch sofort ein Beschwichtigungsartikel, dessen Absicht aber so durchscheinend war, daß kein Mensch der dort gegebenen Darstellung den geringsten Glauben beimaß. Nunmehr erscheint in der Presse eine eingehende Darstellung durch den Angeschossenen, deren Richtigkeit kaum angezweifelt werden kann.

Mülhausen i. Els., 29. Oktober. (Frankf. Ztg.) Der Gemeinderath entschied mit 17 gegen 13 Stimmen, seinen Beschluß auf Zulassung der Lokalpresse zu den Stadtrathssitzungen, der vom Bezirkspräsidenten nicht genehmigt worden ist, aufrecht zu erhalten, um eine näher motivirte Entscheidung der höheren Aufsichtsbehörde herbeizuführen. —

Oesterreich.

Wien, 30. Oktober. Das Abgeordnetenhaus nahm in zweiter und dritter Lesung das Gerichtsorganisations-Gesetz und die Gesetze betr. die Einführung der Gewerbegerichte und betr. die Gerichtsbarkeit in Lohnstreitigkeiten an. —

Schweiz.

Bern, 30. Oktober. Der Bundesrath setzte die Volksabstimmung über das Bundesbank-Gesetz auf den 28. Februar 1897 fest. —

Italien.

— Kardinal Hohenlohe ist seinen Brüdern, dem österreichischen Oberhofmarschall und dem preußischen Herrenhaus-Präsidenten, Herzog von Ratibor, rasch ins Grab gefolgt; blos einer seiner Brüder, der Reichskanzler Chlodwig Fürst zu Hohenlohe ist noch am Leben. Kardinal Hohenlohe, der heute in Rom starb, ist 73 Jahre alt geworden. Er war Bismarck's Kandidat für den „heiligen Stuhl". Vor Ausbruch des Kulturkampfes wollte Bismarck ihn zum Gesandten beim Papste ernennen, was aber von diesem zurückgewiesen wurde. Eine gewisse Selbstständigkeit der päpstlichen Politik gegenüber hatte Hohenlohe bis zuletzt bewahrt. Auf einem Bankett hatte er z. B. im vorigen Jahre einen Toast auf Crispi ausgebracht. Zum theil nahm man freilich an, daß dies in Uebereinstimmung mit dem Papste geschehen sei, der damals die Anbahnung einer Aussöhnung mit dem offiziellen Italien ins Auge gefaßt haben soll. —

Rußland.

— Aufschiebung der Währungsreform. Nach einer Petersburger Meldung der „Times" wurde der Währungs-Reformplan, den Witte dem Staatsrathe im Herbst unterbreiten sollte und der die Einführung der neuen Goldwährung enthielt, auf Anweisung des Zaren vorläufig zurückgelegt.

Die Einführung der Goldwährung in Rußland wurde als ein bedeutsames Friedenszeichen kommentirt, bedeutet nun die Vertagung derselben das Gegentheil? —

Türkei.

— Armenische Auswanderer. 12 000 Armenier haben sich nach Bulgarien geflüchtet; dafür sind einige tausend muhamedanische Auswanderer aus Rußland in Konstantinopel angekommen. —

Amerika.

New-York, 18. Oktober. (Eig. Ber.) Die Nachrichten über die Thätigkeit und Erfolge unserer im Felde befindlichen Agitatoren lauten vor wie nach gleich günstig, und wenn wir es auch diesmal noch nicht zu Wahlsiegen bringen mögen, so kann man doch sagen, daß mit der jetzigen Wahlkampagne erst im allgemeinen (was für New-York schon seit ca. einem Jahrzehnt, für die benachbarten Staaten seit den vorigen Bundeswahlen gilt) die unabhängige politische Aktion der Arbeiterklasse unter Führung der sozialistischen Arbeiterpartei in Fluß gekommen ist. Seit Beginn der Wahlkampagne sind an zirka 30 Orten neue Parteisektionen gegründet worden; davon entfallen auf Indiania 8, Konnektikut 6, Illinois, Massachusetts, Michigan je 3, Ohio 2, Missouri, New-York, Pennsylvanien, Virginien und die Bundeshauptstadt je 1. In Kalifornien wurden auf den Nominationslisten zirka 14 500 Unterschriften gesammelt, während nur zirka 8500 erforderlich waren; in Ohio 9174, beinahe die doppelte Zahl wie nöthig, und auch in Jowa und Indiana wurden die Listen um mehrere hundert Unterschriften überzeichnet. Die Einrichtung, daß neue Parteien, um auf den offiziellen, vom Staat zu liefernden Stimmzetteln zu figuriren, die Nomination ihrer Kandidaten durch eine bestimmte Anzahl Unterschriften von Wählern zu beglaubigen haben, ward zuerst im Staat New-York eingeführt und ist seitdem in einer Reihe anderer Staaten zur Einführung gelangt. Mit welchen Schwierigkeiten die Beschaffung dieser Unterschriften verbunden ist, kann man daraus entnehmen, daß dieselben notariell beglaubigt sein müssen; das heißt jeder Unterzeichner muß vor einem Notar beschwören, daß er zum Wählen berechtigt ist. Man hat sich die Sache dadurch einigermaßen leichter gemacht, indem man den Notar in zu dem Zweck anberaumte Versammlungen bestellt. Hat eine solche Partei bei den Wahlen einen bestimmten Prozentsatz des Gesammtvotums erhalten, so ist die Beglaubigung durch Unterschriften nicht mehr nöthig, sondern es genügt die Abhaltung einer — in vorgeschriebener Weise einberufenen — Parteiversammlung, in welcher die Nomination der Kandidaten vorgenommen wird.

Die Genossen in den verschiedenen Orten, wo unsere Kampagneredner auftreten, machen sich in der Regel das kleine Vergnügen, die gegnerischen Parteigrößen zur Theilnahme an der Diskussion aufzufordern; bisher hat aber noch keiner derselben angebissen. Dagegen erscheinen vielfach kleinere Lichter der betreffenden Parteien, besonders der Popolokraten oder Populisten — zu deutsch volksparteiliche Schleppträger des Kapitals — um sich recht gründlich zu — blamiren. Dieselben beschränken sich in der Regel auf — ihrer wahrscheinlichen Meinung nach recht „tückische" — Fragestellungen, die meistens unseren Rednern die schönste Gelegenheit bieten, mit wenigen schlagenden Worten den Herren heimzuleuchten und die Versammlung in eine animirte Stimmung zu versetzen. Auf die Währungsfrage, welche doch der jetzigen Wahlkampagne fast ausschließlich ihren Charakter aufdrückt, gehen diese „secondhändigen" Parteiklepper bezeichnender Weise fast niemals ein; sie verstehen augenscheinlich nichts von derselben, und die leeren Phrasen darüber, die sie aus ihrer Presse schöpfen könnten, erscheinen ihnen wohl selbst nicht geeignet, um damit einem Gegner entgegen zu treten; sie verzapfen sie also nur in ihren eigenen Parteiversammlungen. Als Beispiel, wie sich solche Szenen abspielen, seien zwei Episoden aus den De Leon'schen Versammlungen in New Albany (Indiana) und Buffalo mitgetheilt. Eine an ersterem Ort gestellte Frage lautete: „Wie wollen die Arbeiter Kapital von den Kapitalisten bekommen, wenn ihre Wahlliste siegreich ist, da sie ja kein Kapital haben?" De Leon fertigte sie mit der Gegenfrage ab: „Wie bekamen die Kolonisten Land von König Georg, als man sah, daß für die Amerikaner und den König nicht genug Land vorhanden war? König Georg mußte weichen. Die Kolonisten dekretirten sich die Macht im kontinentalen Kongreß, und nachdem die Engländer geschlagen waren, war die Sache erledigt." — In Buffalo hatte De Leon es mit einem hartnäckigen „Wißbegierigen" zu thun; derselbe frug zunächst, ob es nicht besser sei, Mac Kinley, den alle Korporationen begünstigten, allein zu bekämpfen, statt auch Bryan, gegen den alle Korporationen mobil machten. De Leon machte ihn darauf aufmerksam, daß seine Voraussetzung falsch sei; es seien nämlich nur diejenigen Korporationen, die ein Interesse an der Goldwährung haben, für Mac Kinley, diejenigen aber, die am Silber interessirt sind, für Bryan, das sehe man an der Stellungnahme der Silbermonopolisten in Colorado und Montana. — Der Mann gab sich aber damit noch nicht geschlagen, sondern frug weiter, ob es nicht weiser wäre, nur die Partei Mc Kinley's zu bekämpfen, die den Arbeitern das Stimmrecht zu nehmen suche, als gleichzeitig die Partei Bryan's, die für eine volksthümliche Regierung eintrete. Auch darauf hatte De Leon sofort den passenden Deckel, indem er — die Beschuldigung gegen die republikanische Partei zugegeben — auf die Beraubung des Wahlrechts der Arbeiter durch die Legislatur von South Carolina hinwies, die fast ausschließlich aus Popolokraten bestehe, von denen der Senator Tillman einer der rabiatesten Parteigänger Bryan's sei. — Der unglückliche Fragesteller ward nachträglich noch aus dem Publikum mit einem Hagel spöttischer Scherzfragen bedacht. Daß De Leon es nicht bei der kurzen Abfertigung der Herren bewenden läßt, sondern, wo es nur irgend paßt, auf eine genaue Erläuterung der Sache eingeht, versteht sich von selbst.

Man ist allerorts der Ueberzeugung, daß in dieser Wahlkampagne mehr Sozialismus unter das Volk gebracht wird, als durch die gesammte Propaganda des letzten Jahrzehnts.

Afrika.

— Ueber die Hungersnoth in Südafrika meldet heute der Telegraph:

Infolge der Rinderpest haben die Eingeborenen von Bechuanaland von der gewöhnlichen Milch- und Kornnahrung zu getrocknetem Fleisch übergehen müssen. Sie sterben deshalb in großer Zahl am Skorbut. Der Volksraad des Oranje-Freistaates hat daher den Präsidenten ermächtigt, die Zölle auf Brot und Fleisch aufzuheben, wenn dies als nöthig erachtet werden sollte.

Nach einer Meldung des „Daily Telegraph" aus Prätoria erklärte Präsident Krüger, der aus den nördlichen Provinzen der Südafrikanischen Republik zurückgekehrt ist, daß die Leiden und die Hungersnoth unter den Eingeborenen nicht zu beschreiben seien. Viele Tausende ernährten sich von Wurzeln und Beeren, die Verheerungen der Rinderpest seien entsetzlich. —

Die preußische Berginspektion vor Gericht.

Aus Bochum wird uns vom 28. Oktober berichtet:

Wie den Lesern des „Vorwärts" schon bekannt, hatte die „Bergarbeiter-Zeitung" aus dem Bericht der preußischen Bergbehörden mitgetheilt, daß Herr Bergrath Althüser-Süd-Bochum in seinem Bericht mit keinem Wort des großen Unglücks auf „Prinz von Preußen" gedacht hatte, bei dem 37 Bergleute umkamen. An dieses Muster der Berichterstattung hatte die „Bergarb.-Zeitung" einige ironische Bemerkungen geknüpft, dabei aber übersehen, daß Herr Althüser, der da schrieb: Tödtliche Unfälle kamen nicht vor, dies nur in bezug auf die jugendlichen Arbeiter gesagt hatte. Die Thatsache aber stand fest, daß der betreffende Inspektor kein Wort der Aufklärung über jenes gräßliche Unglück gebracht, trotzdem seinerzeit die Oeffentlichkeit, durch gewisse Vorkommnisse aufgerüttelt, energisch Aufdeckung der Unglücksursache forderte. Herr Althüser also schrieb nichts von dem Tode der 37 Arbeiter.

Dagegen stellte der Staatsanwalt von Bochum gegen den Leiter der „Bergarbeiter-Zeitung", Dameier-Gelsenkirchen, der aushilfsweise die unter Anklage stehende Nr. 32 der „Bergarbeiter-Zeitung" gezeichnet, und gegen den ständigen Redakteur der Zeitung Hue-Essen, der in Nr. 34 und 35 die Angelegenheit nochmals erwähnte, Strafantrag wegen Beleidigung der Bergbehörde! Am heutigen Tage hatten sich die beiden Genannten am hiesigen Landgericht zu verantworten.

Die Verhandlung gestaltete sich schon insofern sehr interessant, weil Herr Bergrath Althüser, der als Beleidigter auch Zeuge (!) war, es ablehnte, zu bekunden, warum er nicht über das Unglück geschrieben. Ebenso stritt der Herr es ab, verpflichtet zu sein, über die Unfälle zu berichten, trotzdem in dem Bericht der preußischen Bergbehörden (Vorbemerkung: S. 546 des Berichts) von einer „vorgeschriebenen Eintheilung" der einzelnen Berichte die Rede ist. Unter Rubrik III A hat der Beamte (anderes entnehmen wir nicht aus der betreffenden Stelle) auch über die Unfälle zu referiren. Herr Althüser war aber anderer Ansicht und der Gerichtshof schloß sich seinen Ausführungen an. Der Vertheidiger der Angeklagten, Herr Dr. Wallach II-Essen, stellte den Antrag, einen Sachverständigen zu vernehmen, der sich über die Verpflichtung der Inspektoren auslasse. Der Antrag wurde abgelehnt. Der Gerichtshof erklärte sich kompetent, in Sachen der Berginspektion ein Urtheil zu fällen. Dabei wurde von jener Seite auch die Auffassung des Staatsanwalts vertreten, daß in Preußen außer den Berichten der Berginspektoren noch ein umfassender Bericht des Ministeriums heraus käme, in dem auf die einzelnen Unglücke detaillirt eingegangen werde.

In seinem Plaidoyer hob der Staatsanwalt die sozialistische Tendenz der „Bergarbeiter-Zeitung" als besonders ins Gewicht fallend hervor; rektifizirte sich allerdings in diesem Punkte auf Veranlassung der Vertheidigung. Der Staatsanwalt billigte den Angeklagten den § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zu und beantrage gegen Dameier 14 Tage, gegen Hue 4 Wochen Gefängniß.

Nach einem glänzenden Plaidoyer des Vertheidigers, in dem die preußische Berginspektion im allgemeinen, Herr Althüser im besonderen schlecht wegkamen und in dem für gänzliche Freisprechung der Angeklagten eingetreten wurde, zog sich der Gerichtshof zu einer sehr langen Berathung zurück.

In ihrem Urtheil gingen die Richter bei Huenoch über den Antrag des Staatsanwalt hinaus. Dameier erhielt 150 M. Geldstrafe event. 10 Tage Gefängniß; gegen Hue erkannte man auf 450 Mark Strafe event. 30 Tage Gefängniß. Während der Staatsanwalt den Angeklagten den Schutz des § 193 zugestand, sprach der Gerichtshof dieses ab. „Die Angeklagten sind nicht die Vertreter der Bergleute"! Ebenso hatte der Staatsanwalt darauf verzichtet, gegen Hue wegen Uebertretung des § 11 des preußischen Preßgesetzes Strafe zu beantragen. Der Gerichtshof aber diktirte dem Sünder 20 M. Geldstrafe ev. 4 Tage Haft zu! Dem „beleidigten" Kläger wurde das Publikationsrecht des Urtheiltenors zugestanden.

Damit ist die angeblich zerrüttete Ehre des Herrn Bergraths Althüser wieder hergestellt. Welchen Ursachen der Tod der 37 Bergleute auf „Prinz v. Preußen" aber zu danken ist, hat die Welt noch immer nicht erfahren.

Partei-Nachrichten.

In der gestrigen Parteiversammlung für den 1. Berliner Wahlkreis wurden folgende Wahlen vorgenommen: Bohn, Vertrauensperson; Kubat und Kenkel Lokalkommission; Timm und Soyka Preßkommission; Schuster Agitationskommission; Sommer, Wallhauer und Woldt Revisoren.

Zur Beachtung! Ein Kaufmann namens Fritz Römer aus Remscheid reist unter dem Namen eines aus St. Petersburg ausgewiesenen Feilenhauers Hermann Lenske beziehentlich Hermann Lenski umher und sucht sich auf die betreffenden Papiere sowie auf eine angebliche Empfehlung der Brüsseler Genossen hin in Parteikreisen Geldmittel zu verschaffen. Der Mann hat mit uns gar nichts zu thun, weshalb die Parteigenossen vor ihm auf der Hut sein mögen.

In der Herner Zeitung veröffentlichte ein gewisser Georg Pöhler, der angeblich wegen politischer Vergehen eine neunmonatige Gefängnißstrafe zu büßt hat, eine Erklärung, daß er „mit seiner ganzen Familie" aus dem sozialdemokratischen Verein Herne wie aus dem sozialdemokratischen Verein Sängerlust austrete und wieder zurückkehre „zu Staat und Kirche". Unter den Gründen seines Austritts führt der Mann an, daß vor Antritt seiner Strafe ein Vorstandsmitglied des sozialdemokratischen Vereins Herne zu ihm gesagt habe, man müsse keine Gefahr, sei es vor Gericht oder sonstwo, scheuen, um einen Kameraden zu retten; „demnach scheue betreffende Sekte auch keinen Eid."

Da diese Erklärung voraussichtlich die Runde durch die gegnerische Presse machen wird, so sei bemerkt, daß es in Herne gar keinen sozialdemokratischen Verein giebt und daß die Mitglieder des Vereins Sängerlust dagegen protestiren, daß ihr Verein sozialdemokratisch sei. Wie die „Rheinisch-Westf. Arb.-Ztg." mittheilt, glaubt man allgemein, daß es sich bei der Angelegenheit um eine von anderer Seite veranlaßte Denunziation handle. In Herne werde gegen die nach Bildung und Erkenntniß strebenden Arbeiter mit den schofelsten Mitteln gearbeitet. So sei auch der dortige Delegirte zum letzten Parteitag der westfälischen Sozialdemokratie denunzirt und gemaßregelt worden.

Zur Förderung der ländlichen Agitation in Mecklenburg durch Vertheilung eines Kalenders haben die Hamburger Parteigenossen 3000 M. bewilligt.

Der sozialdemokratische Wahlverein in Langenbielau i. Schl. hielt im letzten Vereinsjahre 20 Versammlungen ab, die sämmtlich gut besucht waren. Der Mitgliederstand des Vereins ist 315, während das Vereinsvermögen rund 300 M. beträgt. Die Benutzung der Bibliothek war rege; besonders häufig wurde der Roman Bertha v. Suttner's gelesen: „Die Waffen nieder!"

Aus Elsaß-Lothringen. „Städtisches Auskunftsbureau" und nicht „Städtisches Arbeitersekretariat" soll die kommunale Institution heißen, die demnächst, wie bereits mitgetheilt, in Mülhausen neu errichtet wird. So wenigstens hat die Kommission beschlossen, welcher der Statutenentwurf unseres Genossen Bueb unterbreitet worden war. Das Wort „Arbeitersekretariat" hat nämlich nach Ansicht eines liberalen Mitgliedes einen „politischen Beigeschmack". Im übrigen wurde der vorgelegte Entwurf im wesentlichen angenommen. Das Auskunftsbureau wird eine besondere Abtheilung des Bürgermeisteramts bilden. Es wird mündlich Auskunft ertheilt und zwar: 1. über Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditäts-Versicherung; 2. in gewerblichen Streitigkeiten, welche der Kompetenz der Gewerbegerichte unterstehen; 3. über Arbeiterschutz, über die Gewerbe-Ordnung, sowie über das Fabrikinspektorat. Das Bureau nimmt Beschwerden über diese Gegenstände an und veranlaßt deren zweckmäßigste Erledigung. Soweit hierfür schriftliche Arbeiten erforderlich sind, werden auch diese vom Bureau angefertigt. Berechtigt, aber nicht verpflichtet ist das Bureau zur Ertheilung von Auskunft in Heimaths- und Verehelichungssachen, sowie bei Miethsstreitigkeiten. Nach Bedarf liegen dem Bureau auch statistische Erhebungen ob. Zur Benutzung des Bureaus sind alle Personen berechtigt, die im Gewerbegerichts-Bezirk Mülhausen wohnen. Gebühren werden nicht erhoben. Porto-Auslagen können bei Bedürftigen erlassen werden.

Daß die Aufsichtsbehörde in der Person des oberelsässischen Bezirkspräsidenten den Beschluß des Mülhauser Gemeinderaths auf Zulassung der Ortspresse zu den Sitzungen nicht genehmigt hat, haben wir bereits mitgetheilt. Diese Ablehnung wird zur Folge haben, daß unsere Genossen ihren bereits einmal eingebrachten, damals aber auch abgelehnten Antrag auf Einführung der vollen Oeffentlichkeit der Sitzungen wiederholen werden.

Bei den Bezirkskrankenkassen-Wahlen in Melnik in Böhmen siegten die Kandidaten der Sozialdemokratie mit großer Mehrheit.

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Genosse Leven, Redakteur der „Reuß. Tribüne" in Gera, war wegen Veröffentlichung einer Leichenberaubungsgeschichte, die auf dem Friedhof in Gotha geschehen sein sollte, zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt worden, trotzdem er, wie das „Gothaische Volksblatt" mittheilt, durch Briefe von nahen Verwandten der Beleidigten beweisen konnte, daß er in gutem Glauben gehandelt habe. In der That, wenn eine Frau an ihren Sohn derartige Dinge von der eigenen Schwester schreibt und noch dazu mittheilt, daß die Angelegenheit Gegenstand einer gerichtlichen Verhandlung gewesen und daß die Betreffenden zu hohen Gefängnißstrafen verurtheilt worden seien, dann muß man doch wohl annehmen, daß die Geschichte auf Wahrheit beruht. Milderungsgründe waren somit hinreichend vorhanden, so daß eine Geldstrafe vollständig genügt hätte. Gegen das horrende Urtheil hat Leven beim Reichsgericht Revision eingelegt, das Reichsgericht hat aber die Revision verworfen.

— Genosse Wolfgang, der verantwortliche Redakteur der „Brandenburger Zeitung", hat am Donnerstag früh das Gefängniß verlassen, wo er wegen Beleidigung des Pastors Zander in Luckenwalde drei Monate zubringen mußte. Er konnte also noch an der Reichstagswahl theilnehmen.

— Freigesprochen wurde vom Landgericht in Halle a. S. Genosse Mannigel, der verantwortliche Redakteur des „Volksblatts", von der Anklage, die Staatsanwaltschaft beleidigt zu haben. Es handelte sich um Artikel des „Volksblatts", worin

zur Zeit der Reichstagswahl die Staatsanwaltschaft gefragt wurde, warum sie nicht gegen die verbündeten Ordnungsparteien auf grund des Vereinsgesetzes vorgehe. Darin erblickte die Staatsanwaltschaft eine Beleidigung. Das Landgericht lehnte zunächst die Eröffnung des Hauptverfahrens ab, das Oberlandesgericht ordnete dagegen die Eröffnung desselben an. Das Schöffengericht erkannte dann auch gegen Mannigel auf 20 M. Strafe. Gegen dieses Urtheil war von beiden Seiten Berufung eingelegt worden. Die Staatsanwaltschaft beantragte Gefängnißstrafe, der Verurtheilte seine Freisprechung. Das Landgericht verwarf die Berufung des Staatsanwalts und erkannte auf Freisprechung unter der Begründung, daß dem Angeklagten die beleidigende Absicht gefehlt und er in gutem Glauben gehandelt habe.

— Der Margarinefabrikant Mohr in Altona-Bahrenfeld hat wegen der Wormser Angelegenheit ferner verklagt: die verantwortlichen Redakteure der „Thüringer Tribüne", und der „Brandenburger Zeitung". Genosse Huth, der Redakteur des letzteren Partei-Organs, hat auf dem Amtsgericht die Erklärung abgegeben, daß er nach neuerlichen Erkundigungen keinen Anlaß habe, von seinen Mittheilungen ein Wort zurückzunehmen. Er empfehle, die Weiterbehandlung der Angelegenheit davon abhängig zu machen, daß Mohr einen größeren Betrag für die großen Reisekosten der aus Worms und Umgegend zu ladenden vier Zeugen Huth's an Gerichtsstelle hinterlege; er (Huth) mache gleich darauf aufmerksam, daß er außer stande sei, diese Zeugenkosten etwa später zu bezahlen. Das „Hamburger Echo" meint zu den Mohr'schen Prozessen: Man könnte es allenfalls verstehen, wenn Herr Mohr, um die Harmlosigkeit jenes bekannten Fabrikbesuches zu erweisen, jene Zeitung verklagte, welche zuerst die Nachricht brachte. Herr Mohr hätte dann vielleicht die Unrichtigkeit irgend eines Punktes der Mittheilung nachweisen können, und damit wäre wohl der „Gerechtigkeit" genüge geschehen. Charakteristisch ist, daß — soweit uns bekannt — sämmtliche jetzt verklagten Zeitungen seinerzeit die Mohr'schen Berichtigungen anstandslos aufgenommen haben. Von einem Vorgehen des Herrn gegen bürgerliche Zeitungen ist uns bis jetzt noch nichts bekannt geworden, obgleich diese Presse die Angelegenheit weidlich ausgebeutet hat. Es bleibt nun abzuwarten, welche Erfolge Herr Mohr vor Gericht erzielen wird. Wir möchten fast glauben, daß er den gleichen schmerzlichen Ausruf thun wird, wie jener Jude: „Au waih! Ich hab' gewonnen!"

— Genosse Gerhard, der frühere verantwortliche Redakteur der Breslauer „Volkswacht", war der zweifachen Beleidigung des Maurerpoliers Neugebauer angeklagt. Das Landgericht erkannte in einem Falle auf Freisprechung, im anderen auf 50 M. Geldstrafe.

— Auf grund einer Polizei-Verordnung vom 7. August 1878, wonach Reden am Grabe ohne Erlaubniß der Ortsgeistlichkeit untersagt sind, wurde dem Goldarbeiter Ebert und dem Diamantschleifer Franz von Großenhain vom dortigen Bürgermeisteramt eine Geldstrafe von je 30 M. auferlegt. Ebert hatte am 24. September am Grabe eines verstorbenen Genossen, des Zigarrenarbeiters Bonifex in Großenhain, einen Kranz mit rother Schleife mit den Worten niedergelegt: „Im Namen des Vereins „Arbeiterschutz" lege ich diesen Kranz hier nieder" und Franz hatte mit den Worten: „Im Namen der Freiheit und Gleichheit" drei Schippen Erde in das Grab geworfen. Beide erhoben gegen die Polizeistrafe Einspruch, das Schöffengericht verurtheilte sie aber zu je zehn Mark.

Gewerkschaftliches.

Die Bewegung der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen Berlins hat ihren Höhepunkt erreicht. Sämmtliche Kollegen, welche in Ringdruckereien beschäftigt waren, sind ausständig. Am Sonnabend, den 31. Oktober, finden vorm Gewerbegericht die Verhandlungen wegen „Kontraktbruchs" statt. Damit dachten die Herren Prinzipale einige Schreckschüsse abzugeben, um die Bewegung ins Wanken zu bringen. Sie werden sich aber täuschen, denn die Ausständigen sind gewillt, den Kampf so lange zu führen, bis die Forderungen vollständig bewilligt sind. Die Hoffnung des Ringes, daß das Geld zur Unterstützung nicht ausreichen werde, wird durch die Thatsachen zu nichte gemacht. Da die Arbeit drängt, machen einzelne Firmen den Versuch, Arbeiter und Arbeiterinnen zum Prägen anzulernen. Dies ist aber nicht so leicht; wie uns berichtet wird, sind Arbeiterinnen bei dieser Beschäftigung die Finger zerquetscht worden. Wir machen hierauf aufmerksam, damit nicht noch mehr sich zeitlebens unglücklich machen. Gestreikt wird bei den Firmen: Kuhner u. Berger, Prager u. Loida, Ettler, Mathes, Friedberg u. Silberstein, Schäffer u. Scheibe, W. Böhme, Barnick, Büttner u. Ko., Wunsch u. Lange, Heimann u. Schmitt, Littauer u. Boysen, Aberlee, W. Hagelberg, Radicke, Weyland u. Bauchwitz, Priester u. Eyck, Grak u. Aron, P. Hagelberg, A. Engel, Walther Peck, Stentz, Werner u. Schumann, Oesterreich u. Hartmann, Sala, Hohenstein u. Lange, Frommholz, Lichtdruckerei Dienstbach, Zöhke u. Mittweier. Zuzug ist aufs strengste fernzuhalten. Die Wuth der Prinzipale kennzeichnet sich durch das Verhalten gegen das kaufmännische Personal; so wurden bei der Firma W. Hagelberg und Adolf Engel die Buchhalter entlassen, weil sie auf Listen für Streikende zeichneten. Die Situation ist nach wie vor sehr günstig. Die Lohnkommission.

Im Anschluß an diesen Bericht der Lohnkommission möchten wir den vom Streik betroffenen Firmen rathen, anstatt vorm Gewerbegericht die Kontraktbruchs-Angelegenheit zu erörtern, sich lieber dort mit den Streikenden über die Forderungen zu verständigen. Ein gütlicher Ausgleich ist allemal besser als ein langwieriger Kampf, der beiden Theilen schwere Opfer auferlegt. Haben in fast allen Gewerben die Unternehmer bei der gegenwärtig günstigen Geschäftskonjunktur den Arbeitern Konzessionen gemacht, so wird dasselbe wohl auch im graphischen Gewerbe nicht unmöglich sein. Weiter halten wir die polizeiliche Bewachung der vom Streik betroffenen für überflüssig. Die Arbeiter der graphischen Gewerbe verhalten sich schon selber so, daß sie mit dem Gesetz nicht in Konflikt kommen. Unsere Polizeimannschaften haben bei den bedenklichen Sicherheitszuständen Berlins doch gewiß wichtigeres zu thun, als auf Streikende zu vigiliren, die an den Geschäften, wo sie in Arbeit standen, vorübergehen.

Die Buchdrucker haben den streikenden Lithographen 15 000 M. zur Verfügung gestellt.

Der Maurerstreik in Stettin ist für beendet erklärt, da nur einige Unternehmer noch nicht bewilligt haben. Die Zahl der Streikenden beträgt blos noch 10.

Aus Lübeck. Die Leitung des Emaillir-Werkes von Thiel u. Söhne hat, wie üblich, ihr streikendes Personal auf die schwarze Liste gesetzt. Ein Exemplar dieser Liste ist durch zwei in einer Druckerei beschäftigte Mädchen einem Arbeiter übergeben worden und dieser hat dann die Veröffentlichung der Liste veranlaßt. Gegen die drei Personen soll nun Anklage erhoben werden. Weiter hat die Firma Thiel u. Söhne wegen eines vom Streikkomitee gegen sie gerichteten Flugblatts gegen 4 Personen — darunter den Genossen Theodor Schwartz — Strafantrag wegen öffentlicher Beleidigung gestellt.

Der Zuzug von Metallarbeitern aller Branchen ist von Lübeck fernzuhalten.

In Gevelsberg haben die an der Wasserleitung beschäftigten italienischen Erdarbeiter, die im Streik standen, die Arbeit wieder aufgenommen, da ihre Forderungen bewilligt wurden.

Der Streik der Steinsetzer und Rammer Hamburgs dauert fort. Wir appelliren nochmals an das Solidaritätsgefühl der gesammten Arbeiterschaft und bitten, uns moralisch wie auch materiell zu unterstützen. Dann wird auch der Sieg nicht ausbleiben trotz aller Machinationen. Alle Sendungen und Zuschriften bitten wir zu adressiren an das Streik-Komitee, pr. Adr.: Chr. Wiese in Hamburg, Niedernstr. 50.

In Magdeburg haben sämmtliche am Bau der deutschreformirten Kirche beschäftigten Maurer und Hilfsarbeiter die Arbeit niedergelegt.

In Leipzig beschlossen die Arbeiter der sächsischen Staatsbahnen die Gründung eines Vereins zur Wahrung ihrer beruflichen Interessen und zur Unterstützung bei Unglücks- und Todesfällen.

Die Leipziger Steinsetzer haben am vergangenen Donnerstag eine Lohnkommission gewählt, die in den nächsten Tagen einen Tarif auszuarbeiten und den Meistern zu unterbreiten hat. Der Tarif soll am 1. April 1897 in Kraft treten. Gefordert wird darin: 10 stündige Arbeitszeit, 50 Pf. Stundenmindestlohn, Bezahlung der Ueberzeitarbeit mit 50 pCt. Zuschlag, Lohnzahlung am Sonnabend vor Beendigung der Arbeitszeit. Da die Meister im vergangenen Frühjahr die Ablehnung einer Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Steinsetzer damit motivirten, daß die Voranschläge für die auszuführenden Arbeiten schon sechs Monate vor Beginn der Arbeit gemacht würden und hierbei als Grundlage zur Berechnung der Preishöhe der Stand der bisherigen Lohnverhältnisse angenommen worden sei, so hat man den Meistern die Forderungen diesmal bei zeiten unterbreitet.

Die Schuhmacher in Groitzsch i. S. haben ihre Lohnbewegung unter günstigen Bedingungen beendet. Die Ringfabrikanten bequemten sich dazu, mit den Vertretern der Arbeiter einen Lohntarif zu vereinbaren, der den Groitzscher Verhältnissen entspricht. Die Fabrikanten, die bisher die niedrigsten Löhne bezahlt hatten, mußten namhafte Zugeständnisse machen. Bei der Firma J. W. Heyl, wo das Personal streikte, was die Fabrikanten zur Generalkündigung bewog, ist die Arbeit wieder aufgenommen. Der Sieg der Groitzscher Schuhmacher ist eine Folge ihres guten Zusammenhalts. Die Mitgliederzahl der dortigen Filiale des Vereins deutscher Schuhmacher stieg von 200 auf über 500.

In Mainz sind, Zeitungsmeldungen zufolge, die Lohndifferenzen in der Schuhfabrik von Eichbaum u. Ko. wieder beigelegt.

Mit einer schweren Niederlage endete der Ausstand des Personals der ersten österreichischen Jutespinnerei in Floridsdorf bei Wien. Trotzdem am 27. Oktober in einer Versammlung der Ausständigen die Fortsetzung des Streiks einstimmig beschlossen worden war, nahmen am folgenden Morgen 400 Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Beschäftigung bedingungslos wieder auf. Die übrigen folgten am Nachmittag. Die Fabrikleitung nahm nun Rache. Mehr als 100 Arbeiter und Arbeiterinnen wurden auf's Pflaster geworfen, darunter zahlreiche schwangere Frauen, um die Betriebs-Krankenkasse nicht zu belasten.

Aus Charleroi in Belgien wird telegraphirt: Eine bedenkliche Streikbewegung wird auf einer ganzen Reihe von Gruben konstatirt. Die Arbeiter fordern überall Lohnerhöhung, die indessen nur theilweise bewilligt wird.

Ein Droschkenkutscherstreik, an dem nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" bis jetzt 3000 Mann betheiligt sind, der sich aber zu einem allgemeinen ausdehnen dürfte, ist in London ausgebrochen. Er ist lediglich gegen die hauptstädtischen Eisenbahnen gerichtet, die gewisse Beschwerden der Droschkenkutscher nicht berücksichtigen wollen. Die Kutscher weigern sich, Fahrgäste in die Bahnhöfe hineinzufahren.

Soziales.

Die Einführung von Arbeitszetteln, die nach dem Vorgange des Düsseldorfer Gewerbegerichts in einer Anzahl von Städten vorgenommen ist und vom preußischen Handelsminister ebenfalls empfohlen wurde, wird nun auch vom Berliner Gewerbegericht den Unternehmern angerathen. Das Gewerbegericht hat das Formular eines solchen Arbeitszettels ausgearbeitet, das nächstens im Druck erscheinen wird. Es wird dann ebenso wie heute die polizeilichen Wohnungs-An- und Abmeldezettel in Geschäften zu einem geringen Preis zu haben sein. Probe-Exemplare werden in den einzelnen Kammern des Gewerbegerichts zur Benutzung ausliegen. Der ausgefüllte, mit Unterschriften des Unternehmers und Arbeiters versehene Arbeitszettel stellt einen rechtsverbindlichen Arbeitsvertrag dar. Das Formular enthält Rubriken für: Dienstantritt, Lohnsatz, Lohnzahlung, Arbeitszeit, Kündigungsfrist sowie einen Anhang für nachträgliche Aenderungen des Arbeitsvertrages und eine Quittung über die empfangene Altersversicherungs-Karte mit richtiger Anzahl von Marken, Arbeitsbuch und Zeugniß, das der Arbeiter beim Dienstantritt unterschreibt; inbegriffen ist auch die Bescheinigung über richtig empfangenen Lohn event. mit Kostgeld. Es wird durch diese Zettel das vielfach recht oberflächlich geschlossene Arbeitsverhältniß im Interesse beider Parteien (Unternehmer und Arbeiter) scharf fixirt, was dazu beitragen wird, daß weniger Klagen als bisher in gewerblichen Streitigkeiten vorkommen. Besonders praktischen Werth erhalten diese Zettel noch dadurch, daß auf der Rückseite derselben die wichtigsten Bestimmungen aus der Reichs-Gewerbe-Ordnung, dem Kranken-Versicherungs-Gesetz, dem Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetz, sowie aus dem Ortsstatut abgedruckt sind.

Die Erhebungen über die Wirkung der Bäckerei-Verordnung, die in allen Bundesstaaten vorgenommen sind, sollen, wie es heißt, „vornehmlich" die Beschaffung von Material zur Beantwortung einer im Reichstage zu erwartenden Interpellation bezwecken. Ob die „Beantwortung" zu gunsten der Bäckermeister oder Bäckergesellen ausfallen wird, wird sich ja zeigen.

Der Legitimationszwang für den Geschäftsverkehr zwischen den Konsumvereinen und ihren Mitgliedern wird laut Gesetz am 1. Januar 1897 eingeführt. Die Handelskammern sind jetzt aufgefordert worden, sich gutachtlich darüber zu äußern, welche Anforderungen an die Legitimationsführung zu stellen sind.

Das Zweistuhl-System ist in der Textilindustrie des Rheinlands schon mehrfach Ursache von Arbeitseinstellungen gewesen, die bis jetzt, soweit bekannt, damit endeten, daß die Fabrikanten die Einführung von Doppelstühlen unterließen. Wie das aber mit technischen Verbesserungen zu geschehen pflegt, so auch hier. Die Fabrikanten geben nur nach, um unterm Druck der Konkurrenz die Arbeit und Kosten sparenden Doppelstühle zu einer günstigeren Zeit einzuführen. Ein solcher Fall wird aus Eupen gemeldet, wo erst vor kurzem ein Streik aus solcher Ursache ausbrach und mit dem Erfolg der Arbeiter endete. Eine dortige Firma hat eine Anzahl Doppelstühle bestellt und will diese mit Arbeiterinnen besetzen. Das wird möglicherweise zu einem neuen Streik führen; mag er enden wie er will, auf die Dauer wird sich die Einführung des Doppelstuhls nicht verhindern lassen. Es ist deshalb angezeigt, wenn sich die Weber mit der neuen Maschine in irgend einer Weise abfinden, in erster Linie dadurch, daß sie für Verkürzung der Arbeitszeit eintreten und die Fabrikanten ersuchen, nicht eher neue Arbeiter anzulernen, ehe die alten untergebracht sind. Der Fabrikinspektor in Aachen wird, soweit anzunehmen ist, seine Vermittelung nicht versagen.

Kartellwesen. Sämmtliche transatlantische Dampferlinien stehen wegen Abschluß eines Kartell in Unterhandlung dessen Zweck ist, die Kajütenpreise bedeutend zu erhöhen. Daß die Preise für das Zwischendeck früher oder später ebenfalls in die Höhe geschraubt werden würden, ist klar.

Die Errichtung eines Gewerbegerichts für Zerbst wurde vom dortigen Gemeinderath mit 13 gegen 12 Stimmen beschlossen. Dieser vernünftige Beschluß ist dem Bürgermeister Dr. Hahn zu danken, der als Vorsitzender zu gunsten des Gewerbegerichts den Ausschlag gab.

Ein Schiedsgericht zur Schlichtung von kaufmännischen Streitigkeiten tritt in Mainz auf Beschluß der Handelskammer im Januar nächsten Jahres in Wirksamkeit.

Erhebungen über die Lage der Landwirthschaft und der ländlichen Arbeiter sind vom sächsischen Ministerium des Innern angeordnet worden.

Die Ausnutzung des Grund und Bodens zu drei- und vierstöckigen Wohnhäusern läßt das sächsische Ministerium, wie es dem Leipziger Rath eröffnet hat, nur noch in Ausnahmefällen zu. Das Ministerium beschränkt die Gebäudehöhe auf Parterre und zwei Obergeschosse. In das Dach dürfen nur noch wirthschaftliche Nebengelasse zu dem im Parterre und den zwei Obergeschossen befindlichen Wohnungen eingebaut werden; es dürfen also in Zukunft selbst die zweistöckigen Häuser keine selbständigen Dachwohnungen mehr haben. Weiter verbietet das Ministerium, in das Kellergeschoß Werkstätten und ähnliche gewerbliche Räume einzubauen. Endlich verfügt das Ministerium, daß die Hintergebäude mehrerer Nachbargrundstücke nicht mehr in geschlossener Reihe, sondern entweder vollständig freistehend erbaut werden, oder daß die Hintergebäude je zweier Nachbargrundstücke so aneinander gebaut werden, daß der Rücken des einen Hinterhauses an die Seitenwand des anderen stößt. Dadurch soll erreicht werden, daß nur je zwei Hintergebäude aneinander stoßen. Um diese herum soll freier Raum sein, während jetzt die Hintergebäude einer ganzen Häuserreihe eine geschlossene Phalanx bilden. Die Hintergebäude sollen in Zukunft nur noch aus einem Parterre und einem Obergeschoß bestehen und nur dann bewohnt werden dürfen, wenn die Vordergebäude nicht dicht nebeneinander stehen. Bei geschlossener Bauweise der Vorderhäuser dürfen die Hintergebäude nicht bewohnt werden.

Diese Neuerung ist, wenn sie einigermaßen streng durchgeführt wird, von allgemeiner Bedeutung. Das Miethskasernenwesen und der Grund- und Bodenwucher werden eingedämmt, die gesundheitlichen Verhältnisse in den Städten besser werden. Anderseits werden die Arbeiter voraussichtlich noch mehr als jetzt schon genöthigt sein, aufs Land zu ziehen, sie werden also mittags nicht mehr nach Hause gehen können. Das dürfte dazu führen, daß man mehr und mehr zur sogenannten englischen Arbeitszeit übergeht, die darin besteht, daß mit kurzen Pausen vom Beginn bis zum Ende des Tagewerks durchgearbeitet, das Tagewerk also zeitiger als jetzt beschlossen wird. (Diese Notiz ist, was wir zu entschuldigen bitten, in gestriger Nummer durch ein Versehen herausgeblieben.)

Wie ungenirt das Unternehmerthum in den Handels- und Gewerbekammern Parteipolitik treibt, zeigt die Chemnitzer Handels- und Gewerbekammer in ihrem letzten Jahresbericht, wo sie in die Hatz gegen die Konsumvereine mit folgenden Bemerkungen einstimmt: „Was die Konkurrenz der Konsumvereine speziell anbelangt, so scheint uns in unseren Gegenbestrebungen jetzt Unterstützung von einer Seite zu kommen, von der sie am wenigsten erwartet wurde, und zwar von den Sozialisten und den ihnen Nahestehenden. Angeblich zur Bekämpfung des Kapitalismus und zu seiner Lahmlegung gründen diese jetzt Konsumgenossenschaften, da durch solche Organisationen erhebliche Geldmittel sowie den Führern gut bezahlte Stellen eingebracht, der Mittelstand aber noch mehr als jetzt schon lahm gelegt wird. Solche Organisationen sind aber, besonders wenn Grundbesitz vorhanden, wesentlich schwerer aufzulösen, als einfache politische Vereine, und der Staat wird im Interesse der Selbsterhaltung gewisse Grenzen ziehen müssen, die auch den Vereinen gegenüber nicht ohne Wirkung sein können, die erst der Unterstützung höchster Beamten ihre Existenz verdanken.

Zur Zurückweisung dieser Musterleistung tendenziöser Berichterstattung genügt es, darauf hinzuweisen, daß notorisch die Konsumvereine Sachsens ihre Angestellten nichts weniger als gut, sondern häufig sogar sehr schlecht bezahlen; weiter, daß das Genossenschaftsgesetz, auf grund dessen die Konsumvereine errichtet sind, die Verwendung von Geldern für andere als die statutarischen Zwecke ausschließt. Die Handelskammer von Chemnitz schlägt sich also mit ihren eigenen Waffen.

Die Generaldirektion der bayerischen Staats-Eisenbahnen versendet ein längeres Vertheidigungsschreiben an die Presse auf die in dieser namentlich in letzter Zeit häufig zum Ausdruck gebrachten Anregungen oder Beschwerden über die ungünstigen Verhältnisse des Personals der bayerischen Staats-Eisenbahnen. Am Schlusse dieses Schreibens heißt es: „Die Verwaltung wird auch in Zukunft die Fürsorge für das Personal aller Sparten und Dienstzweige als eine wichtige Aufgabe im Auge behalten, und etwa zutage tretenden Mißständen begegnen; sie vertraut aber dem Personale, wie auch weiteren Kreisen, daß die mehrfach veröffentlichten Klagen über angebliche Mißstände nicht als baare Münze genommen werden, wenn sie auch nicht immer einzeln berichtigt werden können."

Dazu bemerkt die „Fränkische Tagespost: Es ist sehr bequem, dem Personal zu empfehlen, es möge den Berichten über Mißstände keinen Glauben schenken. Daß die Verwaltung die Fürsorge für das Personal als eine wichtige Aufgabe im Auge behalten will, ist gewiß sehr schön, und eben zu dem Zwecke, daß diese wichtige Aufgabe nicht so leicht in Vergessenheit geräth, muß die Presse die Verwaltung ab und zu darauf aufmerksam machen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Der langgesuchte Mörder Bruno Werner ist am gestrigen Abend 9 Uhr 23 Min. auf dem Potsdamer Bahnhofe eingetroffen. Seitens der Presse und der Kriminalpolizei war, um große Menschen-Ansammlungen zu verhindern, die genaue Zeit der Ankunft des Mörders geheim gehalten worden. — Punkt 9 Uhr 23 Minuten fuhr der Schnellzug ein; in der Mitte des Trains befand sich ein Waggon dritter Klasse, dessen Koupee für Nichtraucher für den jugendlichen Verbrecher gedient hatte. Werner war ungefesselt, das Gesicht des jugendlichen Mörders todtenblaß. Im Publikum machte sich die gerechte Entrüstung beim Anblick des Mörders geltend. „Mörder, Schuft, schlagt den Hund todt," so erschollen aus der Menge Rufe; die Kriminalbeamten bildeten eine Kette, und scheuen gesenkten Blickes schreitet Werner, eskortirt von einem Kriminalkommissar und einem Polizei-Wachtmeister, durch eine Seitenthür des Perrons, die zu dem Droschken-Halteplatz führt. Im nächsten Augenblick befindet sich der Mörder in einer Droschke 2. Klasse und das Gefährt rollt nach dem Polizeipräsidium, woselbst W. heute übernachtete, nachdem er noch ein kurzes Verhör zu bestehen hatte.

Trier, 31. Oktober. (W. H.) Das Wasser der Mosel steigt fortwährend, weite Strecken des Ufers stehen unter Wasser.

Kopenhagen, 30. Oktober. (W. T. B.) Die Polizei verhaftete heute einen Mann namens Glaab, der angiebt, in Berlin geboren zu sein, unter dem Verdachte, daß er ein Mitschuldiger des am Sonnabend wegen Sparmarkenfälschung verhafteten Kassirers des hiesigen Anarchistenklubs, Vergolders Peter Jensen, ist.

London, 30. Oktober. (W. H.) Hier eingegangenen Meldungen zufolge ist beim Kap Horn während des letzten furchtbaren Orkans ein Bremer Dreimaster untergegangen. Derselbe befand sich mit einer Ladung Kohlen von Shields nach Iquique unterwegs. Die ganze Bemannung, 27 Köpfe stark, ist ertrunken.

London, 30. Oktober. (W. T. B.) Der britische Kapitän Marriot wurde in der Nähe von Smyrna von Räubern gefangen genommen, welche 10 000 Pfund Lösegeld verlangen.

Hongkong, 30. Oktober. (W. T. B.) In Taipefu im Norden Formosa's ist die Pest ausgebrochen; bisher sind 15 Erkrankungen festgestellt.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobsy in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen.

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 256. Sonnabend, den 31. Oktober 1896. 13. Jahrg.

Nochmals die arbeiterfreundliche Gasdirektion.

Unsere Behauptung, die Einrichtung der fünfzehnstündigen Sonntagsschicht für die städtischen Gasarbeiter wäre mit einem Lohnausfall verbunden gewesen, wird von der gegnerischen Presse als falsch bezeichnet. Wir geben nachstehend einen Auszug aus dem stenographischen Bericht der Stadtverordneten-Versammlung vom 8. Oktober d. J., in welcher die Angelegenheit verhandelt wurde.

Stadtrath Ramslau: . . . Eines ist in der ganzen Argumentation des Herrn Kollegen Singer ganz übersehen worden. Wir stehen unter dem Druck der gesetzlichen Vorschriften. Das ist einerseits die Gewerbe-Ordnung, andererseits die für Berlin erlassene Verordnung des königlichen Polizeipräsidiums vom 21. März 1895. Durch sie ist uns vorgeschrieben, daß wir jedem Arbeiter in unseren Gaswerken einen Sonntag um den anderen 24 Stunden freigeben und daß diese 24 Stunden morgens um 6 Uhr beginnen müssen . . . Nun heißt es im Schlußsatz des § 105c der Gewerbe-Ordnung: Ausnahmen können zugelassen werden von der unteren Verwaltungsbehörde unter der Bedingung, daß die Arbeiter am Besuche des sonntäglichen Gottesdienstes nicht gehindert werden und ihnen an stelle des Sonntags eine vierundzwanzigstündige Ruhepause an einem Wochentage gewährt wird. Es kann also die achtzehnstündige Schicht nur dann in eine fünfzehnstündige umgewandelt werden, wenn daneben jedem Arbeiter im Laufe der Woche ein völlig freier Tag von 24 Stunden geboten wird.

(Hört, hört!)

. . . . . .

Es ist ein Antrag auf Tagesordnung eingegangen.

Stadtv. Singer . . . . . Ich habe mich zum Wort gegen den Antrag auf Tagesordnung gemeldet, um die Möglichkeit zu haben, zwei Momente aus der Rede des Herrn Stadtrath Ramslau festzunageln, nämlich das eine Zugeständniß, daß der Magistrat beabsichtigt, von jetzt ab jeden Sommer eine längere Arbeitsschicht als zwölf Stunden zu beseitigen, und ferner das für mich außerordentlich wichtige Zugeständniß, daß neben der Einführung der fünfzehnstündigen Sonntagsschicht nunmehr jeder Gasanstaltsarbeiter in der Woche eine vierundzwanzigstündige Ruhe hat. Das, meine Herren, ist in dem Extrakt, der von dem Einigungsamt in die Presse gekommen ist, nicht enthalten. Herr Stadtrath Ramslau wird nicht in der Lage sein, nachweisen zu können, daß unter den Einigungsvorschlägen, die er gemacht hat, dieser Passus enthalten ist. Ist er bereit, ihn einzufügen, so wird sich niemand mehr darüber freuen, als ich, vorausgesetzt — ich darf das wohl als feststehend annehmen — daß mit dieser vierundzwanzigstündigen Ruhe keine Lohnverkürzung verbunden ist.

(Stadtrath Ramslau: Natürlich!)

Das heißt natürlich nicht?

(Stadtrath Ramslau: Natürlich ja!)

— Ah meine Herren, wenn Sie, um den Arbeitern die achtzehnstündige Sonntagsschicht auf eine fünfzehnstündige zu ermäßigen, einen Ruhetag in der Woche einführen und dafür eine Verkürzung des Wochenlohnes eintreten lassen wollen, werden die Arbeiter sich bedanken für diese vierundzwanzigstündige Ruhe; denn sie brauchen den Lohn, den sie an diesem Tage bekommen, um ihre Familien zu ernähren. Das freut mich, daß das so herausgekommen ist. Das ist die Sozialpolitik, die die freisinnige Stadtverwaltung von Berlin übt!

(Große Unruhe. Rufe: Schluß!)

Vorsteher Dr. Langerhans: Herr Singer, ich bitte Sie, gegen die Tagesordnung zu sprechen.

Stadtv. Singer: Ich wollte diese beiden Punkte aus der Diskussion herausheben und möchte dringend das Ersuchen aussprechen, von dem Plane abzugehen; denn das ist ganz zweifellos: stellen Sie die Frage so, ob die Arbeiter eine achtzehnstündige Schicht wollen, — —

Vorsteher Dr. Langerhans: Herr Singer, ich ersuche Sie nochmals, gegen die Tagesordnung zu sprechen.

Stadtv. Singer: Gewiß, Herr Vorsteher! Ich meine, was ich jetzt aus den Aeußerungen des Herrn Stadtraths Ramslau herausgeschält habe, was in der vorigen Diskussion mit keinem Wort erwähnt ist, spricht so sehr dafür, daß die Versammlung gegen die Tagesordnung stimmt und der Diskussion freien Lauf läßt, daß wir Herrn Stadtrath Ramslau für das Motiv, das er gegeben hat, gegen die Tagesordnung zu sprechen, zu danken haben. Opfern Sie die halbe Stunde Zeit meine Herren; es ist wichtig genug, in dieser Sache volle Klarheit zu schaffen.

(Die Versammlung beschließt den Uebergang zur Tagesordnung.)

So und nun richten wir die Frage an die Bourgeoispresse: war bei Einführung der fünfzehnstündigen Sonntagsschicht ein Lohnausfall in Aussicht genommen oder nicht? Und merken die Vertheidiger der „arbeiterfreundlichen“ Gasdirektion nun endlich, warum die Arbeiter um Beibehaltung der achtzehnstündigen Sonntagsschicht petitionirt haben? Wer nicht gerade ein Brett vor dem Kopfe hat, der könnte es doch wirklich begreifen!

Lokales.

Für den zweiten Wahlkreis findet am Sonntag, den 1. November, abends 6½ Uhr, im Lokale des Genossen Zubeil, Lindenstr. 106, eine Versammlung statt, in welcher Genosse Dr. Paul Bernstein einen Zyklusvortrag über „Hypnotismus“ beginnen wird.

Unsere Parteigenossen Hinz und Lerche, welche kürzlich wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt wurden, sind gestern Mittag wieder verhaftet worden. Hinz war bekanntlich gleich Lerche gegen eine Kaution von 5000 M. auf freiem Fuße belassen worden. Einer vom Staatsanwalt gegen diesen Gerichtsbeschluß eingereichten Beschwerde soll das Kammergericht stattgegeben haben. Welche Gründe für die Staatsanwaltschaft maßgebend gewesen sind, um eine derartige Handlung vornehmen zu lassen, wissen wir nicht.

Unternehmerrache. Ein Abgangszeugniß, das dieser Tage von der bekannten Firma W. Hagelberg, deren Arbeiter gegenwärtig wegen einer geringen Lohnforderung ausständig sind, einem entlassenen Komptoirangestellten mit auf die Reise gegeben worden ist, hat folgenden Wortlaut:

W. Hagelberg.
Berlin NW., den 23. Oktober 1896.
Marienstr. 19/22.

Herr . . . . . war vom 1. Januar 1893 bis heute als Expedient in der Lager-Abtheilung meines Hauses beschäftigt.

p. pa. W. Hagelberg.
Manasse.

Auf Wunsch wird Herrn . . . . . zusätzlich bescheinigt, daß derselbe entlassen worden ist, weil er bei Gelegenheit einer Arbeitseinstellung in meiner Fabrik die Zirkulation von Sammellisten zu gunsten der ausständigen Arbeiter bei den seiner Beaufsichtigung unterstellten Leuten zugelassen und sich selbst an der Sammlung durch Zeichnung betheiligt hat. Im übrigen wurde er mit Führung von Lagerbüchern beschäftigt und hat er die ihm obliegende Arbeit zu meiner Zufriedenheit ausgeführt.

p. pa. W. Hagelberg.
Manasse.

Hätte der Entlassene ruhig zugesehen, wie die um Lohnerhöhung kämpfenden Arbeiter mit Weib und Kind verhungerten, so säße er heute noch warm, und hätte er gar den Denunzianten gespielt, so wäre ihm vielleicht auf eine bessere Stellung Aussicht gemacht worden. So will es eben die Moral des Kapitalismus.

Die Niederlage der drei kühnen Männer. Ueber das Gesuch des Arbeitsausschusses der Berliner Gewerbe-Ausstellung, „der Magistrat wolle beschließen und die Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung dazu erwirken, daß ihm (dem Ausschuß) die Verpflichtung erlassen werde, das zur Ausstellung verwendete Terrain des Treptower Parks wiederum als Park herzustellen“, referirte in der heutigen Magistratssitzung Herr Stadtrath Ramslau. Die Petition des Arbeitsausschusses wurde ohne lange Debatte abgelehnt.

Ein dissidentischer Berliner Bürger, welcher sein Kind nicht in den Religionsunterricht schickte und deswegen von der städtischen Schuldeputation in der seit 1892 üblichen Weise mit Strafresoluten bedacht wurde, erhob hiergegen beim Magistrat Widerspruch und erzielte der „Volksztg.“ zufolge kürzlich eine neue, bisher noch nicht bekannt gewordene Entscheidung, nach welcher das angegriffene Strafresolut als ungesetzlich aufgehoben wurde. Ob diese erfreuliche Entscheidung prinzipielle Bedeutung haben wird und den orthodoxen Gewissenszwang der Kirche wenigstens für Berlin generell aufhebt, muß dahin gestellt bleiben. Der Magistrat meint in seinen Entscheidungsgründen, das Allgemeine Landrecht und auch Art. 21 der Verfassung statuiren allerdings eine Pflicht der Eltern, ihre Kinder irgend einem Religionsunterrichte zuzuführen, ob und welche Zwangsmittel aber zur Erfüllung dieser Verpflichtung gegen die Eltern gegeben sind, interessire hier nicht. Denn mittels eines solchen Zwanges könnte der Vater doch nur dazu angehalten werden, daß er sein Kind in der von ihm bestimmten oder mangels einer solchen Bestimmung in seiner eigenen Religion unterweisen läßt. Falls er aber einer Religionsgesellschaft, deren Bekenntniß Gegenstand eines Unterrichts sein könnte, überhaupt nicht angehört, so dürfte er auf grund der obigen Bestimmungen äußersten Falles dazu gezwungen werden können, eine Religion zu bestimmen, in der sein Kind unterrichtet werden soll. Jedenfalls müßte erst durch ein gesetzlich zulässiges Verfahren festgestellt sein, an welchem Religionsunterricht das Kind nach den bestehenden Gesetzen theilzunehmen hat, bevor gegen den Vater ein Strafverfahren wegen Schulversäumniß des Kindes eingeleitet werden könnte.

Magistratlicher Trost für Arbeitsuchende. Magistratsoffiziös wird gemeldet: „Es gehen noch immer zahlreiche Gesuche beim Magistrat ein, um Beschäftigung als Hilfsarbeiter. Die betreffenden Personen machen sich jedoch vergebliche Wege und Kosten, denn, wie wir mittheilen können, werden auch jetzt vom Magistrat Hilfsarbeiter für den Bureaudienst nicht eingestellt.“

Zur Gasarbeiterfrage. Das Magistrats-Kollegium hat beschlossen, den Bescheid zu ertheilen, daß der Magistrat an den Beschlüssen des Einigungsamtes festhalten müsse, indessen den Wünschen entsprechend vorläufig die Einführung der 15stündigen Arbeit aussetzen wolle. Die definitive Regelung solle alsbald nach erfolgter Wahl des Arbeitsausschusses erfolgen.

In ihrer gestrigen geheimen Sitzung hat die Stadtverordneten-Versammlung in bezug auf die Anstellung des Oberinspektors Hankwitz als Markthallen-Direktor beschlossen, mit Rücksicht auf die Besonderheit des Falles von der Verletzung des Beschlusses vom 29. September 1887 abzusehen. Nach diesem Beschlusse sollte: 1. das Jahresgehalt der Stelle 8000 M. betragen; 2. das Engagement zunächst auf ein Probejahr erfolgen, welchem eventuell eine Anstellung auf vier Jahre nachfolgen und dann die Anstellung auf Lebenszeit erfolgen könne; 3. sollte sowohl bei der ersten Annahme zur Probe wie vor der eventuellen Anstellung auf Lebenszeit die Präsentation des Markthallen-Direktors bei der Stadtverordneten-Versammlung erfolgen. Ferner hat die Versammlung beschlossen, die Bedingungen der Anstellung des Oberinspektors Hankwitz als Markthallen-Direktor zu genehmigen. Endlich erklärte die Versammlung, sie habe gegen die Person des Herrn Hankwitz keine Bedenken. Die Frage der Pensionsberechtigung solle vorbehalten bleiben.

Die Ausbeutung des Mordes in der Mohrenstraße zu Reklamezwecken halten einige Vereine, die in Jugenderziehung und Volkswohlfahrt machen, augenscheinlich nicht für so verwerflich, daß sie davor zurückschrecken sollten. Nachdem der „Ostdeutsche Jünglingsbund“ die Sache kürzlich so schwungvoll eingeleitet hat, soll sie durch den „Freiwilligen Erziehungsbeirath für schulentlassene Waisen“ fortgesetzt werden. In einem Zirkular, das ein Herr Ludwig Ullmann, Vorsitzender für den 22. Waisenbezirk und für Schöneberg, in diesen Tagen im Auftrage des „Erziehungsbeiraths“ an die Waisenbezirks-Vorstände von Berlin SW., W. und NW. versandt hat, wird darauf hingewiesen, daß weite Kreise von der Existenz des Erziehungsbeiraths noch keine Kenntniß haben, und daß auch solche, die ihn kennen, ihm „noch recht gleichgiltig und arbeitsunlustig“ gegenüber stehen. „Das Ereigniß in der Mohrenstraße (Justizrath Lewy)“, heißt es dann weiter, „ist jedenfalls dazu angethan, unserer Sache viele arbeitsame Freunde zu verschaffen und eine allgemeine, regere Theilnahme zu erwecken, und würde es jedenfalls im Interesse der Sache liegen, gerade jetzt Wandervorträge in größerem Umfange, zunächst in Berlin, abzuhalten u. s. w.“ — Man könnte sich fast versucht fühlen, über dieses heiße Ringen um das Interesse und die Gunst des gleichgiltigen Bourgeoispublikums zu lachen, wenn der Anlaß, den die Herrschaften zum Vorwand für ihre Werbeversammlungen nehmen, nicht so traurig wäre.

Die Berliner Polizei hat bekanntlich, wie wir vorgestern meldeten, die der hiesigen „Märk. Volksztg.“ anscheinend als Vergünstigung gewährte Zusage der Zustellung von kriminalpolizeilichen Mittheilungen wieder entzogen, weil das genannte Blatt es in einem Artikel darauf abgesehen haben sollte, die Kriminalpolizei in der öffentlichen Meinung herabzusetzen und ihr das Vertrauen der Bevölkerung zu entziehen.

Von den Haberern.*)

(Nachdruck verboten.)

Ein Habererprozeß regt jetzt die Bevölkerung Münchens und Oberbayerns auf. Bei uns in Norddeutschland wissen die wenigsten, wer die Haberer sind, welches ihre Geschichte, ihre Gebräuche sind. Deshalb werden die folgenden Ausführungen den meisten Lesern etwas Neues bieten.

Woher stammt das Wort, und was versteht man unter Haberfeldtreiben, „ins Haberfeld treiben“, „auf die Haberwaid' schlagen?“ Das Wort stammt wohl von dem Treiben des Viehs auf das geschnittene Haberfeld, wo es die letzten elenden übrig gebliebenen Haberstoppeln abgrasen soll. Bildlich bedeutet es, jemandem seine Untugenden vorhalten, und nach Schmeller's bayerischem Wörterbuch: „jemanden in die trostlosesten, elendesten Umstände bringen.“

In den ländlichen Gegenden Oberbayerns zerfällt die Bevölkerung meist in zwei sehr ungleiche Theile: einerseits in die wirklich Einheimischen, die Landleute, eine einheitliche Masse von Menschen mit Berufs- und Sittengemeinschaft und einer seit langem wenig veränderten Kultur- und Denkweise; andererseits in die geringe Zahl der Nichteinheimischen, die als Vertreter einer ganz anderen, meist städtischen Kultur mit dem sozial unter ihnen stehenden Volk wenig Gemeinschaft haben — der Pfarrer, der Verwalter, und was derlei „Honoratioren“ mehr sind. Fällt aus der ersteren Masse jemand, etwa ein reicherer Bauer, durch unliebsames Auftreten heraus, so geräth er zu seinen Genossen leicht in eine ähnliche Lage wie jene Fremden. Fühlt sich also das Volk durch das Verhalten irgend eines dieser Vereinzelten in seinen Anschauungen, die noch lange keine absonderlichen sein brauchen oder sind, verletzt, so verhängt es über den Schuldigen das Volksgericht: es treibt ihm das „Haberfeld“.

Zuerst erfolgen geheime oder öffentliche Warnungen oder Ankündigungen, diese oft in der unverblümtesten Plakatform; die im Ort befindlichen Kranken müssen etwa auf Wunsch der Haberer fortgeschafft werden. Dann erscheinen in recht finsterer Nacht vor dem Hause des zu Richtenden oder, besonders bei Gerichten über mehrere, auf einem nahegelegenen Platz plötzlich vermummte Gestalten mit geschwärzten Gesichtern; das sind die Treibenden, die „Haberer“. Mit Raketen und Böllern kündigen sie sich an, mit allen möglichen Lärminstrumenten, darunter auch Schießwaffen, veranstalten sie eine fürchterliche Katzenmusik, die den zu Richtenden weckt. Er darf bei Lebensstrafe das Haus nicht verlassen und muß nun zuhören. Zuerst werden alle Haberer von ihrem Führer, dem Habelfeldmeister, einzeln mit fingirten Namen aufgerufen und antworten durch ein „Hier“. Fehlt auch nur einer, wird das Treiben aufgeschoben.

Dann verliest der Meister, in der Mitte der Treibenden stehend und von einem Laternenträger assistirt, das Sündenregister. Sie beginnen gern ihre Sprüche im Auftrage des Kaisers Karl vom Untersberg; die Sprüche sind in Verstrophen abgefaßt und ergehen sich in möglichst wirksamer Drastik. Nach jeder Strophe die Frage: „Is dös wahr?“, die allgemeine Antwort: „Wahr is!, die Aufforderung, „Nacha treibt's zua!“ Und nun ein furchtbares Durcheinanderlärmen mit Pfannen, Kesseln, Kuhglocken, Trommeln, Pfeifen, Windmühlen u. s. w. in Verbindung mit einigen hundert knallenden Flinten, knatternden Fröschen, steigenden Raken, krachenden Böllern.

Für diesmal hat die Sache ein Ende, und die Schaar verschwindet meist nach etwa ¾ Stunden im Dunkel, woher sie gekommen. Am nächsten Tag ist alles wie gewöhnlich, nur die Verse liegen meist im Ort gedruckt umher und beschäftigen das Gespräch als ein fremdes Ereigniß.

Wer sind nun die Treiber, und welchen Ursprung und Charakter hat das Treiben? Man äußert sich darüber in verschiedenen Weisen, die darauf hinaus kommen, daß es sich theils um eine altersgraue Romantik oder um einen poetischen Ulk, theils um einen verbrecherischen Sonderbund handle. Keins davon dürfte richtig sein. Schon die große Zahl der Treiber widerlegt es; steht sie ja doch in auffälligem Verhältniß zu der nicht eben städtisch zahlreichen Bevölkerung. Ein Bauer, der einmal gefragt wurde, wer alles betheiligt sei, gab die klassische Antwort: „Jeder der nicht will, daß ihm getrieben wird.“ Es handelt sich also um einen heimischen Volksgebrauch, um eine Auflehnung jenes eingeborenen größeren Theils der Bevölkerung gegen den kleineren fremden, nicht um eine Sonderströmung innerhalb jenes. Dafür spricht auch der Umstand, daß die Sitte nur in einem bestimmten engen Landstrich besteht, am Tegernsee, Schliersee und in einem nördlichen Umkreis dieser beiden. Ebenso die Thatsache, daß bisher keine behördliche Aufdeckung gelungen ist, trotz aller schneidigsten, selbst militärischen Bemühungen — was in Deutschland viel heißt. Daß nun das Treiben für unsere weltlichen und kirchlichen Gesetze ein Vergehen oder Verbrechen darstellt, ist kaum zweifelhaft; daß es von den Veranstaltern nicht als solches, sondern als das Gegentheil, als eine Rechtsverwahrung unternommen wird, ergiebt sich aus vielen Einzelheiten. So schon aus der einen Deutung des Namens, wonach ursprünglich besonders Wucherer und Grenzfrevler durch Verwüstung ihrer Felder — und Haber ist dort das Getreide par excellence — gestraft wurden, ferner aus einer Reihe von Aehnlichkeiten mit den alten deutschen, besonders westfälischen Vehmgerichten. Beide werden auf Karl den Großen zurückgeführt, der wenigstens die verwandten Rügegerichte eingeführt haben soll. Beide überfallen keinen Unvorbereiteten, sondern die Vehmrichter ließen — außer einer Ergreifung „bei handhafter That“ — erst Ladungen ergehen, die Haberer kündigen sich durch Warnungen und Plakate an. Beiderseits gab es Eingeweihte mit Aufnahmseid (hier sollen 3 Gulden Eintrittsbeitrag üblich gewesen sein) und strengster Bestrafung des Verräthers. Die Haberer sollen auch im Besitz einer Geheimsprache sein, die sie zur Korrespondenz und zu Versammlungsaufrufen benutzen. So kann ein Brief, der in unberufene Hände kommt, nichts verrathen. Allerdings sind auch die Unterschiede groß. Das Haberfeldtreiben ist mit Sicherheit seit dem 30jährigen Kriege bekannt; es soll auch schon früher bestanden haben, ist aber weiter zurück schwer nachzuweisen. Nun sind gerade die fünf Vierteljahrhunderte vor jenem Kriege die Zeit der Verdrängung des deutschen volksthümlichen Laienrechts durch das gelehrt-fachmäßige römische Recht; das erste Hauptdatum dafür ist die Begründung des Reichs-Kammergerichts im Jahre 1495, dann kam die „peinliche Halsgerichtsordnung“ Karls V. Anno 1532, und mit dem Ende des 16. Jahrhunderts verschwinden auch die alten deutschen „Schöffen“, die Zeugen für das Gewohnheitsrecht. Hiermit war dem Volk ein wesentliches Stück seines Lebens weggenommen und „verstaatlicht“, der Bauer durch den unlieben „Schreiber“, den Federfuchser ersetzt, und jener kleinere fremde Theil der Bevölkerung um einige geradezu als Bedrücker empfundene Elemente vermehrt. Mit dem 30jährigen Krieg kam dann die beste Gelegenheit für Gegenwirkungen. In diesem Sinn wird schon von älteren Beurtheilern der eigentliche Ursprung der fraglichen Einrichtung in zwei Schäden der „Reception des römischen Rechts“ gesehen: erstens in der noch oder wieder unvollkommenen Handhabung des nun geltenden Rechts, zweitens — und dies hauptsächlich — in seinem Zurückbleiben hinter dem weiter greifenden Rechtsgefühl des Volkes, so daß ein getödtetes Leben sich gegen den lebenden Tod aufbäumte.

Interessant ist auch die Mittheilung des Historikers Sepp, daß an der Spitze des Bauernaufstandes gegen Oesterreich, der zur vielgenannten Sendlinger Bauernschlacht von 1709 führte, der „Haberfeldbund“ stand. Er hatte zur Aufgabe, gegenüber dem unzureichenden römischen Rechte altdeutsches Recht und altdeutsche Sitte aufrecht zu erhalten. Der Bund stand unter zwölf Vor-

*) Vgl. zum theil Panizza in „Neue deutsche Rundschau“ 1893, wo besonders Verse der Haberer veröffentlicht sind.

Zu diesem letzten Satz bemerkt die über jeden Verdacht illoyaler Gesinnung erhabene „National-Zeitung“:

Der letzte Satz enthält einen thatsächlichen Irrthum. Die Berliner Kriminalpolizei besitzt das Vertrauen der Bevölkerung schon seit langer Zeit nicht mehr in dem wünschenswerthen Umfange. Dieses Vertrauen kann also durch einen wie immer gearteten Artikel nicht mehr entzogen werden. Es ist bedauerlich, das das ausgesprochen werden muß. Aber an der Richtigkeit dieser Auffassung ist leider nicht zu zweifeln. Ja, das Verhalten der Kriminalpolizei in dem vorliegenden Fall muß die Ueberzeugung verstärken, daß am Alexanderplatz irrige Anschauungen darüber herrschen, wie dem Allgemeinwohl am besten gedient wird. Glaubt der Chef der Kriminalpolizei sich oder seine Leute beleidigt oder verleumdet, so stehen ihm gesetzliche Mittel zur Verfügung, um Genugthuung zu erhalten. Aber einem Publikationsorgan Nachrichten vorzuenthalten, weil es Kritik übt, dazu hat man am Alexanderplatz wenigstens moralisch nicht das Recht. Wie denn, wenn durch das Vorenthalten der Nachricht an das betreffende Blatt der Mörder entkommen wäre? Es ist wohl denkbar, daß er gerade einem Leser der verpönten Zeitung hätte auffallen können. Und soll der Grundsatz einreißen, daß nur, wer die Kriminalpolizei lobt, für würdig erachtet wird, von ihr Nachrichten zu erhalten? Dann würde es vermuthlich bald in Berlin gar kein Blatt mehr geben, das den Berechtigungsschein dazu aufweisen könnte.

Der Fall der „Märk. Volksztg.“ ist gewiß drastisch. Wenn dieses unschuldige Blatt schon derart tief in den Augen der Polizei dasteht, was mag die Behörde dann erst von dem ††† boykottirten „Vorwärts“ denken, mit dem man sich am Alexanderplatz überhaupt nur in der Form von Haussuchungen, Berichtigungen und Preßbeleidigungs-Prozessen befaßt? Eine Aenderung der merkwürdigen Anschauungen des Polizeipräsidiums wird weder die „Märk. Volksztg.“ noch die „National-Ztg.“ erhoffen. Eine Polizei, die so schön das ganze preußische Regierungssystem illustrirt, muß bleiben wie sie ist.

Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung die Schaffung von „Armenämtern“ genehmigt, welche die in einem fest begrenzten Bezirke vorhandenen Armenkommissionen leiten sollen. Versuchsweise sollen zwei Armenämter errichtet werden, und zwar im Nordwesten und im Norden der Stadt. Das eine derselben soll die gegenwärtig bestehenden 18 Kommissionen der Standesamtsbezirke 12a und 12b, Stadttheil Moabit und Friedrich-Wilhelmstadt umfassen, welche nach der Volkszählung vom Dezember 1895 eine Bevölkerungsziffer von 164 300 Köpfen aufweist, darunter 3124 Personen, welche dauernd unterstützt werden mußten; das zweite Armenamt soll das 13. Standesamt, Stadttheil Gesundbrunnen und Wedding umfassen mit einer Bevölkerungsziffer von 114 203 Köpfen; von den in diesem Bezirke bestehenden 25 Armenkommissionen wurden im Etatsjahre 1895/96 4795 Personen dauernd unterstützt. An die Spitze der Armenämter sollen Magistrats-Assessoren mit der Benennung „Armen-Amtsvorsteher“ gestellt werden. Dieses Amt als Ehrenamt einzurichten oder dasselbe mit einem Magistratsmitgliede zu besetzen hat sich als unzulässig erwiesen.

Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe. Auch beim Eisenbahnfahren nicht. In der Presse macht eine neue Dienstanweisung für Zugrevisoren die Runde. Darin findet sich folgende Bestimmung: Allerhöchste und höchste Herrschaften dürfen durch Fahrkarten-Nachprüfung nicht belästigt werden. Wie nun, wenn irgend ein Passagier, um der Belästigung zu entgehen, sich vor dem Schaffner breit macht und sagt, er sei eine „höchste Herrschaft“? Wie ist die Definition einer höchsten Herrschaft?

Die Eisenbahn-Direktion Berlin hat an das Stations- wie Fahrpersonal der Stadt- und Ringbahn soeben folgende Verfügung erlassen: Die Durchführung des Rauchverbots in den Wagen der II. Klasse der Stadt- und Ringbahnzüge wird hiermit in Erinnerung gebracht, da seit einiger Zeit vom Publikum über die Nichtbeachtung dieses Verbots vielfach Klage geführt wird. Die diensthabenden Stationsbeamten, Zugrevisoren, Zugführer und Thürschließer sind von neuem anzuweisen, gegen Zuwiderhandelnde in höflicher aber entschiedener Weise einzuschreiten und Uebertretungen zur Anzeige zu bringen. Das Besteigen der Nichtraucherwagen mit brennender Zigarre darf nicht gestattet werden. Etwaigen Beschwerden des reisenden Publikums ist wirksam abzuhelfen.

Der Mangel an Nicht-Rauchwagen III. Klasse in der Berliner Stadtbahn ist schon oft als ein großer Uebelstand empfunden worden. Es giebt Hunderttausende, denen der Tabaksrauch lästig, ja gesundheitsschädlich ist; und diese müssen jetzt entweder ein Billet II. Klasse nehmen, was über die Mittel der Meisten hinausgeht, oder sie müssen sich umqualmen lassen. Wer gegen das Rauchen protestirt, kann noch Grobheiten ernten. Die Raucher haben ja das Recht zu rauchen. Aber die Nichtraucher haben auch ein Recht auf Schutz vor Rauch. Und es wäre doch wahrhaftig eine Kleinigkeit, einen Theil der Wagen III. Klasse für Nichtraucher zu bestimmen — eine Reform, die auf allen anderen Staatsbahnen schon längst eingeführt ist. Es könnten ja Wagen in der Mitte des Zuges sein, wo jetzt schon die Wagen II. Klasse sind, in denen nicht geraucht werden darf. Wir hoffen, diese Anregung genügt zur Erfüllung eines Verlangens, gegen dessen Berechtigung nichts einzuwenden ist, und dessen Erfüllung niemandem Unbequemlichkeiten bereitet.

Aus den Kreisen der Billetschaffner wird uns geschrieben, daß sämmtliches Stationspersonal während der Ausstellungsdauer verkürzten Dienst hatte, nur die Billetschaffner nicht. Diese mußten während der ganzen Dauer der Ausstellung täglich zwei Stunden länger Dienst machen und bekamen nichts für diese Mehrleistung. Ueberhaupt fühlten sich die Billetschaffner als Stiefkinder der Eisenbahn-Verwaltung. Organisationsbestrebungen würden natürlich mit sofortiger Entlassung bestraft werden.

Auf dem Ausstellungsgelände sind jetzt Axt und Brecheisen die Haupthandwerkszeuge der Arbeiter. Wohin man seine Schritte lenkt — überall knarrt und krächzt es. Wo noch vor wenigen Wochen schmucke Pavillons standen, thürmen sich jetzt Balken, Bohlen, Bretter 2c. zu einem großen Durcheinander. Dank dem trockenen Wetter gehen die Abbruchsarbeiten flott von statten. Von der elektrischen Rundbahn ist bereits der vierte Theil von Schienen und Schwellen freigelegt und ist dort mit Planirungsarbeiten begonnen worden. Längs der Treptower Chaussee wird bereits zur Absperrung des Geländes ein hoher Drahtzaun gezogen. An die Beseitigung der Brücke zum Nordpol, sowie der elektrischen Schlittenbahn ist man jetzt ebenfalls gegangen. Das Wendendorf am Karpfenteich ist völlig vom Erdboden verschwunden. In Alt-Berlin fallen die Häuser gleichsam, als wenn sie nur aus Pappe hergestellt wären. Nachdem auch in Kairo die Aufräumungsarbeiten zum größten Theil beendet sind, fängt man auch dort schon an einigen Stellen mit Entfernung der orientalischen Herrlichkeiten an. — Die Sanitätswache wird nach dem Feuerwehr-Wachgebäude verlegt, da in den nächsten Tagen auch mit Abbruch dieses Pavillons begonnen werden soll. Ihre Thätigkeit ist jetzt eine recht segensreiche, da täglich sehr viele Quetsch- und Schnittwunden (durch Glas) unter den Arbeitern vorkommen.

Nachdem auch sämmtliche Räumlichkeiten des Chemiegebäudes, des Pavillons der Stadt Berlin und des Fischereigebäudes vollständig entleert worden sind, hat gestern die Uebergabe dieser Gebäude an den Verein zur Beförderung des Gartenbaues durch Stadt-Bauinspektor Frobenius stattgefunden. Es sind dies die einzigen Baulichkeiten, welche für die nächstjährige Gartenbau-Ausstellung stehen bleiben.

Das von der Firma Loeser u. Wolff auf der Gewerbe-Ausstellung errichtete werthvolle „Tabaksmuseum“ wird dem königl. Botanischen und dem königl. Landwirthschaftlichen Museum einverleibt werden.

Die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft hat den Fahrpreis auf den Omnibuslinien Kurfürstenstraße—Stettiner Bahnhof und Kreuzberg—Stettiner Bahnhof für die ganze Strecke auf 10 Pf. herabgesetzt.

Ueber Mißstände in der bekannten Heilanstalt für Unfallverletzte in Neu-Rahnsdorf führen eine ganze Anzahl Patienten in der folgenden Zuschrift Beschwerde:

„Wir Unterzeichneten erheben hierdurch in Gemeinschaft Anzeige bei einem hohen Reichs-Versicherungsamt gegen die Verwaltung der Heilanstalt zu Neu-Rahnsdorf und ersuchen um die nöthigen Schritte zur Abhilfe. Am 19. d. M. wurde zum Mittagessen für die Patienten, welche dritte Form erhalten, ein Fleisch verabreicht, welches das Ansehen von Schweinebraten oder gedämpftem Schweinefleisch hatte. In diesem Fleische fanden die Unterzeichneten acht bis zwölf Millimeter lange Würmer, von welchen etwa acht bis zwölf Stück auf dem Teller sichtbar waren. Natürlich waren diese Thiere bereits durch den Dampf abgestorben. Die dritte Form erhalten diejenigen Patienten, welche schlechte Verdauung haben und kräftiger Kost bedürfen oder von Haus aus eine bessere Kost gewöhnt sind. Es kann sich nun jedermann denken, daß solche Vorkommnisse Ekel erregen, anderntheils ist es nicht das erste Mal, denn es sind schon wiederholt Maden, Fliegen, Haare, Käfer u. s. w. im Essen gefunden worden. Ebenso sind wiederholt Beschwerden ergangen, jedoch ohne Abhilfe zu bewirken. Wir ersuchen daher ein hohes Reichs-Versicherungsamt, diesbezüglich eine Rüge ergehen zu lassen, soweit es im Rechte steht. Eine Kollektion solcher Maden ist bereits an das Reichsgesundheitsamt abgegangen. Indem wir unsern Dank im voraus hier entgegen bringen, empfehlen wir uns mit aller Hochachtung u. s. w.“

Dieses Schriftstück ist, mit achtundvierzig Unterschriften von Patienten versehen, gestern an das Reichs-Versicherungsamt abgegangen. Ob auch die hier aufgedeckte Angelegenheit den Unternehmerorganen vom Schlage der „Post“ zu frivolen Scherzen und heiteren Betrachtungen Stoff geben wird?

Zur Verhaftung des Werner in Zellerfeld am Harz wird weiter gemeldet, daß Bruno Werner die That nach kurzem Zögern zwar eingestanden hat, jedoch behauptet, daß nicht er, sondern sein Kumpan Grosse den Justizrath Levy ermordet habe, während er selbst nur die Frau Levy mit dem Messer verwundet habe. Daß weitere Genossen bei der Affäre durch Schmierestehen betheiligt gewesen seien, bestreitet Bruno Werner; er habe mit Grosse allein die That geplant und ausgeführt. Werner bezeichnete sich ferner bei der Revision der Station auf dem Gendarmen gegenüber als den Handlungsgehilfen Robert Winter und zeigte auch ein auf diesen Namen gefälschtes Legitimationspapier vor. Dem Beamten kam er jedoch, da ihm die von der hiesigen Kriminalpolizei verbreitete amtliche Photographie des verfolgten Mörders bekannt war, verdächtig vor, er besichtigte ihn daher genau und fand auch sofort den hellen Fleck im Kopfhaar des Burschen, der im Signalement des hinter ihm erlassenen Steckbriefes als besonderes Kennzeichen angegeben war. Dem Beamten schwand jetzt jeder Zweifel und er bezeichnete ihn direkt als den gesuchten Mörder, worauf Werner nicht mehr zu leugnen wagte. Einem hiesigen Blatte zufolge hat er dem Untersuchungsrichter Kölle in Zellerfeld bekannt, daß der Plan zur Mordthat 14 Tage zurückliege. Es sei allerdings richtig, daß er im Vereine mit Grosse es auf das Leben und das Geld des Justizraths und seiner Ehefrau abgesehen hätte. Jedoch stelle Grosse den Vorgang unwahr dar. Sie hätten beide mit vertheilten Rollen gearbeitet. Dem Grosse sei hierbei die Aufgabe zugefallen, die Frau Justizrath zu tödten, während er selbst den alten Herrn niederstechen wollte. In der Dunkelheit aber und in der durch das Geschrei der im Schlafe Ueberfallenen hervorgerufenen Verwirrung habe man die Betten verwechselt. So sei es gekommen, daß Grosse den Justizrath niedergestochen, er selbst aber die Ehefrau nur leicht an der Hand verwundet habe. Diese Aussage hielt dem Vernehmen nach Werner trotz der ihm gemachten Vorhaltung aufrecht. Werner soll am Sonnabend nach Berlin gebracht werden.

Der „Fall Brüsewitz“ hat gestern Vormittag Unter den Linden zwei aufsehenerregende Szenen verursacht. In einer illustrirten Zeitschrift, „Der Reporter“, die in den Straßen durch Zeitungsverkäufer öffentlich ausgeboten wird, war die bekannte Karlsruher Affäre auf der ersten Seite in einer glossirenden Illustration dargestellt. Dadurch fühlte sich nun ein vorübergehender Offizier und an zweiter Stelle ein Freiherr beleidigt, weshalb beide sich an einen in der Nähe befindlichen Schutzmann wendeten und die Person der Verkäufer feststellen ließen, um gegen sie und die Herausgeber der Zeitschrift Beschwerde einzureichen. Natürlich hatten sich um die Betheiligten im Handumdrehen dichte Menschenmassen angesammelt, aus denen über den Vorfall und zugleich auch über die von dem Edelsten und Besten Brüsewitz begangene Bestialität selbst sehr drastische Bemerkungen gemacht wurden. Bezeichnend für unsere politischen Zustände ist es immerhin, daß die Sistirung eines Zeitungshändlers aus diesem Grunde möglich war.

Eine peinliche Szene spielte sich gestern im Moabiter Kriminalgerichte ab. Aus der Lazarethstation des Untersuchungsgefängnisses wurde dem ersuchten Richter am Amtsgericht I ein Gefangener vorgeführt, der unter der zahlreichen Bevölkerung der Korridore allgemeines Aufsehen erregte. Es war ein mehr als sechs Fuß hoher junger Mensch, dessen ganzer Kopf in Binden und Bandagen gewickelt war und der sich nur langsam am Arme des Gerichtsdieners Schritt für Schritt vorwärts bewegen konnte. Die Vernehmung dauerte nicht lange, als aber der Gefangene wieder abgeführt wurde, da stürzte derselbe am Kopfe der Treppe wie ein vom Blitz gefällter Baum zu Boden und zwar so, daß er seiner ganzen Länge nach vor der obersten Stufe der einen und der untersten Stufe der anderen Treppe lag. Hier wurde sein Körper von einem schweren Krampfanfall nach dem anderen durchwühlt. Das dauerte mindestens eine halbe Stunde. Ein als Zeuge geladener Herr zog mitleidig seinen Rock aus, damit der Kopf des Kranken nicht auf den harten Steinfliesen liegen sollte. Während dieser langen Zeit mußte jedermann, der die Treppen passirte, über den Bewußtlosen hinwegschreiten. Schon war per Telephon der Krankenkorb bestellt worden, da erwachte der Kranke aus seiner Betäubung und nun gelang es mit Hilfe einiger starker Männer, ihn nach dem Gefängnisse zurückzuführen.

Der Fahrrad-Fabrikant Hugo Neumann aus der Prinzenstr. 86, dessen Verhaftung wegen betrügerischen Bankrotts Ende August d. J. Aufsehen erregte, scheint geisteskrank zu sein. Er ist zur Beobachtung seines Geisteszustandes in die Charitee gebracht worden.

Aus Gram über die Verluste, die sie beim Zusammenbruch des Schneider'schen Bankgeschäfts erlitten, hat sich die 64 Jahre alte Tischlerswittwe Johanna Müller aus der Köpnickerstraße in dem Hause ihres Pflegesohnes erhängt.

Zeugen gesucht. Die Personen, welche am 9. Oktober d. J. Mittags 12¾ Uhr in der Dresdenerstraße, nahe am Kottbuser Thor gesehen haben, wie ein Herr zu einem Schutzmann trat und über den Transport eines Sistirten Beschwerde erhob, werden dringend gebeten, bei dem Kaufmann P. Krause, Fidizinstraße 39a, Hof part., ihre Adresse abzugeben.

Aus dem Polizeibericht vom 30. Oktober. An der Ecke der Straße Alt-Moabit und der Invalidenstraße gerieth vormittags der 85 Jahre alte Zimmermann Friedrich Maaß unter die Räder eines Geschäftswagens und erlitt einen Bruch des Unterschenkels. Er wurde in das Krankenhaus Moabit überführt. — In der Belle-Alliancestraße wurde nachmittags der 71jähr. Maurer K. Kobczinowski durch eine Droschke, deren Führer ihn zu spät angerufen hatte, überfahren und im Gesicht und am rechten Vorderarm leicht verletzt. Er erhielt auf der Unfallstation I einen Verband. — Nachmittags brach im Quergebäude des Grundstückes Köpnickerstraße 10a Feuer aus, das den Dachstuhl theilweise zerstörte. — Abends wurde der 36jährige Maler Hermann M. in seiner Wohnung in der Steinstraße mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe todt aufgefunden und nach dem Schauhause gebracht. Es liegt unzweifelhaft ein Selbstmord vor. — Heute früh wurde der 42jährige Tischler Karl R. auf dem Felde östlich der Warschauerstraße an einem Baume erhängt vorgefunden.

Aus den Nachbarorten.

Die Parteigenossen von Steglitz werden zu vollzähligem Besuch der Parteiversammlung aufgefordert, welche am Sonntag, nachmittags 3½ Uhr, im Gambrinus stattfindet. Auf der Tagesordnung steht die Berichterstattung vom Parteitage und die Wahl der Vertrauenspersonen und der Mitglieder der Lokalkommission.

Rummelsburg. Den Mitgliedern des sozialdemokratischen Vereins für Stralau und Rummelsburg diene hiermit zur Nachricht, daß, um einer Häufung von Versammlungen vorzubeugen, die Generalversammlung genannten Vereins bis Mitte November vertagt werden mußte. Der Vorstand.

Bezüglich der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe hat der Regierungspräsident zu Potsdam gestattet, daß für den Verkauf von Blumen und Kränzen am Sonntag Allerheiligen, den 1. November, und am Todtensonntag, den 22. November, eine zehnstündige Verkaufszeit freigegeben wird, die indessen nicht in die Zeit des öffentlichen Gottesdienstes fallen darf. Infolge dieser Verfügung ist in einigen Vororten bereits bestimmt worden, daß der Verkauf von Blumen und Kränzen an den gedachten Sonntagen in den Stunden von 7½ bis 9 Uhr vormittags und von 12 Uhr mittags bis 8 Uhr abends stattfinden darf.

Aus Rixdorf. Am Fahrkartenschalter des hiesigen Bahnhofes versuchte ein junger Mann ein falsches Zweimarkstück in

---

stehern, höchst ehrenwerthen Männern. „Diese walteten wie auch heute ihres Amtes und griffen überall da ein, wo Aergerniß gegeben wurde. Dieser Haberbund hat auch in der Sendlinger Bauernschlacht seine Schuldigkeit gethan.“

Man würde jedoch irren, wollte man in dem ganzen den Ausdruck einer akademischen Moral oder nur eine Art Sittlichkeitswache sehen. Vielmehr sind die Anklagen zum großen Theil den Lebensfragen der Gemeinde entnommen. Dem Augenarzt, Herzog Dr. Karl Theodor, der am Tegernsee ansässig und durch eine gepachtete Jagd und dergleichen den Bauern lästig ist, wurde schon im Jahre 1867 „getrieben“ und zugleich ein fünfundzwanzigjähriges „Jubiläum“ angekündigt. Dieses Jubiläumstreiben fand denn auch im Jahre 1892 sehr nachdrücklich statt; tags darauf kündigte die eine Gemeinde dem Herzog die Pacht. Es zeigt sich also zugleich eine Verwandtschaft des Haberfeldtreibens mit dem Boykott. An Bewaffnung fehlt es den Haberern um so weniger, als jeder Bauer sein Gewehr hat; eine Vorpostenkette hält Andringende fern und scheut auch Verletzungen nicht. Dem Gefühl des rechtlichen Vorgehens wird jeder Ausdruck gegeben: wer den Haberern nicht zuwiderhandelt, wird an Leib und Habe durchaus geschont, es kommt ohne Herausforderung, also ohne „Widersetzlichkeit gegen die Landesgewalt“, keine absichtliche Beschädigung vor, und jede unabsichtliche wird heimlich ersetzt, sei es durch niedergelegtes Geld oder durch unbekannte Zahlung des Strafgeldes, das einer Gemeinde von der Behörde auferlegt worden ist.

Wird gegen das Treiben der Haberer öffentlich losgezogen, so erhalten die betreffenden Drohbriefe, wie der Gendarmerie-Stationskommandant von Schaftlach, der bei den Haererprozessen am Landgericht München II im Jahre 1893 gegen die Haberer gezeugt hatte; oder sie greifen auch thätlich ein, wie es beim Buchdruckereibesitzer und Verleger eines Lokalblattes, des „Miesbacher Anzeigers“, geschah. Vertheidigungen haben die schlimmsten Folgen.

So wurde im Jahre 1790 dem Probst des Klosters Fischbachau wegen unzüchtiger Handlung „getrieben“. Er ergriff selbst die Waffe, nachdem er die Mönche vergebens dazu aufgefordert, um unter den Haberern zu lichten. Einer wurde getroffen und verschied bald darauf. Die Haberer zogen ab, und der Probst blickte vergnügt auf seine Heldenthat. Doch ihm wurde das Vergnügen nicht lange gegönnt: die Haberer verwüsteten und ruinirten am Klostergut so lange, bis der Probst seine Würde niederlegte und in ein anderes Land ging.

Obrigkeitliche Versuche des Eingreifens verstärken nur den bösen Charakter des Volksgebrauchs. Die geistliche Macht droht von der Kanzel und in Hirtenbriefen mit Exkommunikation; die Haberer antworten mit neuen Treiben und etwa mit dem Vers (in Mundart):

„Den Erzbischof von München und Freising könnt Ihr
von uns auch noch schön grüßen,
Er soll uns ja nicht von der Kirche ausschließen.“

Die weltliche Macht bietet Gendarmerie auf; das Treiben ist angekündigt, alle Welt spricht davon, die Boten des Gesetzes sind bereit, auf der einen Seite des Dorfes beginnt's mit Raketen und Schüssen, die bewaffnete Gewalt eilt dorthin, und auf der anderen Seite des Dorfes findet ungestört das angekündigte Treiben statt. Naht sich ein Gendarm, so hat er einen regelrechten Angriff zu fürchten.

Im Herbst 1893 — nach der Ernte ist ja die beste Gelegenheit für die jetzige Form der alten Sitte — hauste ein neuer schneidiger Bezirksamtmann in jener Gegend, der durchaus nach dem Ruhm geizte, die Sache zu unterdrücken, die Personen aufzudecken, einen Orden zu verdienen, und der einmal selbst seine Gendarmen drein schießen ließ; von diesen wurde einer verwundet, ohne daß dies der Regierung mehr eintrug als einen Krakehl im Landtag. Aber die Haberer bleiben doch immer die Klügsten. Sie wissen den Gegner auch durch Zurückhaltung zu blamiren. Als diesmal die allseitige Bewegung aufs höchste gestiegen war, erschienen Plakate, deren Text in seiner behördlichen Form allein schon ein Stückchen Haberfeld ist. Er lautete:

„Bekanntmachung. Samstag, den 4. November lfd. Js. großes Haberfeldtreiben in nächster Nähe von Holzkirchen, Bezirksamt Miesbach. Es wird eindringlichst gewarnt und darauf hingewiesen, daß das zuhörende Publikum und die Polizei in keiner Art und Weise den Haberern oder der Vorpostenlinie zu nahe tritt, damit jedes größere oder kleinere Unglück vermieden bleibe. Da der Haberer diesmal gegen derartige Zusammenstöße energisch vorgehen werden, so wird es daher unter keinen Umständen ausgeschlossen bleiben, daß nicht nur, wie neulich, einem Gendarmen der .... weggeschossen wird, sondern ... auch viele Todte und Schwerverwundete vom Platz getragen werden müßten.

Das Geheim-Komitee der Haberer.“

Natürlich wurde sofort Militär in die Gegend gelegt und man fand erwünschte Ruhe, denn das angekündigte Treiben unterblieb.

Neuerdings sucht man namentlich seitens der Zentrumspartei die Sache mit dem Sozialismus in Verbindung zu bringen. Allein wie diese geschichtliche Darlegung beweist, mit unrecht. Das Haberfeldtreiben ist und bleibt eine juristische Landesfitte.

Zahlung zu geben, wurde aber, da er anderes Geld nicht besaß, angehalten und einem Gendarm zugeführt. Ein angestelltes Verhör ergab, daß der junge Mann ein aus der Lehre entlaufener Kaufmannslehrling aus Köpenick war. Das falsche Zweimarkstück soll nach seiner Angabe der heimlich geplünderten Ladenkasse seines Prinzipals entstammen. Das leichtsinnige Bürschchen wurde vorläufig in Haft genommen.

Theater.

Wie die Direktion des „Deutschen Theaters" in München mittheilt, ist Emil Meßthaler vom gestrigen Tage an von seiner Stellung als Direktor dieses Theaters wegen vollständiger Unfähigkeit enthoben worden.

Gerichts-Zeitung.

Der Prozeß um die Friedensfeier-Rechnung. Vor dem Landgericht in Frankfurt a. M. kam dieser Tage der Prozeß des Schwan-Hotelpächters Ed. Stern gegen die Stadt Frankfurt wegen der Friedensfeier-Rechnung zur Verhandlung. Obwohl der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Schrader eine Einigung der Parteien versuchte, indem er betonte, daß der Ruf des Hotels „Zum Schwan" durch den Besuch des deutschen Kaisers offensichtlich gestiegen sei und durch diesen Rechtsstreit nur einbüßen könnte, gelang ihm dies eigentlich nicht. Zur Sprache kam unter anderem, daß 40 Personen des Kaisergefolges an einem Tage 495 Flaschen Bier und 265 Flaschen Wein getrunken haben sollen, wofür der Hotelwirth den Beweis durch das Personal erbringen könnte. Dennoch glaubte der Vorsitzende, wenn die Stadt noch etwas über die vertragsmäßig festgelegte Verpflichtung bewillige, etwa 3000 M., so sei der Hotelpächter für alle Nachtheile vollständig entschädigt. An der Summe von 2700 M. für Speisen und Getränke seien doch wohl auch 50 pCt. verdient worden. Der Kläger bestreitet das. An den Festtagen habe er sehr wenig verdient, auch könne er durch seine Bücher nachweisen, daß er in drei Monaten, wo die Bauhandwerker im Hotel gewesen sind, Gerüste aufgeschlagen und den Geschäftsbetrieb gestört haben, so daß die Gäste ihm ausgezogen seien, einen Schaden von 10 000 M. gehabt habe. Seine Forderung sei also nicht zu groß, wenn er für jeden Tag dieser Zeit 200 M. Vergütung verlange. Bei einem Hotel, das jährlich 40 000 M. Miethe kostet und eben so viel Spesen, da könnten 9000 M. kein genügendes Aequivalent für seinen Anspruch sein. Schließlich einigte man sich, ein Schiedsgericht zu bilden. Die Stadt schlug Justizrath Dr. Hamburger als Schiedsrichter vor, der Kläger soll einen Hotelier benennen, und diese beiden Schiedsrichter können sich alsdann über einen dritten verständigen. Der Termin zur endgiltigen Entscheidung wurde auf den 6. November anberaumt.

Offiziersgeist. Challemel-Lacour, der jüngst verstorbene Politiker und Philosoph, besuchte den von ihm sehr verehrten Arthur Schopenhauer in Frankfurt a. M. Sie gaben sich ein Rendezvous für den Abend im „Englischen Hof", wo Schopenhauer seine Mahlzeit einnahm. Challemel-Lacour erzählt darüber nach der „F. Z.": „Ich kam dorthin gegen Schluß des Diners, und ich fand ihn an der Table d'hote in der Nähe mehrerer Offiziere. Ich bemerkte vor ihm, neben seinem Teller, einen Louisdor, den er, als er sich erhob, in die Tasche steckte. „Sehen Sie" — sagte er zu mir — dieses Goldstück lege ich seit einem Monat auf den Tisch mit dem festen Vorsatze, es an dem Tage den Armen zu geben, an dem diese Herren von etwas anderem sprechen als vom Avancement, von Pferden oder von Weibern. Bis jetzt habe ich mein Geld noch."

Die Vorgänge in Opalenitza vor Gericht. Ueber die merkwürdige Rolle, die der Distriktskommissar v. Carnap vorgestern vor dem Schwurgericht gespielt hat, ist bereits in letzter Nummer nach dem uns zugesandten Telegramm kurz berichtet worden. Aus dem uns vorliegenden ausführlichen Bericht entnehmen wir folgendes: Ein Zeuge bestätigt, daß Herr v. Carnap auf dem Bahnhofe geschrien habe: „Was wollt Ihr polnische Bande mit Eurem verfluchten Pfaffen? Die Vernehmung des Bahnschaffners Lehmann, zu deren Prüfung man auf Veranlassung des Staatsanwalts zum Freitag weitere Zeugen vorgeladen hat, hat im wesentlichen das hier gezeichnete Bild ergeben: Lehmann: Kurz vor Abgang des Zuges nach Posen kam v. Carnap ohne Kopfbedeckung mit gezogenem Säbel in großer Erregung und sagte: „Lassen Sie mich durch, ich muß das polnische Schwein mit der rothen Jacke erstechen". (Große Bewegung im Zuhörerraum.) Da Herr v. Carnap keine Bahnsteigkarte hatte, so ließ ich ihn nicht durch. Herr v. Carnap sagte: „Wegen eines solchen polnischen Schweins muß ich mich schlagen lassen." Kurze Zeit darauf kam v. Carnap mit einer Bahnsteigkarte, ich mußte ihn nun durchlassen. In demselben Augenblick fuhr der Zug fort. v. Carnap lief hinter dem Zuge her und rief: „Wo ist das Schwein?" — Apotheker Christ kam Herrn v Carnap entgegen und sagte ihm: „Der Zug ist soeben fortgefahren." Als Herr v. Carnap dem Zuge nachlief mit dem Rufe: Wo ist das Schwein? hielten ihn Kämmerer Kaluscha und Apotheker Christ, die ihm entgegenkamen, mit den Worten zurück: Der Zug ist schon weg! — Präs.: Herr Distriktskommissar v. Carnap, Sie haben gehört, was der Zeuge gesagt hat. — v. Carnap: Ich bestreite ganz entschieden, eine solche Aeußerung gethan zu haben, ich habe nur gesagt: Ich will dem Herrn Erzbischof nur zeigen, wie ich zugerichtet worden bin. — Präs.: Herr Bahnhofsvorsteher Müller, was sagen Sie zu dieser Bekundung? Zeuge: Ich kann nur sagen, daß ich den Schaffner Lehmann zuerst vernommen habe und daß dieser bei mir dieselbe Aussage gemacht hat.

Zum Schluß berichten verschiedene Personen, die sich zum größten Theil aus den Gesellschaftskreisen des Herrn v. Carnap rekrutiren, über dessen Leumund noch allerhand Einzelheiten. Bei einem Fest, so bekundete ein Lehrer, kam v. Carnap in das Zimmer und forderte uns auf, in den Saal zu kommen, da der Tanz begonnen habe. Da wir nicht gleich Folge leisteten, so kam v. Carnap nochmals ins Zimmer und forderte uns in barschem Tone auf, sofort in den Saal zu kommen. Bei dieser Gelegenheit gebrauchte v. Carnap ein häßliches Schimpfwort, ich glaube, es war „Schweinigel" und „ich halte Sie unter meiner Würde". Ich antwortete darauf: „Dann sind Sie unter meiner Würde." In diesem Augenblick zog v. Carnap seinen Degen und wollte mich damit schlagen. Es fiel ihm aber jemand sofort in den Arm, infolge dessen wurde v. Carnap am Schlagen verhindert. Ich wollte Anzeige erstatten, ein älterer katholischer Lehrer redete mir davon ab. Ich bin jetzt mit Herrn v. Carnap wieder befreundet. — Präs.: Jetzt sind Sie mit Herrn v. Carnap wieder befreundet? — Zeuge: Jawohl. (Heiterkeit im Zuhörerraum.) — Präs.: Herr v. Carnap, was sagen Sie zu dieser Bekundung? — v. Carnap: Soweit ich mich auf den Vorgang erinnere, hat denselben der Zeuge richtig geschildert. — Ein weiterer Zeuge ist der Knecht Luczak: Er sei einmal etwas scharf gefahren, da habe ihn der Kommissar vom Wagen gerissen, mit den Fäusten geschlagen und ihn mehrfach mit den Füßen getreten. Obwohl er zwei Röcke anhatte, sei er derartig mißhandelt worden, daß er vierzehn Tage krank lag. Er hatte Strafantrag gestellt, da er aber von seinem Gutsinspektor 30 M. erhielt, so habe er den Strafantrag wieder zurückgezogen. — v. Carnap: Der Zeuge stellt den Vorgang vollständig falsch dar. Auf Antrag des Vertr., R.-A. Elkus, wird beschlossen, die Akten contra v. Carnap von der Staatsanwaltschaft zu Lissa einzufordern. — Es erscheint danach als Zeuge, Landwirth Grygiel: Eines Abends kam der Distriktskommissar v. Carnap in das Dorf Pszenica. Der Nachtwächter hatte gerade 10 Uhr gepfiffen. v. Carnap rief den Wächter und da dieser nicht sofort kam, zog v. Carnap seinen Degen und versetzte dem Wächter drei Hiebe über den Kopf. Der Distriktskommissar wollte nun eine Familie, die sich auf dem Felde eine Hütte gebaut hatte, aus dieser herausbringen lassen. Da die Familie nicht gehen wollte, und mehrere Leute hinzukamen, so befahl v. Carnap dem Wächter, „Feuer" zu rufen. Es kamen infolge dessen alle Dorfbewohner halb angekleidet heraus. Ich sagte zu v. Carnap: Das ist doch Unsinn, Herr Distriktskommissar, daß Sie Feuer rufen lassen. In diesem Augenblick zog Herr v. Carnap seinen Degen und schlug auf mich. Ich sagte: „Schöner Kommissar, der die Leute todtschlägt". In diesem Augenblick erhielt ich einen so heftigen Schlag über den Kopf, daß der Hut durchlöchert wurde und ich eine schwere Kopfwunde erhielt. Ich wollte nun dem Kommissar den Degen aus der Hand reißen. Ich verfolgte ihn; bei dieser Gelegenheit fiel der Kommissar in einen Graben und ich auf ihn. (Große Heiterkeit im Zuhörerraum.) Der Zeuge bekundet im weiteren, daß er auch einmal bei Gelegenheit eines Feuers von v. Carnap ohne jeden Grund mißhandelt worden sei. — Präs.: Sind Sie infolge der erlittenen Kopfverletzung arbeitsunfähig gewesen? — Zeuge: Ich war 8 Tage arbeitsunfähig. — Präs.: Haben Sie gegen den Kommissar Strafanzeige gemacht? — Zeuge: Nein, ich nahm davon Abstand, da der Kommissar sich bereit erklärte, die Kurkosten zu tragen.

In der Verhandlung vom Freitag beantragte der Staatsanwalt, den Angeklagten Rajewicz senior nur der Verletzung des Vereinsgesetzes schuldig zu erklären, Rajewicz junior und Urbanski freizusprechen, alle anderen Angeklagten der Verletzung des Vereinsgesetzes, des Landfriedensbruchs und der vorsätzlichen Körperverletzung mittels gefährlicher Werkzeuge in einer die Gesundheit und das Leben gefährdenden Weise unter Verneinung mildernder Umstände, schuldig zu erklären. Die Vertheidiger beantragten die Freisprechung, eventuell die Zubilligung mildernder Umstände.

Es erkannten die Geschworenen die Angeklagten Maszynsky, Smiralski und Roy der vorsätzlichen und gemeinschaftlichen Körperverletzung für schuldig unter Verneinung der Frage, ob dieselbe mittels gefährlicher Werkzeuge hervorgerufen sei, und unter Zubilligung mildernder Umstände. Alle anderen Schuldfragen wurden verneint. Der Staatsanwalt beantragte für jeden der Schuldigen zwei Jahr Gefängniß. Der Gerichtshof verurtheilte Maszynsky zu drei Monaten Gefängniß, Smiralski zu 30 M. und Roy zu 20 M. Geldstrafe.

Im Münchener Habererprozeß (siehe 2. Beilage) hielt am Freitag der Staatsanwalt das Plaidoyer, in dem er ausführte, die Angeklagten seien des Vergehens des Landfriedensbruches schuldig. Bürgermeister Steingräber, der das Haberfeldtreiben veranstaltete, demselben aber nicht beiwohnte, sowie der Angeklagte Killi, welcher die Knittelverse verfaßte, seien nicht als Rädelsführer im Sinne des Gesetzes zu betrachten und somit auch nicht vor das Schwurgericht zu verweisen. Der Staatsanwalt beantragte gegen Steingräber und Killi je 3 Jahre Gefängniß, gegen die übrigen Angeklagten Gefängniß von 1¾ Jahren bis zu 6 Monaten, bezüglich einer Angeklagten Freisprechung.

Ein meineidiger Ortsvorsteher. Von der Strafkammer in Tübingen (Württ.) wurde Schultheiß Harter von Wörlingen wegen fahrlässigen Falscheides zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt.

Vermischtes.

Der ehemalige Rechtsanwalt Fritz Friedmann, Docteur en droit, Chevalieur de l'Ordre de St. Stanislas de Russie, Paris, bietet sich jetzt, wie der „Fränkische Kourier" berichtet, als Zeitungskorrespondent an, und zwar in einem Briefe, worin er meint, daß sein Name den Zeitungsredaktionen „nicht unbekannt sein" dürfte.

Eine „antisemitische Kraftleistung". Von der „Staatsbürger-Zeitung" ist in die „Süddeutsche Landpost" und andere Blätter des gleichen Gelichters folgende Notiz übergegangen: Sozialdemokratie und Judenthum sind geradezu siamesische Zwillinge geworden, und eng und untrennbar mit einander verwachsen. Als die sogenannte „Palastrevolution" im sozialdemokratischen Zentralorgan zuerst die Oeffentlichkeit beschäftigte, fragten die Blätter beim Forschen nach den tieferen Ursachen sofort où est la femme, statt où est le juif; fragten, welches wohl die Frau sei, die das angezettelt, statt zu fragen: „Wo ist der Jude?" Wir gaben damals sofort die Herren Singer und Bamberger als Regisseure des Schauspiels im „Vorwärts" an, und jetzt bestätigen es auch die übrigen Blätter, daß die führenden Sozialdemokraten gern unter sich die Sache „machen" wollen. Liebknecht hat bereits in den 70er Jahren gelegentlich im „Vorwärts" kleine Notizen über „Gemauschel", über die „Schuftigkeit" der in Deutsch-Nationalismus machenden Juden verbrochen, und sich in einer sozialdemokratischen Fraktionssitzung am 13. Juni 1894 dafür ausgesprochen, daß die jüdischen Genossen von allen Aemtern in der Partei fern zu halten seien. Dafür muß er jetzt büßen!

Wie man uns schreibt, wird diese Notiz in verschiedenen Gegenden systematisch unter den Genossen verbreitet. Das der Grund, daß wir den Wisch hier tiefer hängen. Wahr darin ist blos, daß im „Vorwärts" einmal von „Gemauschel" die Rede war. Die betreffende Notiz war aber von einem Juden geschrieben, der sich das Recht zuschreibt, über die Fehler seiner Stammesgenossen ebenso frei zu schreiben, wie Liebknecht über die der seinigen. —

Aus Ulm wird vom Freitag telegraphirt: Der Bankier Kuno Unrath, der heute wegen mehrfacher Unterschlagung verhaftet werden sollte, hat sich gestern Abend in seiner Wohnung in Neu-Ulm erschossen.

Einer Depesche aus China zufolge soll auf dem französischen Dampfer „Madeleine" eine Explosion stattgefunden haben, wobei 15 Menschen getödtet und eine Anzahl schwer verletzt wurden.

Witterungsübersicht vom 30. Oktober 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm reduzirt auf d. Meeresniv.	Windrichtung	Windstärke (Skala 1—12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (0° C. = 4° R.)
Swinemünde	757	SSW	3	wolkig	6
Hamburg	756	SW	4	bedeckt	4
Berlin	758	S	2	bedeckt	5
Wiesbaden	758	SW	1	wolkenlos	1
München	758	O	3	heiter	3
Wien	757	WNW	1	bedeckt	9
Haparanda	764	Still	—	Dunst	—12
Petersburg	—	—	—	—	—
Cork	758	NO	4	halb bedeckt	5
Aberdeen	760	NW	4	wolkig	5
Paris	754	ONO	2	halb bedeckt	3

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 31. Oktober 1896.

Nachts etwas kälter, am Tage mild bei veränderlicher Bewölkung und schwachen südöstlichen Winden, keine oder unerhebliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Allen Genossen und Freunden zur Mittheilung, daß meine liebe Frau
Marie Ludwig
heute in der kgl. Charitee verstorben ist.
Oskar Ludwig, Badstr. 44.

Achtung! Kein Laden.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg.
5028L* **H. F. Dinslage**, Kottbuserstr. 4, Hof part.

Auf 14 Tage Probezeit
vers. ich per Nachnahme von 6,50 M. mit Porto u. Verpackung 1 hochfeinen
Harzer Kanarien-Roller.
Bei Abnahme von 3 Stück 16 M., 6 Stück 30 M. Gute Zuchtweibchen 1 M. Was nicht gefällt, nehme ich binnen 14 Tagen zurück. Anfrag. m. Retourmarke erb. an **L. G. Müller**, Vogelzüchterei, **Nordhausen am Harz.**

Stotternde
erhalten d. e. rationelles, von d. üblichen u. in and. Anstalt. völlig verschiedenes Verfahren die freie (ungekünstelte) Sprache in der Neumann'schen Anstalt in **Leipzig**, Ferd. Rhodestraße 7. Von Mitte Oktober wieder **Heilkurse in Berlin**, Kleine Mauerstr. 6, II. **Sprechstunden jetzt —6 Uhr.**

Goldwaaren 2c. billigste direkte Bezugsquelle
Goldwarenindustrie Belmonte & Cie.
Einzelverkauf Königstr. 22, Hof part.

Am 1. November eröffne ich Ritterstraße 124 eine 2308*
Zeitungs-Spedition
und empfehle mich Freunden und Genossen zur Lieferung sämmtlicher Zeitungen, Zeitschriften u. Lieferungswerke.
G. Ladewig, Ritterstr. 124.

Beachtenswerth für Schneider!
Sonnabend: Resterverkauf.
Anzug- u. Paletotstoffe.
Brenner & Cie.
Alte Jakobstrasse 57/59.

Herren-Hüte 65 Pf.
Bessere Hüte, enorm billig, verkauft aus der Fabrik im Komptoir 273 L*
Barnimstr. 45.
Kastanien-Allee 101.

Künstl. Zähne.
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.
Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Möbel, Spiegel, Polsterwaaren
Reelle Waare.
Franz Tritzauer
Tischlermeister, Blücherstr. 14.
Ganze **Wohnungs-Einrichtungen** in Nussbaum u. Mahagoni zu soliden Preisen.

Jede Uhr
repariren u. reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur 1 M. 50 Pf. ohne Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen und Pincenez.
Carl Lux, Uhrmacher,
35, Chaussee-Strasse 35.
Bittegenau anst. No. 35 a. ach

Damen-Mäntel,
P. Göing, 127, Dresdenerstr. 127, III.
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen.
Jaquetts u. Kragen, neueste Fac. v. 5-18 M.

Nußbaum-Einrichtung m. Säulen, neu, bestellte Arbeit, sofort billig verkäuflich **Admiralstr. 8**, vorn I lks.

Pankow. Empfehle Genossen und Freunden mein **Weiß- und Bairisch-Bierlokal.** 949b
Heinrich Hoffmann, Brehmestr. 16.

Ww. Kümpel's Stehbierhalle,
Treptow, Parkstr., E. Köpnicker Landstr.

Jeden Sonnabend **Gänseausspielen** auf dem Billard. 1172b
R. Jhloff, Chamissoplatz 4.

Jeden **Sonnabend Gänse-Ausschieben** b. **Voelz**, Breslauerstr. 9.

Geschäfts-Eröffnung!
Mit heutigem Tage eröffne **Biesenthalerstr. 10** ein Fleisch-, Kram- und Wurstgeschäft. Billige Preise werden berechnet. [1181b] **P. Schulz.**

Mbl. Schlafst. f. H. Adalbertstr. 10, v. 8 Tr. r.

Freundl. Schlafstelle Adalbertstr. 4, v. 3 Tr. b. **Schwolinsky.** 1162b

Schlafstelle f. Herrn Prinzessinnenstraße 8, v. 4 Tr. **Lange.** 1157b

Möbl. Schlafstelle Ritterstr. 116 v. 4 Tr. l.

Freundl. Schlafst. Dresdenerstr. 57, 4 Treppen bei Neumann. 1163b

Schlafst. f. 2 Hrn., Hollmannstr. 8, Hof rechts 2 Treppen bei Hille. 1150b

Schlafstelle für Hrn. Gräfestr. 7 bei Trittmacher, 2. Quergeb. 3 Treppen.

Schlafst. (sep.) b. Berger, Friedenstr. 99.

Mbl. Schlfst. sep. Ende, Prinzenstr. 105, IV.

Möbl. Schlafst. Reichenbergerstr. 68 a Wwe. **Schröder.** 1179b

Arbeitsmarkt.

Goldleisten.
Für die Belegerei einer hiesigen größeren Goldleisten-Fabrik wird ein tüchtiger Meister, welcher auch mit Zubereitung der Masse und mit Walzmaschinen Bescheid weiß, verlangt.
Offerten unter **G. L.** a. d. Expedition dieser Zeitung. 1158b

Tüchtiger Färber a. Hornknöpfe verlangt **L. Leibholz**, Oranienstr. 178.

Tüchtige Kürschnergesellen
verl. im Hause **Louis Bauchwitz**, Neue Königstr. 85.

Packer wird verlangt Friedenstr. 10.

Tüchtige Hornknopf-Fraiser verlangen Lenschow u. Markert, 22 Stralauer Allee.

Karton-Arbeiterinnen, geübte, auch junge Lehrmädchen verlangt **Theodor Poy**, Grüner Weg 2. 1118b*

Redegewandte Männer,
welche gewillt und befähigt sind, Volksversicherungs-Anträge aufzunehmen, wollen sich melden **Molkenmarkt 4, II.**, morgens von 8—9 Uhr. Bei genügenden Leistungen erfolgt feste Anstellung. 1136b

Kistenmacher verlangt Eckert, Große Hamburgerstr. 20. 1182b

Farbigmacher verl. Waldemarstr. 15.

Tüchtiger **Farbigmacher** verl. **G. Joers**, Skalitzerstr. 28. 1168b

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Sonnabend, den 31. Oktober.
Opernhaus. Der Evangelimann. Phantasien im Bremer Rathskeller.
Schauspielhaus. Maria Stuart.
Deutsches Theater. Morituri.
Berliner Theater. König Heinrich.
Residenz-Theater. Die Vielgeliebte. Treptows Abschied.
Lessing-Theater. Anna's Traum.
Theater des Westens. Hamlet, Prinz von Dänemark.
Neues Theater. Bocksprünge. Vorher: Opus I.
Schiller-Theater. Ein Ehrenwort.
Zentral-Theater. Eine wilde Sache.
Thalia-Theater. Prima Ballerina. (Maison Tamponin.)
Belle-Alliance-Theater. Mamsell Vielliebchen.
Volks-Theater. Ein vorsichtiger Mann. Zum Schluß: Pladderadautz.
Theater Unter den Linden. Die Lachtaube.
Ostend-Theater. Der deutsche Michel.
Friedrich Wilhelmstädt. Theater. Tilli.
Alexanderplatz-Theater. Ohne sittlichen Halt.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
(Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr: **Ein Ehrenwort.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Viel Lärm um Nichts.**
Abends 8 Uhr: **Die Journalisten.**

Central-Theater.
Alte Jakobstr. 30.
Direktion: **Richard Schultz. Emil Thomas a. G.**
Sonnabend, den 31. Oktober:
Zum 42. Male:
Eine wilde Sache.
Große burleske Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von W. Mannstädt und J. Freund. Musik von J. Einödshofer.
Anfang ½8 Uhr.
Morgen: **Eine wilde Sache.**

Ostend-Theater.
Grosse Frankfurterstr. 132.
Direktion: **Carl Weiß.**
Der deutsche Michel. Der deutsche Michel. Der deutsche Michel.
Wochentags Anfang 8 Uhr.
Sonntag, den 1. November, nachm.: **Dorf und Stadt.**

Friedrich Wilhelmstädt. Theater
Chausseestr. 25/26. Dir. **Max Samst.**
Tilli.
Lustspiel in 4 Akten von Francis Stahl.
Anfang 8 Uhr.
Billets an der Theaterkasse und im „Invalidendank", Unter d. Linden 24.
Sonntag, den 1. November 1896, abends 8 Uhr: **Die Waise von Lowood.** Schauspiel in 3 Akten und einem Vorspiel von Charlotte Birch-Pfeiffer. Nachm. 3 Uhr: Klassiker-Vorstellung zu Abonnementspreisen. **Die Räuber.** Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich von Schiller.

Alexanderplatz-Theater.
Pikante Novität!
Ohne sittlichen Halt.
Sittenbild aus dem Berliner Leben in 4 Akten von Wilh. Friedhold.
Anfang 8 Uhr.
Bons haben Giltigkeit.
Sonntag, den 1. November 1896, abends 8 Uhr:
Ohne sittlichen Halt.
Nachm. 4 Uhr:
Auf allgemeines Verlangen:
Schneewittchen und die sieben Zwerge.
Zaubermärchen in 8 Bildern von Georg Zimmermann.

Alcazar.
Variété und Spezialitäten-Theater I. Ranges.
Dresdenerstrasse No. 52/53. City-Passage Annenstr. No. 42/43.
Direktion: **Rich. Winkler.**
Vornehmster Familienaufenthalt.
Letzte Woche den sensationellen Oktober-Programms.
The 3 Bollini. Adelaide u. Little Erich. Geschw. Pauli. Lotte Sieger. Horm. Wehling. Mr. Gilton und Miss Marguerite.
Entree 30 Pf. Anfang 8 Uhr.
Freikarten haben Wochentags Giltigkeit.

Urania.
Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Sternwarte Invalidenstr. 57–62 Lehrt. Stadtbahnhof
täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab.
Eintritt 50 Pf.
Im Theater-Saale täglich 8 Uhr abends Vorträge mit Experimenten und großen Lichtbildern ausgestattet.
Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panopticum.

500
Gruppen u. Figuren
Schreckenskammer.
Wirkliche Fahrt a. d. Golf v. Neapel.
(Riesen-Illusion.)
Blaue Grotte von Capri
Fürstensaal.
Berlin. Berühmtheiten.

Castan's Panopticum
Neu! Neu! Neu! Neu! Neu!
Die wunderbaren indischen **Pygmäen**
Ur-Australier (Kannibalen).

Thalia-Theater
(vormals: **Adolph Ernst-Theater**)
Dresdenerstr. 72/73.
Direktion: W. Hasemann, königl. preuß. Kommissionsrath.
Prima Ballerina
(Maison Tamponin).
Vaudeville in 3 Akten von Blum und Toché, bearb. v. Hugo Wittmann. Musik von Karl Weinberger.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, 1. November, nachm. 3 Uhr: Bei bis zur Hälfte ermäßigten Preisen: **Gebildete Menschen.**

Einzig in Berlin
ist das Programm des
Volks-Theater
34 Reichenbergerstrasse 34.
Pferdebahn-Haltestelle:
Kottbuser Thor.
Seit 20 Jahren die lustigste Posse
Ein vorsichtiger Mann.
Jeden Abend stürmischer Lacherfolg.
Um 9½ Uhr Anfang des **Variété** erster Kräfte.
Zum Schlusse:
Pladderadautz.
Berliner Rückblicke in Wort und Bild.
Anfang: **Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.**
Entree 50 Pf. bis 3 M.
Familien-Wochenbillets
10 Entree 3 M. 10 Parquet 6 M.
Dem geehrten Publikum zur gefälligen Nachricht, daß die Bekanntmachungen des Volks-Theaters **nur** durch die **Zeitungen** erfolgen, **nicht** durch **Häuslenanschläge.**

Circus Busch.
(Bahnhof Börse.)
Sonnabend, 31. Oktober 1896,
Abends 7½ Uhr:
Grosse Gala-Vorstellung.
Die Jagd nach dem Glück.
Neue Einlagen: **Skioptische Darstellungen.** Außerdem: Monstre-Tablau von 70 Hengsten, dress. und vorgef. v. Dir. **Busch.** Dir. **Busch** als Schulreiter auf dem engl. Hengst **Favory. Newsky Malorosiesky,** gr. Schulquadr. ger. von 6 Damen und 6 Herren. Herr **Eugen Salamonski.** Doppel-Jockey, ausgef. von Geschw. **Cottrell,** bisher unerreichte Leistung. **Ung. Amazonen,** der sensat. Sprung über einen Landauer mit Insassen, Tonnenritt. Auftr. d. Gigerl-Clowns Mr. **Alf. Daniels.** Spezialitäten 1. Ranges.
Morgen: **Die Jagd nach dem Glück.**
Sonntag: 2 Vorstell. Nachm. 4 Uhr: **Millennium.** Abends 7½ Uhr: **Die Jagd nach dem Glück.**

Saal
(tausend Personen) zu allen Versammlungen und an Vereine.
Die beiden heizb. Kegelbahnen sind Sonnabends u. Sonntags noch z. vergeb.
Cösliner Hof, Cöslinerstraße 8.

Vogler's Casino
fr. **Weltrestaurant, Dresdenerstr. 97**
Im vorderen Saal:
Italienische National-Sänger- und Tänzer-Gesellschaft Dominico Conti.
Im ersten Theatersaal:
Variété u. Spezialitäten-Theater.
Auftreten v. Kunstkräften nur I. Ranges.
Aufführung v. Possen u. Singspielen.
Im zweiten Theatersaal:
Die müdertrefflichen
Hamburger Sänger.
Anf. Wochentags 7½ Uhr. Sonnt. 6 Uhr.
Billards. 4 neue Kegelbahnen.
Sorgf. gepfl. Biere, anerk. gute Küche.

25 Nummern — 25 Nummern
KAUFMANN'S VARIÉTÉ
Einzig allein dastehend in der Artisten-Welt ist das **November-Programm** von:
KAUFMANN'S VARIÉTÉ
Nummern 25 — Nummern 25

Cösliner Hof
Cösliner-Straße 8.
Jeden Sonntag:
Großes Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr.

Zimmerstr. 19. 1152b
Freunden u. Bekannten zur Nachricht, daß ich ein Weiß- u. Bayrisch-Bier-Lokal wieder eröffnet habe. Für gute Speisen u. Getränke ist best. gesorgt. **A. Tripke.**

Kinetograph.
(Lebende Photographieen. Auch in Naturfarb.) Interessanteste Bilder **historischen** Charakters u. des Gesellschaftsleb. in **vollkommenster Naturwahrheit.**
Phonographische Wiedergabe musikalischer und deklamatorischer Vorträge. **Für alle Besucher zugleich deutlich hörbar ohne Schläuche.**
Eintrittspreis für alle Vorführungen 50 Pf. Militärs und Kinder 25 Pf.
Vorstellungen ununterbrochen von 10 Uhr vormittags bis 11 Uhr abends.
21. Unter den Linden No. 21.
Vereine erhalten Preisermässigung nach Vereinbarung.

Schluss der Saison Sonntag den 1. November.
Nur noch 2 Tage 2 Vorstellungen täglich Nachm. 5–7; Abends 9–11 Uhr.
Bolossy Kiralfy's „Orient"
Olympia *Riesentheater.*
Grösstes Schaustück der Welt. Ca. 1000 Mitwirkende.
Uebertrifft alles bisher dagew.! Von Publikum u. Presse einstimm. anerkannt.

Restaurant „Hansjouci", Schmargendorf.
Sonntag, Montag und Dienstag:

Gr. Wellfleisch- u. Wurstessen,
wozu ergebenst einladet
Alfred Malitz.

R. Lewinberg
54 Wrangel-Straße 54, SO.
empfiehlt
zu unten angeführten außerordentlich billigen Preisen

Plüsch-Teppiche Stück **5,40** 7,50, 9,— bis 23 Mk.	**Gardinen** Meter **23 Pf.** 30, 45 bis 90 Pf.
Portièren mit Gold durchwirkt Stück **1,45** 1,75, 2,— bis 3,50 Mk.	**Bettdecken,** im Fenster unsauber geworden, Stück **75 Pf.**
Woll-Atlas-Steppdecken Stück **4,25** 5,50, 6,50 bis 9 Mk.	**Täuferstoffe** Meter **25 Pf.** 30, 45 bis 75 Pf.

Bei größeren Einkäufen gewähre 4 pCt. Rabatt.

Margarine FF
aus der Fabrik von **A. L. Mohr-Fahrenfeld,** von gleichem Geschmack und Nährwerth wie feinste Naturbutter, **per Pfund 70 Pf.,** offerirt
H. Pezold, Kastanien-Allee Nr. 88
269 L* **Spezialgeschäft für Margarine.**

Die Soireen der
Stettiner Sänger

(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.)
finden statt:
Sonntag und **Donnerstag:**
Konzerthaus Sanssouci.
Kottbuserstrasse 4a.
Montag und **Freitag:**
Viktoria-Brauerei.
Lützowstrasse 111/112.
Dienstag:
Böhmisches Brauhaus
Landsberger Allee.
Mittwoch:
Moabiter Stadttheater.
Alt-Moabit 48.
Steidl als
Li-Hung-Tschang.

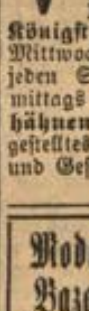
W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Täglich (außer Sonnabends):
Konzert, Theater-Vorstellung. Auftr. von Spezialitäten.
Künstler 1. Ranges.
Neu! Neu! Neu!
Die Weber
Original-Burleske mit Gesang u. Tanz von W. Gericke. Musik von Stentzel.
Jeden **Sonntag, Dienstag** u. **Donnerstag** nach d. Vorstellung
Tanzkränzchen.

Feen-Palast
Burgstrasse 22.
Direktion: **Winkler & Fröbel.**
Nur noch bis Sonnabend das so erfolgreiche Riesen-
October-Programm
Das Stadtgespräch ist das Schießen mit dem Militär-Gewehr Modell 88 auf den kugelsicheren **Dowe-Panzer** von der Kunstschützin
Elsa Dowe.
Sonntag, den 1. November:
Neues
Sensations-Programm.
Anfang 7½ Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 80 Pf. Reservirt 50 Pf.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. — Dir.: J. Glück.
Signor Bernhardi,
Mlle. Fougère
und sämmtliche
Kunstkräfte 1. Ranges.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Sonntag, den 1. November:
Neues Programm.
N. E. Kaufmann,
der beste Kunst-Radfahrer der Welt.
Ferner
8 Debuts.

Hoffmann's Zoologische Handlung empfiehlt größtes Lager in- u. ausländischer Vögel und Fische, sowie mein anerkannt bestes Universal-Futter für insektenfressende Singvögel, Pfd. 50 Pf., Mehlwürmer, 70 Stück 10 Pf. Streng reelle Bedienung. Reinickendorferst. 64c (Bahnh. Wedding). Kaufe w. Mäuse, gez. Wellensittiche, Papagei-Käfige. 1177b

Harzer Edel-Roller
mit den schönsten Touren, im Preise von 5 bis 12 M., versendet an alle Genossen. Preislisten gratis u. franko. Jeder Besteller erhält ein Buch über Zucht und Behandlung gratis.
W. Schöndorf, Zigarrenarbeiter, Holzhausen b. Pyrmont.

„Canaria", Berlin.

Vom **17. Okt. bis 23. Dezember d. J.,** ausgeschlossen die Woche vom 30. November bis 6. Dezember, hält der **Verein „Canaria"** in seinem diesjährigen Ausstellungs-Lokal: **Königstr. 4—6** jeden Sonnabend und Mittwoch von 6—10 Uhr abends und jeden Sonntag von 8—10 Uhr vormittags eine **Börse von Canarienhähnen** ab. Sämmtliches zum Verkauf gestelltes Vogelmaterial wird auf Werth und Gesundheit geprüft.
Der Vorstand.

Mode-Bazar Guttmann
66/67 Landsbergerstr. 66/67
Grösste Ausstellung garnirter und ungarnirter **Hüte**
zu den bekannt **billigsten Preisen.**

Neueste Façons	75 Pf.
Garnirte Capotten	2,95
Garn. Damenhüte	1,75
Garn. Kinderhüte	1,65

Blumen, Federn, Stutze
zu enorm billigen Preisen.

Album- und Lederwaaren-Fabrik
Oskar Gundau
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstraße.

Gr. Lager aller Arten Lederwaaren und Schmucksachen zu billigsten Preisen.
Albums in Plüsch oder Leder M. 3,—.
Die Staffelei M. 3,—.

Einem Theil der heutigen Auflage liegt ein **Prospekt** der Firma **Mandowsky & Co.,** Rosenthalerstr. 53, bei.

Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die Gewinnliste der preußischen Lotterie vom gestrigen Tage bei

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 256. Sonnabend, den 31. Oktober 1896. 13. Jahrg.

Gerichts-Zeitung.

Die Konfektionsarbeiterin vor dem Kammergericht. Der Versuch am untauglichen Objekt oder: Verurtheilung auf jeden Fall könnte, man das Drama nennen, dessen letzter Akt sich am 29. Oktober vor dem Kammergericht abgespielt hat. Die Maschinennäherin Frau P., die am großen Konfektionsarbeiter-Streik betheiligt war, hatte sich eine Anklage wegen Verstoßes gegen den § 153 der Gewerbe-Ordnung zugezogen und war auch vom Schöffengericht zu einer Gefängnißstrafe von einer Woche verurtheilt worden. Die Strafkammer wies dann ihre Berufung zurück, indem sie folgende zum theil bemerkenswerthe Ausführungen machte: Es stehe entgegen den Behauptungen der Angeklagten fest, daß sie der Arbeiterin Frida Wahl, die „liefern“ wollte, am 12. Februar dieses Jahres mit der Faust auf den Rücken geschlagen und zu ihr gesagt habe: „Wissen Sie nicht, daß gestreikt wird? Lassen Sie sich nicht wieder mit Arbeit sehen.“ Hiernach sei anzunehmen, daß Frau P. die W. durch Drohungen und Anwendung körperlichen Zwanges zu bestimmen versucht habe, an „Verabredungen zum behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen mittels der Einstellung der Arbeit“ theilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten. Nun gehöre die Wahl allerdings garnicht der Konfektionsbranche an, sondern sie sei zufällig zum Austragen fertiger Sachen verwendet worden. Dieser Umstand schließe jedoch die Anwendung des § 153 G.-O. nicht aus. Es sei nicht erforderlich, daß die Nöthigung gegen gleichgestellte, derselben Branche angehörige Arbeiter oder Arbeiterinnen gerichtet sei; vielmehr genüge es schon, daß irgend ein Arbeiter oder eine Arbeiterin zu nöthigen versucht werde, sodaß als Objekt der Strafthat jeder Arbeiter in betracht kommen könne. Dafür spreche der Wortlaut des § 153 und sein Zweck, die Koalitionsfreiheit im ausgedehntesten Maße zu sichern. (Jede Verurtheilung streikender Arbeiter, so muß man nämlich wissen, geschieht zum besten der Koalitionsfreiheit. D. R.) Hiernach sei auch jeder mit den verpönten Mitteln unternommene Versuch der fraglichen Einwirkung auf irgend einen dritten mit Strafe bedroht. Dann hätte aber die Angeklagte geglaubt, eine der Konfektion angehörige Arbeiterin vor sich zu haben, denn gerade deshalb hätte sie ja versucht, auf jene einzuwirken. Frau P. legte Revision ein beim Kammergericht, vor dessen Strafsenat ihr Vertreter gestern folgendes geltend machte: Der § 153 scheine allerdings darauf hinzuweisen, daß er auf die fraglichen Angriffe gegen jede beliebige Person gemünzt sei. Der Zweck des Gesetzes sei doch aber nur der, diejenigen Personen zu schützen, die zu dem Personenkreis gehören, der am Streik interessirt sei. Die Arbeiterin Wahl gehöre nun aber in diesem Falle nicht zu den gemeinten Personen; sie sei beim Konfektionsarbeiter-Streik ganz unbetheiligt gewesen. Das Kammergericht wies die Revision zurück. Die Vorentscheidung sei ohne Rechtsirrthum gefällt worden. Dahingestellt bleiben möge es, ob in jedem einzelnen Falle § 153 dann Anwendung finde, wenn ein Unbetheiligter der Nöthigung ausgesetzt worden sei. Hier stehe indessen fest, daß jemand genöthigt werden sollte, von dem die Angeklagte annahm, daß er betheiligt sei, und dieser sogenannte „Versuch am untauglichen Objekt“ sei auch strafbar.

Zu einer vernichtenden Anklage gegen die heutige Gesellschaftsordnung gestaltete sich eine Verhandlung, die gestern vor der zweiten Strafkammer am Landgericht I gegen eine jugendliche Diebesgesellschaft geführt wurde. Aus der Untersuchungshaft wurden drei noch schulpflichtige Knaben, die Brüder Otto und Max Benecke und Otto Göhre vorgeführt. Sie waren des bandenmäßigen Taschendiebstahls beschuldigt. Otto Benecke ist bereits wegen Diebstahls zweimal, Göhre wegen Hehlerei einmal mit einem Verweise vorbestraft. Auch in den früheren Fällen, in denen es sich ebenfalls um Taschendiebstähle handelte, war Max Benecke betheiligt, er hat aber nicht zur Verantwortung gezogen werden können, weil er das strafmündige Alter noch nicht erreicht hatte. Die Vorbestrafung hat einen bessernden Einfluß auf die Knaben nicht ausgeübt. Sie haben nach deren Verbüßung eine ganze Reihe Taschendiebstähle in verschiedenen Gegenden der Stadt ausgeübt. Die Eltern der beiden Benecke wohnten der Verhandlung bei, sie machten den Eindruck ordentlicher Leute. Sie gaben an, daß ihre Knaben den größten Theil des Tages über sich selbst überlassen bleiben müßten, denn sie selbst müßten im Kampfe um das tägliche Brot außer dem Hause arbeiten. Auch die Knaben seien darauf angewiesen, etwas zu verdienen. Otto sei zwei Jahre lang bei einer Zeitung Laufbursche gewesen und in diesem Frühjahre hätten beide Knaben gemeinschaftlich mit Fliegenstöcken gehandelt. Der Staatsanwalt beantragte gegen Otto Benecke und Otto Goehre je zwei Jahre, gegen Max Benecke neun Monate Gefängniß. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Georg Becker, versprach sich durch eine längere Gefängnißstrafe keinen bessernden Einfluß auf die Angeklagten, hielt auch die Schuld des Mitangeklagten Max Benecke nicht hinreichend erwiesen. Der Gerichtshof sprach den letzteren frei, überwies ihn aber einer Besserungs-Anstalt, da seine Eltern augenscheinlich nicht im stande seien, erziehlich auf ihn zu wirken. Otto Benecke wurde zu zwei Jahren und Otto Goehre zu anderthalb Jahren Gefängniß verurtheilt. — Eine Besserung der jugendlichen Diebe wird auch diesmal niemand von der langen Leidenszeit im Gefängniß erwarten. Ebensowenig wird dem Pharisäergesindel, das in der gutgesinnten Presse das große Wort führt, das Bekenntniß von den Lippen kommen, daß die unglücklichen Kinder mit hoher Wahrscheinlichkeit nützliche Glieder der menschlichen Gesellschaft geworden wären, wenn sie statt des Höllendaseins von Kapitals Fluche, daß sie seit der Geburt leben, eine wirklich sonnenbeschienene Jugend gehabt hätten. Es ist wohl im Gegentheil bestimmt zu erwarten, daß die kapitalistischen Soldschreiber auch aus Anlaß dieses Falles bedauern, daß den jugendlichen „Verbrechern“ nicht die Peitsche verabfolgt wird, die den letzten Rest von Menschenwürde aus ihnen herausprügelt.

Wann ist ein Abtheil auf der Berliner Stadtbahn überfüllt? Wegen Beleidigung hatte sich am Dienstag in Berlin ein Kaufmann Anders zu verantworten. Er hatte in einem Stadtbahnzuge eine der nicht selten vorkommenden Szenen aufgeführt und wurde zu 30 M. Strafe verurtheilt. Aus der Gerichtsverhandlung ist die Begründung des Urtheils bemerkenswerth. Ein Amtsrichter aus einem ostpreußischen Städtchen hatte am 23. Juli die Berliner Gewerbe-Ausstellung besucht. Als der Zug den Bahnhof „Gewerbe-Ausstellung“ verließ, war der Wagen schon so gefüllt, daß vier Personen, unter ihnen der Amtsrichter, stehen mußten. In Treptow drängte sich noch der Kaufmann Anders in den Wagen und antwortete auf die Vorhaltungen des Amtsrichters, daß der Wagen gefüllt sei, mit einer Fluth von Schimpfworten, die ihn am Dienstag vor Gericht führten. Der Staatsanwalt beantragte 14 Tage Gefängniß. Der Gerichtshof zog die Erregung des Angeklagten in betracht, der um jeden Preis mit jenem Zuge mitkommen wollte; außerdem sei der mit 14 Personen besetzte Wagen nach Berliner Begriffen noch nicht überfüllt gewesen; der erste Anstoß zu dem Renkontre sei also von dem Amtsrichter ausgegangen; schließlich habe der Angeklagte am nächsten Tage um Verzeihung gebeten. Aus allen diesen Gründen wurde trotz der Erröblichkeit der Beleidigungen nur auf 30 M. Geldstrafe erkannt.

Angesichts dieser seltsamen Begründung, die einigermaßen an die den Berlinern von Geheimraths Gnaden imputirte „Lust am Drängeln“ erinnert, darf man wohl fragen: Wann ist ein Abtheil der Stadtbahn überfüllt? Auf eine Anzapfung des Abg. Eugen Richter erklärte der Eisenbahn-Minister Thielen am 26. Februar d. J. im Abgeordnetenhause: „Daß die Stadtbahn zu Zeiten, namentlich an einzelnen Tagesstunden, wo der Morgen-, Mittag- oder Abendverkehr sich konzentrirt, vielfach überfüllt ist, das ist eine Thatsache, die ich an meinem eigenen Leibe schon wiederholentlich auch erfahren habe. Wenn 18 Personen — und ich nehme an, daß nicht bei allen der Durchschnitt des Herrn Abgeordneten Richter vorhanden ist — in einem Abtheil versammelt sind, so ist das kein Vergnügen.“

Der praktische Arzt Dr. Löwenthal aus Bleicherode stand, wie die „Gött. Grubenh. Ztg.“ meldet, vor der Strafkammer zu Nordhausen unter der Anklage, den 8½jährigen Knaben Julius Ackermann aus Bleicherode körperlich mißhandelt und durch Fahrlässigkeit den Tod des Knaben herbeigeführt zu haben. Geladen waren neun Aerzte als Sachverständige und fünf Zeugen. Am 9. Mai d. J. hatte sich der Junge Ackermann einen Fruchtkern in ein Ohr gesteckt, welcher nicht wieder herauszukriegen war. Um nun diesen Fremdkörper entfernen zu lassen, wurde die Hilfe des Dr. Löwenthal in Anspruch genommen, der dem Jungen, der sich etwas ungebärdig stellte, einige Ohrfeigen gab. Dann versuchte Dr. Löwenthal mit einer Haarnadel, an welcher ein Häckchen angebogen war, den Fruchtkern aus dem Ohr herauszuholen; dies gelang aber nicht. Nunmehr reiste der Vater des Knaben, Schuldiener Ackermann, mit dem Jungen am 11. Mai nach Göttingen zum Professor Dr. Brückner. Dieser konnte aber bei der starken Verschwellung des Gehörorgans zunächst nichts thun und verschrieb ein Mittel zur Beseitigung der Geschwulst, gab aber gleichzeitig dem Vater auf, falls sich der Zustand seines Sohnes verschlimmern sollte, sofort wiederzukommen. Der Zustand des Jungen war nun am 15. Mai so bedenklich geworden, daß der Vater nicht wagte, mit dem Jungen nochmals nach Göttingen zu reisen, und zog deshalb den Dr. Sickel aus Bleichrode zu Rathe, welcher auch Versuche machte, das Leiden zu beheben. Der Junge starb am 20. Mai an Gehirnhaut-Entzündung. Das Gutachten des Geheimen Medizinalraths Dr. Schwarze aus Halle lautete dahin, daß die Todesursache Gehirnhaut-Entzündung war, die durch Infektion bei Anwendung von Instrumenten veranlaßt worden sei. Das Gericht nahm sowohl die fahrlässige Tödtung, wie auch die Mißhandlung für erwiesen an und verurtheilte den Angeklagten zu drei Tagen Gefängniß und 15 M. Geldstrafe, event. noch drei Tagen Gefängniß.

In dem Habererprozeß zu München begannen am Mittwoch die Verhandlungen vor dem Landgericht. Den Gegenstand der Anklage bildet das Haberfeldtreiben von Sauerlach in der Nacht zum 27. Oktober 1895. An demselben nahmen 150 Personen theil, von denen heute 52 unter Anklage stehen. Der Verlauf eines solchen Haberfeldtreibens ist in den „M. N. N.“ folgendermaßen geschildert: Die Haberer bilden einen Kreis, in dessen Mitte der Führer tritt. Er giebt zunächst bekannt, wer als Haberermeister, als Schreiber, als Signalist, als „Stenographist“, als Gedichtfabrikant, als Bierlieferant ꝛc. fungirt. Natürlich werden hierbei fingirte Namen genannt. Alsdann verliest er die einzelnen Verse. Nach jedem derselben fragt er: „Is dös wahr,“ worauf im Chorus die Antwort erfolgt: „Ja, wahr is.“ Der Führer erwidert: „Nacha treibt's zua“ und hierauf ertönt ohrenbetäubender Spektakel. Sind sämmtliche Verse verlesen, wird ein Hoch auf den Prinzregenten ausgebracht, worauf die Haberer nach der Erklärung ihres Führers: „Für heut' is jetzt gar, jetzt geht's Enk in d' Ruah, mia (wir) müssen schnell wieda am Untersberg sein,“ auseinander gehen und sich auf verschiedenen Wegen in ihre Behausungen begeben. Sämmtliche Angeklagte bis auf vier sind geständig. Sie bestreiten jedoch, daß in ihrem Treiben irgend etwas Gefährliches gelegen habe. Sie hätten lediglich in die Luft geschossen. Der von der Vertheidigung mehrfach gestellte Antrag, die Angelegenheit vor das Schwurgericht zu verweisen, wird vom Gerichtshof abgelehnt.

Von den Angeklagten, die bis auf acht alle geständig sind, wird zunächst Adalbert Singer, Säger von Sauerlach, vernommen, der erzählt, wie ihm Bürgermeister Steingräber von Sauerlach den Wunsch geäußert habe, daß in Sauerlach getrieben werde, und daß er hierzu 50 M. zu spendiren versprach. Singer hat dann dem Killi die Verse übergeben, die Steingräber gemacht, einige hat er selbst verfaßt. Die versprochenen 50 Mark hat Steingräber in zwei Raten bezahlt. Im übrigen berichtet Singer den schon bekannten Hergang der Sache. Der Angeklagte Georg Strobl hat die Geschenke für den Nachtwächter und den Meßner besorgt, dem letzteren hat er noch 50 Pf. extra für ein zerbrochenes Fenster beigelegt. Bürgermeister Steingräber von Sauerlach, in der äußeren Erscheinung ein stattlicher Mann, seit 10. Juli verhaftet, seit 14. Oktober wegen Krankheit wieder auf freiem Fuße, wegen Vergehens im Amte schon vorbestraft, will, als er mit Singer zusammentraf, von diesem erfahren haben, daß ein Treiben bereits ausgemacht war. Später habe Strobl von ihm, für dieses längst vorbereitet gewesene Treiben Geld verlangt, und nur aus Furcht vor der Rache der Haberer habe er, Steingräber, das Geld hergegeben. Die Verse, von deren Inhalt die meisten der Haberer vorher keine Kenntniß hatten, werden nach Ausschluß der Oeffentlichkeit verlesen. Die Vertreter der Presse dürfen auf Antrag des Staatsanwalts im Saale bleiben. Die Oeffentlichkeit solle erfahren, in welch gemeiner Weise diese „Sittenrichter“ ihres Amtes walten.

Versammlungen.

Die Berichterstattung der weiblichen Delegirten vom Gothaer Parteitag erfolgte am Donnerstag in einer Volksversammlung, die von etwa 150 Frauen und Mädchen, sowie von einigen Männern besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Frau Wengels, die Abrechnung und Neuwahl der Vertrauensperson, welche gleichfalls mit angesetzt war, bis zu einer besser besuchten Versammlung zu vertagen. Nach einer längeren Geschäftsordnungs-Debatte, in der sich die alten Zwistigkeiten zwischen den beiden Gruppen der sozialdemokratischen Frauen wieder bemerkbar machten, wurde der Antrag abgelehnt. Frau Gerndt berichtete hierauf über ihre Thätigkeit als Vertrauensperson. Sie habe seit Mitte November vorigen Jahres 12 Versammlungen abgehalten, eine Einnahme von 576,94 M. und eine Ausgabe von 559,95 Mark gehabt, und sei ein Bestand von 26,99 Mark vorhanden. Frau Rohrlack bekundet, daß die Revision alles richtig befunden habe. Frau Greifenberg und Frau Scholz, welche die Revision des vorhergehenden Jahres vorgenommen haben, bestätigen gleichfalls, daß an der Geschäftsführung der Frau Gerndt nichts auszusetzen war, worauf derselben Decharge ertheilt wurde. Die Vorsitzende Frau Rohrlack ersucht nunmehr um Vorschläge für das Amt der Vertrauensperson, und giebt gleichzeitig bekannt, daß die Frauen übereingekommen wären, nur eine Vertrauensperson zu wählen, damit die Anarchie in der Frauenbewegung beseitigt werde. Nach Vornahme der Abstimmung erklärt die Vorsitzende: Frau Wengels ist hiermit als Vertrauensperson für die sozialdemokratischen Frauen und Mädchen Berlins und Deutschlands gewählt. Diese Proklamation fand in der Versammlung zum theil lebhaften Widerspruch. Fräulein Baader vertritt die Ansicht, daß man doch hier nur für Berlin wählen könne und nicht für ganz Deutschland. Dagegen bemerkt Frau Ihrer, indem sie sich auf die Beschlüsse einer zum Zweck der Einigung beider Richtungen unter den Frauen abgehaltenen Versammlung berief: Um Mißverständnissen vorzubeugen, müsse unbedingt festgestellt werden, daß die hier gewählte Vertrauensperson auch die Korrespondenz mit den Genossinnen Deutschlands zu führen habe. Dieser Auffassung stimmte auch Fräulein Baader zu, während Frau Fahrenwald die Kompetenz der genannten Einigungs-Versammlung anzweifelte, da nicht alle in der Bewegung stehende Frauen zu derselben geladen waren, auch wären die daselbst gefaßten Beschlüsse schon lange vorher fertig gewesen. Frau Greifenberg, Ihrer und Rohrlack bestreiten entschieden eine solche Auffassung. Nunmehr nahm Fräulein Baader zur Berichterstattung vom Parteitag das Wort. Sie gab einen kurzen Ueberblick über die Verhandlungen desselben und bemerkte unter anderem, in der Debatte über die Haltung der „Neuen Welt“ sei mancherlei persönliches vorgebracht worden, was besser hätte unterbleiben sollen. Auch bei den Debatten über den „Vorwärts“ habe sie und auch andere die Empfindung gehabt, daß man zu weit ging, und daß es sich nicht nur um sachliche Einwände handelte, sondern auch persönliche Momente gegen Liebknecht die Debatten beeinflußten. Ferner könne sie der Auffassung Robert Schmidt's nicht zustimmen, welcher gewisse verletzende Ausdrücke damit zu entschuldigen suchte, daß er meinte, die Arbeiter reden nun mal keine Salonsprache. Sie meine, auch der Arbeiter müsse sich jederzeit bemühen, nicht nur seine Bildung und sein Wissen zu vermehren, sondern auch bestrebt sein, sich gute Umgangsformen anzueignen. Im übrigen ist die Rednerin mit den Beschlüssen des Parteiges einverstanden. Die zweite Delegirte, Frau Greifenberg, besprach die Verhandlungen über die Frauenagitation. Sie kritisirte die Stellung, welche Fräulein Löwenherz zu dieser Angelegenheit einnahm und bekundete, daß der Parteitag mit dieser einzigen Ausnahme den Darlegungen der Genossin Zetkin zustimmte. Frl. Baader bemerkte hierzu, daß ihr die Vorschläge, welche Klara Zetkin bezüglich der Frauenagitation machte, besonders wichtig erscheinen. Auch sei sie der Meinung, daß bei der Agitation die Besonderheiten des weiblichen Geschlechts berücksichtigt werden müßten, auch sei es nothwendig, stets darauf hinzuweisen, daß die Frauen, wenn sie für uns gewonnen würden, dadurch nicht der Familie entfremdet werden. Der Vorschlag, unsere für die Frauen berechneten Flugblätter in Form schöner Büchelchen herauszugeben, sei sehr zweckmäßig und werde die Agitation fördern. Frau Gubela stellt in Aussicht, daß sie über die Gründe, welche den Parteitag zur Zurückweisung ihrer Beschwerde bestimmten, eine Aussprache bei der bevorstehenden Berichterstattung über den Parteitag im vierten Wahlkreise herbeiführen werde. Sie macht ebenso dunkle wie unklare Andeutungen, daß sie ihre Beschwerde sammt dem seit 9 Jahren aufgehobenen Material einer „anderen Seite“ übergeben werde, daß dann den Heuchlern die Maske vom Gesicht geriffen würde und dergleichen. Schließlich betont sie, daß eine Einigung der Frauen nothwendig sei. Als Frau Fahrenwald hierzu eine Bemerkung macht, stürzt Frau Gubela mit erhobener Faust auf sie zu. Glücklicherweise standen ihr einige besetzte Stühle im Wege, zwischen denen sie sich erst hindurchzwängen mußte; dabei mag sich ihre Wuth wohl etwas abgekühlt haben, sodaß sie nur in heftigen Worten gegen Frau Fahrenwald ihrem Zorn Luft machte. Da eine weitere Diskussion nicht stattfand, schloß die Vorsitzende Frau Rohrlack die Versammlung mit der Bemerkung, daß sie der neugewählten Vertrauensperson mehr Energie wünsche, als die bisherige gezeigt habe. Nur unter dieser Voraussetzung werde die sozialdemokratische Frauenbewegung die erwünschten Fortschritte machen können.

Die sozialdemokratische Parteiversammlung für Rixdorf, die am 29. Oktober im Variété-Theater (Hermannstraße) abgehalten wurde, nahm zunächst den Bericht des Delegirten vom Parteitag, Genossen Ostermann, entgegen. Redner entwarf in großen Zügen ein Bild von den Verhandlungen des Gothaer Arbeiterparlaments. Auf die Preßdebatte eingehend, erklärte Ostermann, trotz aller Werthschätzung Liebknecht's dessen Ansicht nicht theilen zu können. Verwunderung hätten gewiß bei den Genossen und Genossinnen die in der Kunstdebatte von einigen vertretenen Anschauungen hervorgerufen. Thatsächlich sei die naturalistische Kunst diejenige, welche die Sozialdemokratie auf ihrer Seite haben müßte. Mit ihren Anschauungen stimme es überein, von der Kunst zu verlangen, das nicht zu verschleiern, was ist. Befremdet haben den Redner die Ausführungen des Genossen Wurm über den Arbeiterschutz, daß alles mögliche von der Partei gethan sei. Er wäre der Meinung, die ein Redner auch auf dem Parteitage vertreten habe, daß noch viel mehr gethan werden könne; z. B. verdiene der Vorschlag Beachtung, eine allgemeine Agitation für die Verkürzung der Arbeitszeit und eine solche für die Gewerkschaften zu inszeniren. Material läge darüber übergenug vor. Dann sei es auch Aufgabe der Genossen, unseren Reichstags-Abgeordneten für die zu erwartende Veränderung der Unfallgesetzgebung brauchbares Material zu liefern. Nachdem Redner noch die übrigen Verhandlungspunkte des Parteitages berührt und die gefaßten Beschlüsse zur Kenntniß der Versammlung gebracht hatte, erklärten sich die Anwesenden einstimmig mit den Beschlüssen einverstanden.

Ostermann berichtete dann über die Ergebnisse der Parteispedition. Während sie am 1. November des vorigen Jahres 326 Zeitungs-Abonnenten gehabt hätte, betrage jetzt deren Zahl 635. Im Laufe des Geschäftsjahres seien außerdem abgesetzt worden 5217 „Wahre Jakob“, 244 „Süddeutsche Postillon“, 29 „Glühlichter“, 250 „März-Zeitungen“ und 400 „Mai-Zeitungen“. Ein Gewinn habe noch nicht erzielt werden können, im Gegentheil sei stets eine Mehrausgabe von ungefähr 60 M. zu verzeichnen gewesen. Im letzten Quartal seien bisher 1545,10 M. eingenommen worden und die Ausgabe betrage 1703,86 M. An Abonnements-Beträgen würde noch so viel Geld einlaufen, daß die Mehrausgabe etwa 62 M. ausmache. Die Defizits erklärten sich aus der geringen Zahl der Abonnenten, aus Anschaffungen und auch daraus, daß jeden Monat mehrere Abonnenten nicht bezahlen können und „verdusteten“. Der Bücherumsatz von 249 M. habe dagegen einen Ueberschuß von ca. 29 M. ergeben, wozu noch ein weiteres Guthaben von 38,50 M. komme. — Genosse Noak als Revisor stellte fest, daß bis ultimo September die Abrechnung revidirt und in Ordnung befunden sei. Er bitte um Entlastung des Spediteurs. — Es entspann sich nunmehr eine lange, theils sehr heftig geführte Debatte, die anknüpfte an Vorwürfe, die Ostermann wegen seines Verhaltens einigen Zeitungsfrauen gegenüber gemacht wurden. Es betheiligten sich daran u. a. Rosenbaum, Thrum, Pause, Sie, Unger, Retzerau und Ostermann. Es wurde

dem Spediteur vorgeworfen, eine Arbeit, die er hätte ausführen müssen, einer Frau übertragen zu haben und daß er die monatliche Vergütigung von 1,50 M. aus der Partei-Speditionskasse gezahlt hätte. Hauptsächlich hatte aber die Entlassung zweier Zeitungsträgerinnen Anstoß erregt. Man führte sie darauf zurück, daß die beiden einigen Genossen, die gern etwas über Mißstände in der Spedition erfahren wollten, Auskunft gegeben haben. Bei der Entlassung der einen soll Ostermann deren momentane Unpäßlichkeit als Vorwand benutzt haben. Auch wurde es dem Angegriffenen sehr verübelt, daß er den Beschluß der Speditionskommission, die beiden Frauen am 15. Oktober wieder einzustellen, nicht ausgeführt hat. Netzerau, der Ostermann während des Parteitages vertrat, erklärte hierzu, daß jener mit 8 gegen 4 Stimmen gefaßte Beschluß ungiltig sei, weil die beiden Ankläger Ostermann's daran mitgewirkt hätten. — Es wurde im Laufe der Debatte mehrfach von einzelnen Rednern von Kliquenwirthschaft und davon gesprochen, daß schlimmer wie der Parteispediteur kein Kapitalist verfahren könnte. Ostermann verwahrte sich energisch gegen diese Vorwürfe. Schließlich betraute man neun Genossen damit, die Angelegenheit noch einmal gründlich zu untersuchen. Der Kommission wurde zugleich folgender Antrag zur Prüfung unterbreitet:

„Die zu unrecht entlassenen Botenfrauen sind wieder von der Spedition zu beschäftigen. — Für das nächste Jahr steht die Annahme und Entlassung der Botenfrauen nur ausschließlich der Kommission zu. — Der Monatslohn von 18 M. ist (ohne Abzug der Kranken- und Invaliditätsversicherungs-Beiträge) voll den Frauen auszuzahlen. — Die Touren und die Zahl der Abonnenten sind möglichst gleichmäßig zu vertheilen; — letztere darf 110 nicht übersteigen. — Für jeden neuen Abonnenten erhalten die Frauen 15 Pf., insofern er im zweiten Monat noch Abonnent ist. — Für die Besorgung des „Grundsteins" — der von der Parteispedition betrieben wird — erhalten die Frauen pro Quartal und Exemplar dann 12 Pf., wenn sie dem betreffenden Abonnenten nicht auch die Parteizeitung zu bringen haben."

Der Vertrauensmann Dormann erstattete dann über seine Thätigkeit Bericht. Er hat eingenommen insgesammt 1250,85 M. und ausgegeben 1155,12 M., so daß ein Bestand von 95,23 M. verblieb. Hervorzuheben ist noch aus dem Bericht, daß die beiden Agitationstouren im letzten Jahre vorzüglich verlaufen sind; wo man früher im Zeichen des Dreschflegels stand, wurden diesmal die Genossen freudig aufgenommen. Dem Genossen Dormann wurde Decharge ertheilt. Die Neuwahl des Vertrauensmannes vertagte man bis zur nächsten Versammlung. Als Revisoren, sowohl für den Vertrauensmann wie für die Spedition wurden die Genossen Pohl, Wurbs und Lose gewählt.

Ueber die Thätigkeit der Lokalkommission berichtete Netzerau. Das letzte Jahr habe keine Veränderungen gebracht, neuerdings mit dem Oekonom und der Direktion der Vereinsbrauerei gepflogene ausgedehnte Unterhandlungen seien resultatlos verlaufen. Mehrere Genossen bedauerten, daß die große Masse der Arbeiterschaft im verflossenen Sommer sich garnicht an den Boykott gekehrt habe. Besonders die Berliner sollen sich derart vergangen haben. — Die Versammlung hieß das Verhalten der Lokalkommission gut und wählte zur Beachtung der Lokalfrage im neuen Geschäftsjahr die Genossen Jungandreas, Hupfer, Freese, Stot und Kull.

Den Bericht der Gendarmerie-Ueberwachungs-Kommission erstattete Netzerau. Er führte an, daß auf die Beschwerden über Uebergriffe der Gendarmen regelmäßig von den zuständigen Militärbehörden die Bescheide kämen: Wegen Mangels des Beweises ist das Verfahren eingestellt worden. Redner kam auch auf das gegen ihn letzthin vom Schöffengericht gefällte Urtheil zu sprechen, in dem ihm seine Mitgliedschaft zur genannten Kommission in so eigenthümlicher Weise angerechnet wurde. Er werde gegen den Herrn Amtsanwalt, der ihn als Gendarmenhetzer hingestellt habe, Strafantrag wegen Beleidigung stellen. Im übrigen verlas er eine umfangreiche Liste polizeilicher Liebenswürdigkeiten, für die er in Form einer Broschüre ein reizendes Album schaffen will. Große Heiterkeit erregte die Mittheilung, daß Genosse Noack eines schönen Tages von einem Gendarmen verhaftet worden sei, weil er in einem Hause einen Einbruch versucht haben sollte. Bei näherem Nachsehen überzeugte man sich, daß das Grundstück, auf dem das Haus stehen sollte, noch gar nicht bebaut war. Nachdem noch ein Genosse für Netzerau's Album einige Beiträge versprochen, wurde dem Vorgehen der Ueberwachungs-Kommission rückhaltlos zugestimmt. Wegen Eintritts der Polizeistunde mußte die Neuwahl aufgeschoben und die Versammlung gleich nach 12 Uhr geschlossen werden.

Eine öffentliche Versammlung der Angestellten der Berliner Verkehrsanstalt fand am vergangenen Freitag bei Glauninger, Alte Jakobstr. 83, statt. Schumann referirte über: „Wie stellen sich die Angestellten zur Umgestaltung der Verkehrsanstalt?" Redner betonte, daß nach Lage der Sache den Angestellten nichts übrig bleibe, als sich, um vielleicht doch ihre Kaution zu retten, der neugebildeten Genossenschaft anzuschließen. Da die neue Genossenschaft den Angestellten 3 Vertreter im Vorstand zugestanden habe, so sei es doch möglich, daß die alte Lotterei aufhöre, besonders, wenn die Kollegen tüchtige Vertreter in den Vorstand senden. Der vereidete Bücherrevisor habe bekundet, daß die Gesellschaft sehr wohl unter tüchtiger kaufmännischer Leitung lebensfähig sei. Die pleite gegangene Gesellschaft sei mehr eine Versorgungsanstalt für bankerotte Adlige gewesen. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß die Notiz im „Vorwärts" auf schlechten Informationen beruhe. Der „Vorwärts" hätte wissen müssen, daß die Mehrzahl der Angestellten organisirt ist und keiner der Organisirten hätte jene Notiz gutgeheißen. Die Information könne nur von Indifferenten herrühren. Weiter wurde die Arbeitsniederlegung einiger indifferenten Kollegen verurtheilt, da dies absolut zwecklos erschien und höchstens dazu beitragen konnte, auch die andern ums Brot zu bringen, weil hierdurch der Betrieb hätte eingestellt werden müssen. Die betreffenden mögen sich organisiren, dann werden keine solche Dummheiten mehr vorkommen. Nachdem noch mitgetheilt war, daß die neue Gesellschaft sich verpflichtet habe, alle Kautionen auch der früheren Angestellten auszuzahlen, wurde noch beschlossen, in jeder Filiale einen Vertrauensmann zu wählen und sich insgesammt dem Verbande der Handels-Hilfsarbeiter anzuschließen.

Die Redaktion hat hierzu zu bemerken, daß sie ihren Standpunkt in der Sache nicht als einen falschen ansehen könne. Daß die Arbeiter ihre Groschen in ein verkrachtes Unternehmen stecken sollen, halten wir für einen schlechten Rath. Wir fürchten, daß die drei in die Verwaltung gewählten Arbeiter nur eine Scheinvertretung bilden werden und daß die enge Verbindung des Unternehmens mit den Arbeitern, diese bei etwaigen Differenzen in ihrer Bewegungsfreiheit stören wird.

Der deutsche Holzarbeiter-Verband hielt am 25. Oktober bei Joël, Andreasstraße 21, eine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken an die verstorbenen Mitglieder Mallwitz, Hoppe, Norgel, Schwedke und Rakowsky durch Erheben von den Plätzen. Mieke erstattete sodann den Kassenbericht vom 3. Quartal. Derselbe stellt sich wie folgt:

Einnahme der Hauptkasse . .	9526,11 M.
Ausgabe „ „ . .	6801,81 „
Bestand für das nächste Quartal	2724,30 M.
Einnahme der Lokalkasse . .	17 408,47 M.
Ausgabe „ „ . .	7 786,48 „
Bestand für das nächste Quartal	9 621,99 M.
Unterstützungskasse:	
Einnahme . . .	309,33 M.
Ausgabe . . .	250,25 „
Bestand	59,08 M.
Abrechnung vom Sommerfest:	
Einnahme . . .	592,— M.
Ausgabe . . .	667,25 „
Defizit	75,25 M.

Aus dem Vorstandsbericht, den Glocke gab, war zu ersehen, daß der Verband im 3. Quartal mehreren Mitgliedern den Rechtsschutz gewährte. Bei zwei Prozessen handelte es sich um Unfall- und Rentenansprüche, bei zwei anderen um Einbehaltung der Papiere und in den übrigen um Lohnstreitigkeiten. Nach dem Bericht des Schriftführers haben im 3. Quartal eine außerordentliche und eine ordentliche Generalversammlung und acht Vorstandssitzungen stattgefunden. Die Bezirksleiter erstatteten darauf Bericht über die in ihren Bezirken abgehaltenen Versammlungen. Die meisten klagten über schlechten Besuch der Versammlungen und wurden deshalb die Mitglieder aufgefordert, mehr wie bisher die Versammlungen zu besuchen. Den Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission gab Geppert. Danach hielt die Kommission im ganzen 47 Sitzungen mit 150 Werkstätten und 1820 dort beschäftigten Arbeitern ab. Erschienen waren 1040, davon organisirt 825. Bemerkt wurde, daß in vielen Werkstätten nach Feierabend gearbeitet wird. So haben es Arbeiter von Stavenow (Bülowstraße) fertig gebracht, in einer Woche 27—36 Ueberstunden zu machen. Tost berichtete, daß die Kommission der Drechsler vier geschäftliche Sitzungen abgehalten hat. Auf dem Arbeitsnachweis waren, nach den Ausführungen Wiedemann's, 611 Adressen von 478 Unternehmern eingelaufen, denen ein Angebot von 722 gegenüberstand. Vom 1. Januar bis 1. Oktober 1896 waren 1971 Adressen von 1627 Unternehmern vorhanden; das Angebot während dieser Zeit beträgt 2699. Die Bibliothek wurde von 478 Mitgliedern benutzt, die 557 Bände liehen. Das Amt des Arbeitsvermittlers wurde Wiedemann wiederum übertragen. Ein Antrag, das Gehalt desselben um 10 M. monatlich zu erhöhen, wurde mit großer Majorität angenommen. Die Wahl zweier Mitglieder zum Ausschuß fiel auf die Mitglieder Rammeck und Tabert. In anbetracht der verschiedenen Werkstattdifferenzen ersucht Glocke diejenigen, welche dazu im stande sind, neben ihren Verbandsbeiträgen noch Streikmarken zu kaufen dies nicht zu verabsäumen. Redner weist dann auf die Beendigung des Stuhlarbeiter-Streiks in Lauterbach hin. Die Vereinbarungen zwischen den Beauftragten des Vorstandes in Stuttgart und den Unternehmern haben vielfach in Kollegenkreisen Befremden erregt. Da ihm aber die näheren Gründe für die getroffenen Vereinbarungen nicht bekannt seien, könne er ein endgiltiges Urtheil darüber nicht abgeben. Der Vorsitzende des Ausschusses, Robert Schmidt, mißbilligt die Vereinbarung; trotzdem ihm die näheren Umstände bekannt sind, könne er unter keinen Bedingungen die Abmachungen gut heißen. Soviel geht aus seinen näheren Informationen hervor, daß es wünschenswerth erschien, den Streik zu beenden; jedoch rechtfertige dies nicht Zugeständnisse zu gewähren, die unserer ganzen Auffassung über das Wesen der Arbeiterorganisation ins Gesicht schlägt. Die Organisation hätte keine so große Schwäche gezeigt, wenn sie die Ausweisung Erfurth's ablehnte und den Streik verloren gab. (Lebhafter Beifall). Bestätigt wurde hierauf Vorpahl als Bezirksleiter für Friedrichsfelde; desgleichen die Mitglieder der Kontrollkommission für Süd-Ost: Klingner, Mende, Segebrecht, sowie der Drechsler-Kommission: Neumann, Denzer, Becker, Schwecht und Manetz und Bodenleger-Kommission: Bieske, Bleck und Walter. Ein Mitglied aus Rixdorf gab die Namen derjenigen bekannt, die während des Streiks bei Birgens in Rixdorf gearbeitet haben. Nachdem der Antrag betreffs der Kranken-Unterstützung der Mitglieder zurückgestellt worden war, erfolgte Schluß der Versammlung.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonnabend Abend von 8—9½ Uhr: Südostschule, Waldemarstr. 14: Nationalökonomie (Allgemeine Uebersicht der verschiedenen Wirthschaftsstufen. Entwickelung der bürgerlichen theoretischen Nationalökonomie. Die Marx'sche Werth- und Mehrwerth-Lehre). Herr Dr. Conrad Schmidt. — Nordschule, Brunnenstraße Nr. 20: Natur-Erkenntniß. Antike und moderne Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Alterthum. Griechische Weisheit und biblische Ueberlieferung. Die Entthronung der Erde aus ihrer bevorzugten Stellung im Weltenall. Mechanistische Auffassung und experimentelle Forschung. Die Einreihung des Menschen in das Naturganze (Lamark-Darwin). Das Seelenproblem. Monismus und Materialismus. Grenzen der Natur-Erkenntniß). Herr Dr. C. Joël.

Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichen Zeitschriftenmaterials schon von 8 Uhr abends an geöffnet.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Pasewalkerstr. 3. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Manteuffelstr. 49, v. 2 Tr.

Arbeiter-Rauchverbund Berlins und Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Karl Stiller, Kleine Frankfurterstraße Nr. 7, 1 Tr.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften, den Bund betreffend, sind zu richten an Hermann Jahn, Schönhauser Allee 177 c.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 1. November, vormittags 9½ Uhr, Rosenthalerstr. 38: Versammlung, freireligiöse Vorlesung. Um 10½ Uhr vormittags ebendaselbst, Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille: Luther über den Glauben.

Tischler-Verein. Heute Abend 8½ Uhr, Melchiorstr. 15: Versammlung mit Frauen; Vortrag des Herrn Dr. Weyl über die Heilkraft des Wassers.

Allgemeiner Verein der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands. Heute Abend 8 Uhr, Alexanderstr. 27c (Englischer Garten): Geselliger Abend. Gesangs- und humoristische Vorträge unter gütiger Mitwirkung des Bieder'schen Männerchors. Nachdem Tanz. Arrangirt von der Filiale Berlin.

Vergnügungsverein Fidusia. Sonntag, 1. November, nachmittags 5 Uhr, Sitzung im Restaurant Wiedemann, Blumenstr. 99. Macher Fidelitas.

Touristenklub Ruf, Dresdenerstr. 13 bei Becker, jeden Sonnabend 9 Uhr geselliges Beisammensein. Morgen Nachmittag 2 Uhr Partie nach Zeblendorf-Belitzhof.

Vergnügungsverein Lustige Seelen. Heute Abend 8½ Uhr, Reichenbergerstr. 19, Sitzung. Morgen: Gesellschaftsabend, Adalbertstr. 8. Anfang abends 8 Uhr. Gäste willkommen.

Direct von Aachen!

dem durch seine vorzüglichen Tuchwaaren bekannten **ersten** Fabrikort Deutschlands, versenden wir zu **hervorragend** billigen Preisen **Herren-Anzug- und Paletotstoffe** von den **einfachsten** bis zu den hochmodernsten, für **jeden** Geschmack passend, in **tadelloser reeller** Waare. **Anerkennungsschreiben** in grosser Anzahl aus fast allen Städten Deutschlands beweisen unsere **Reellität** und **Leistungsfähigkeit.** Vorzügliche **Musterauswahl franco** — ohne Kaufverpflichtung — an Jedermann.

Unsere seit Jahren bekannten und bewährten sind wieder vorräthig und werden trotz der hohen Wollpreise, wie bisher **3½ Meter** schwarz, blau oder braun zu einem modernen, gediegenen Anzuge für **10 Mark!** geliefert. **Monopol-Cheviots! (Zahllose Empfehlungen).**

Wilkes & Cie., Tuchindustrie Aachen Nr. 78a. Man bittet genau zu adressiren.

Damenhüte

und **Kinderhüte,** garnirt und ungarnirt, sowie **sämmtliche Putzartikel** empfiehlt in größter Auswahl zu billigsten Preisen 172L*

Th. Sabor, Oranienstr. 204 (zwischen Heinrichsplatz und Manteuffelstraße.)

Total-Ausverkauf

zu außerordentlich billigen Preisen wegen gänzlicher Auflösung meines Geschäfts.

Kleiderstoffe, Teppiche, Gardinen, Tischdecken, Möbelstoffe (Reste), **Wäsche, Corsets, Trikotagen, Inlet, Hemdentuch, wollene Tücher, Herrenwesten, Pellerinen, Taschentücher, Handschuhe, Strümpfe** 2c. M*

Amandus Wronkow

Oranienstrasse 162 zwischen Moritz- und Oranienplatz.

Meine Fabrikate

sind weit bekannt als gut und billig!

Rem. Nickel M. 6.—
„ Silber 800/1000 Goldr. M. 10.—
Anchr Spir. Breguet 15 Stein. M. 16.—
mit 16 Stein., 1 Châton, System Glashütte M. 20.—
Wecker, leuchtend M. 2.70
Regulateur 1 Tag Geh- u. Schlagw. M. 8.50
Regulateur 10 Tg. Geh- u. Schlgw. M. 12.—
Illustr. Preiskourant über Uhren, Ketten, Wecker, Regulateure, Gold- und Silberwaaren gratis u. frko. Nicht Passend. wird umgetauscht oder der Betrag zurückerstattet.

Eug. Karecker, Uhren-Fabrik, Lindau i. B., Nr. 47, früher Constanz.

2 Jahre Garantie!

Harmonika, Violinen, Zithern in nur besten Qualitäten kaufen Sie **sehr** vortheilh. v. **Paulus & Kruse** Markneukirchen 139. Kat. gratis.

Parteigenossen!

Hüte nur mit **Kontrollmarke,** [58428*

Schirme, Stöcke, Kravatten.

Otto Gerholdt, Dresdenerstraße 2. Ecke Skalitzerstr.

Große Berliner Schneider-Akademie,

System Kuhn, **seit 1880 im Rothen Schloß,** befindet sich **vom 1. September an** in den mit allem Comfort der Neuzeit ausgestatteten Prachträumen des Hohenzollernhauses **Berlin W., Leipzigerstr. 117/118.** Gründliche Ausbildung in der Herren-, Damen- und Wäscheschneiderei. Neue Kurse am 1. und 15. jeden Monats. Lehrbücher zum Selbstunterricht. Unentgeltlicher Stellennachweis. Prospekte gratis.

62L* Die Direktion.

Jede Dame spart Geld

beim Einkauf von Damenmänteln! P*

Winterjaketts 5—15,00, hochelegante Modelle in **Kragen, Capes,** Applicationen und Stickereien auf **Seiden-Plüsch, Federkrimmer, Seal, Eskimo, Astrachan** 10—45,00. **Abendmäntel,** auf Seide wattirt, mit echten **Pelzbesätzen** 8—30,00. **Stoff-Abendmäntel** 8—15,00. Den **Rest Regenmäntel** und **Golf-Capes** 4—10,00. Steter Eingang von **Gelegenheitskäufen.**

Landsberger-Strasse 59, 1 Tr. (kein Laden).

Wir erlauben uns, neben unseren bekannten dunklen und hellen Bieren unser Patzenhofer Versandbier (Münchener Farbe), Patzenhofer „Ceres" (ganz hell) in empfehlende Erinnerung zu bringen.

Patzenhofer Brauerei,

NO., Landsberger Allee 24—27.

Fernsprecher Fassbier Amt VII. 5535.
„ Flaschenbier „ VII. 2200.

Achtung! Achtung!

Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilz. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervtödten bei Bestellung umsonst.

Guckel, Lausitzerplatz 2, Elsasserstr. 12, Steglitzerstr. 71, I.

Reell und billig

kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hitschke,** gegründet 1872, **Skalitzerstr. 13,** Ecke Admiralstraße, am Kottbuser Thor. 50152*

Kartonbranche!

Sonntag, den 1. November 1896, vormittags 10 Uhr:

Große Versammlung aller Kartonarbeiter und -Arbeiterinnen

in Keller's Festsälen, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung: 23/14

1. „Die Arbeiterin im Kampf um's Dasein." Ref.: Kollegin **Marie Greifenberg.** 2. Die Mißstände in einigen Kartonfabriken. 3. Verschiedenes.

Daß das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen dringend nothwendig ist, bedarf bei den vorhandenen Mißverhältnissen in den Fabriken keiner weiteren Betonung, und erwarten zahlreichen Besuch

Die Vertrauenspersonen.

Achtung! Einsetzer. Achtung!

Am Sonntag, den 1. November, vormittags 11 Uhr, im Louisenstädtischen Klubhaus, Annenstr. 16:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Ist es den Einsetzern Berlins möglich, ihren Forderungen ohne Rückhalt des Holzarbeiter-Verbandes voll und ganz Geltung zu verschaffen? Referent Kollege **Wiedemann.** 2. Diskussion.

Es ist dringend nothwendig, daß ein jeder Kollege in dieser Versammlung erscheint. 1135b

Die Fünfer-Kommission.

Fachverein d. Musikinstrumenten-Arbeiter

Montag, den 2. November, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Henke, Naunynstraße Nr. 27:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Adolf Hoffmann** über: „Gesinde u. Gesindel". 2. Diskussion. 3. Beschlußfassung über Aenderung des Sammelwesens. 4. Abrechnung vom Sommerfest. 5. Verschiedenes. 141/5

Um zahlreiche Betheiligung bittet **Der Vorstand.**

Die Kollegen werden ersucht, mit den ausstehenden Sommerfest-Billets am Sonnabend, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal, Naunynstraße 78, abzurechnen.

Verein der Maschinisten, Heizer u. Berufsgen.

Berlins und Umgegend. 138/3

Sonntag, den 1. November, nachm. 5 Uhr, in der Oranienstr. 51:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. **Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!

Kupferschmiede.

Sonnabend, den 31. Oktober 1896, abends 9 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Grosse öffentliche Versammlung

aller in Kupferschmiedereien beschäftigten Personen.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über den Stand des Dispositionsfonds. 2. Wahl der Bezirkskassirer. 3. Vortrag des Genossen Aßmann über die Kranken-Versicherungs-Gesetzgebung. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen, insbesondere der Mitglieder der Orts-Krankenkasse, bittet 99/1

Der Vertrauensmann der Berliner Kupferschmiede.

Verband der Möbelpolirer.

Nächsten **Montag** Abend 8½ Uhr in **Rixdorf,** Knesebeckstraße, in **Foster's Salon:**

Versammlung.

Tages-Ordnung: 145/10

Vortrag des Genossen **Massatsch** über „Bourgeoisie und Proletariat". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Billets à 60 Pf. zu der am 8. November stattfindenden Urania-Vorstellung (Taubenstraße) sind heute Abend in den Zahlstellen zu haben; die bis morgen Mittag nicht zurückgegebenen gelten als verkauft. Die vollberechtigten Mitglieder (siehe § 7 und 8 des Statuts) erhalten ihre 60 Pf. zurück, wenn sie ihr Mitgliedsbuch an der Kontrolle vorzeigen.

Der Vorstand.

Kollegen, welche dem Gesangverein der Möbelpolirer beitreten wollen, mögen Dienstags (abends 9 Uhr) Königsbergerstraße 12 erscheinen.

Achtung! Maurer. Achtung!

Mitglieder-Versammlung

der Filiale Berlin II d. Zentral-Verband. deutsch. Maurer am Sonntag, den 1. November, vormittags 10½ Uhr, in M. Cohn's großem Saal, Beuthstr. 20.

Tages-Ordnung:

1. Unsere wirthschaftliche Lage. Referent: W. Fritzsch. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom 3. Quartal. 4. Gewerkschaftliches (und nähere Erläuterung des Statuts).

Laut Beschluß der letzten Mitglieder-Versammlung werden die Versammlungen pünktlich zur angegebenen Zeit eröffnet. Gäste haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Kollegen, sorgt für guten Besuch dieser Versammlung. 136/2 **Die Lokalverwaltung.**

Graveure, Ziseleure Berlins u. Umgegend.

Dienstag, den 3. November, abends 8 Uhr, in den „Oranienhallen", Oranienstraße 51:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag des Genossen **Dr. Pinn** über: Presse. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten. 74/3

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Oeffentliche Versammlung

sämmtlicher Weber, Tuchmacher, Raschmacher

am Montag, den 2. November, abends 8 Uhr, bei **Nieft,** Weberstraße 17. 1161b

Tages-Ordnung: Stellungnahme zu dem Entwurf eines Minimal-Lohntarifs.

Die Tarif-Kommission.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Steinträger **Aug. Gräh,** am 28. d. M. plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. Nov., nachm. 3 Uhr, vom Emmaus-Kirchhof aus statt. **Wwe. Gräh.**

Todes-Anzeige.

Hierdurch zur Nachricht, daß unser Sangesbruder und Kollege

Wilhelm Jänicke

am 29. Oktober, nachmittags 5 Uhr, sanft entschlafen ist. Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm der 1165b

Männer-Gesangverein Rosenthaler Vorstadt.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. November, nachmittags 3 Uhr, von der Rügenerstr. 18 aus statt.

Mittwoch Nachmittag 3½ Uhr verstarb nach langen, schweren Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, der Zigarrenmacher

Reinhold Puls.

Die Beerdigung findet Sonntag, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Birkenstraße 31, nach dem Johanniskirchhof beim Plötzensee statt.

Am Mittwoch, den 28. d. M., nachmittags 3½ Uhr, starb nach langen Leiden mein lieber Mann, unser Vater, der Zigarrenarbeiter

Reinhold Puls.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. November, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Birkenstraße 31, aus statt.

Die trauernde Wittwe nebst Kindern.

Nach langen Leiden verschied mein innig geliebter Mann 1154b

Carl Jacob

im 43. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbetrübt an **Ww. M. Jacob.**

Die Beerdigung findet am 1. Novbr., nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Alten Jacobi-Kirchhofs (am Rollkrug) aus statt.

Dienstag, den 27. Okt., entschlief mein herzensguter Mann u. strebsamer Vater, der Buchdrucker

Waldemar Luttermann,

plötzlich am Herzschlag. Um stilles Beileid bitten 1168b

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Sonntag Nachm. 4 Uhr von der Leichenhalle des Neuen Jacobi-Kirchhofs in der Hermannstraße aus statt.

Todes-Anzeige.

Am Mittwoch, den 28. Okt., nachm. 7¼ Uhr, entschlief sanft nach kurzem, aber schwerem Leiden unsere einzigste geliebte Tochter

Hedwig Günther

an den Folgen von Diphtheritis.

Die Beerdigung erfolgt am Sonntag, den 1. Nov., nachm. 2½ Uhr, v. Trauerhause, Belfortersir. 3, aus nach d. Georgenkirchhof in Weißensee. 1174b

Die trauernden Eltern

Bernhard Günther und Frau.

Danksagung.

Für die so herzl. Theilnahme, welche mir bei dem schweren Verluste meines lieben Mannes **Wilh. Stehr** zu theil geworden, sage ich allen Verwandten, Bekannten u. Kollegen meinen innigsten Dank. **Auguste Stehr** geb. **Sebald** nebst Kindern. 1175b

---

Für nur 9 Mark versende ich gegen Nachnahme an Jedermann meine von den ersten Künstlern als unübertrefflich erklärten **International-Patent - Harfen - Accordzithern, 6 pedalig.**

Das Instrument ist innerhalb einer Stunde vollständig ohne Notenkenntniß zu erlernen und giebt auch bei Spaziergängen einen schönen singenden Ton, ebenso stark, wie auf dem Zithertisch liegend. Alle Märsche und Tänze geben einen starken vollen Ton und Klang. Eine Schule, Zitherring, Schlüssel, Stimmpfeife 2c. liegt gratis bei. Zu beziehen von der 251L*

Musikinstrumenten - Fabrik

Otto Meinel

in Klingenthal i. S.

Achtung! Achtung!

Werthen Genossen und Genossinnen empfehle bestens mein **Holz- und Kohlen-Geschäft.** Bitte mich zu unterstützen. 1176b

A. Thomas, Manteuffelstr. 95.

Paster's Gesellschafts-Säle

Neue Königstrasse 7.

Säle von 100—400 Personen mit Garten für Festlichkeiten und Versammlungen. 5013L*

Groß-Destillation u. Ausschank

Franz Böhm

Landsbergerstraße Nr. 95.

„Vorwärts" ist zu lesen. 1144b

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler 2c.

Eingeschr. Hilfskasse Nr. 8, Hamburg.

(Verwaltung Berlin B.)

Montag, 2. Novbr., abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Lokale des Herrn **Möhring** (Märkischer Hof), Admiralstr. 18c.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 3. Quartal.
2. Vortrag.
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

181/2 **Die Ortsverwaltung.**

Orts-Krankenkasse der

Messerschmiede etc.

Sonnabend, 7. Novemb., abds. 8½ Uhr, bei **Badiel,** Rosenthalerstr. 57:

Ordentliche

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wahl von drei Ausschuß-Mitgliedern zur Abnahme der Jahresrechnung.
2. Wahl von drei Vorstands-Mitgliedern, 1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer.
3. Wahl eines Rendanten sowie eines Kassirers, beziehungsweise Beschlußfassung über die Gestellung einer Kaution derselben. 1160b
4. Bericht der Kommission, Verschiedenes.

Arbeitgeber sowie Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

J. V.: Horn.

Freie Vereinigung der

Händler u. Händlerinnen

Berlins und Umgegend.

Sonntag, 1. November, abends 6 Uhr, bei **Buske,** Grenadierstr. 33:

Mitglieder-Versammlung.

Vortrag: Gesinde und Gesindel. Ref.: Adolf Hoffmann. Diskussion.

Nach der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensein mit Tanz.**

Entree 10 Pf. Gäste haben Zutritt.

Der Vorstand. 1137b

J. A.: **Carl Müller,** Gr. Frankfurterstr. 96.

Ortskrankenkasse d. Uhrmacher.

Ordentliche

Generalversammlung

Mittwoch, 4. Novbr., abends 8½ Uhr, im Saale des Herrn **Brochnow,** Sebastianstr. 39.

Tagesordnung:

1. Wahl von drei Mitgliedern zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres. 2. Wahl des Vorstandes, sechs Arbeitnehmer, drei Arbeitgeber. 3. Verschiedenes. 1156b

Hierzu ladet ein

Der Vorstand.

C. Schultz, Vorsitzender.

NB. Das Quittungsbuch ist behufs Ausübung der Wahl vorzuzeigen.

Neues Klubhaus

72 Kommandanten-Straße 72.

Sonnabend, 21. und 28. Nov., sowie Sonnabend, 5. Decbr.

Saal frei. 1103b

Verband der in Buchbindereien,

der Papier- u. Ledergalanteriewaaren-Industrie beschäftigt. Arbeiter und Arbeiterinnen.

Montag, den 2. November, abends 8½ Uhr, bei **Feuerstein,** Alte Jakobstraße 75:

Außerordentliche

General-Ve sammlung.

Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Ergänzungswahlen. 3. Mitgliedschafts-Angelegenheiten. 23/12

Mitgliedsbuch legitimirt.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet

Der Vorstand.

Sonnabend, den 7. November 1896:

Gemüthliches Tanz-Kränzchen

in sämmtlichen Räumen des

Louisenstädtischen Klubhauses, Annenstraße 16.

Anfang 8 Uhr. — Eintritt incl. Tanz 20 Pf.

Zahlreichen Besuch der Kollegen und Kolleginnen erwartet

Das Vergnügungs-Komitee.

Belle-Alliance-Theater.

Volks-Vorstellung unter Regie von Julius Türk.

Morgen, Sonntag, den 1. November 1896, nachm. 3 Uhr:

Zum 1. Male:

Lumpacivagabundus.

Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den bekannten Zahlstellen zu haben.

An der Kasse 75 Pf. 228/13

Bekanntmachung

der Schweine-Engros-Schlächterei

19 Holzmarkt-Strasse 19.

Im großen Laden findet der Verkauf unter folgenden Preisen statt:

Preis-Courant:

	à Pfd.		à Pfd.
Rindfleisch	50—60 Pf.	Roastbeef	60—65 Pf.
„ ohne Knochen	70 „	Kalbsschnitzel	120 „
Hammelfleisch	50—60 „	Kalbskotelette	90 „
Keule	60—65 „	Hammelkotelette	70 „
Kalbfleisch	50—60 „	Filet	80—90 „
Keule	60—65 „	pfundweise	120 „
Schweinefleisch	50 „	Kasseler	65 „
ohne Fett	60 „	Rippespeer	70 „
von 5 Pfund an	55 „	Mager Speck	65 „
Schinken	50 „	von 5 Pfund an	60 „
Carbonade	65—70 „	Fetter Speck	55 „
Rückenfett, Liefen	50 „	von 5 Pfund an	50 „
Bauch	50 „	Roher Talg	40 „
Rind- u. Schweinehackfleisch	60 „	Selbstausgebrat. Talg	45 „
Schabefleisch	80 „	„ Schmalz	45 „
Eisbein } gepökelt	25—35 „	Wurstschmalz	25 „
Köpfe } gepökelt	25 „		

Spezialität:

Bei Entnahme von 10 Pfd. Preisermäßigung.

	à Pfd.		à Pfd.
Schlackwurst	80 Pf.	Thüring. Wurst (prima)	60 Pf.
Salami	80 „	Polnische Bratwurst	60 „
Gefüllter Schinken	80 „	Mettwurst	60 „
Braunschweiger	80 „	Sächsische Blutwurst	45 „
ff. Leberwurst	80 „	Preßwurst	50 „
Zungenwurst	80 „	Sülzwurst	50 „
Aufschnitt à Pfd 100—120	„	Zwiebel-Leberwurst	50 „

In ganzen Kisten per Pfd. 5 Pf. billiger.

Bei Entnahme von 5 Mark freie Zusendung ins Haus.

Täglich warme Knobländer und Bockwürste.

Jeden Sonnabend frische Blut- und Leberwurst.

Engros-Verkäufe nachmittags von 5—8 Uhr.

Der Detail-Verkauf ist von morgens 6—1 und nachmittags von 4—10 Uhr.

Sonnabends nur von 2—3 Uhr geschlossen!

Pichelswerder.

Empfehle den geehrten Herren und Damen meine Winter-Lokalitäten, gute Speisen und Getränke stets vorräthig. 6017L*

Es ladet ein **Der alte Freund.**

Deutsche Schuh-Fabrik Erfurt

liefert

Schuhwaaren en gros & en detail

in eleganter und solider Ausführung.

Arbeiter Berlins!

Die Fabrikate der **ausgesperrten Schuhmacher** in **Erfurt** werden jetzt, außer in den bekannten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen

Bellealliancestr. 98|99

und

Rosenthalerstr. 63|64

verkauft.

Weitere Filialen in Deutschland:

München, Sendlingerstraße 10.
" Dachauerstraße 83.
" Landsbergerstraße 7.
Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 26.
Düsseldorf, Bismarckstraße 91.
Köln a. Rh., Eigelstein 68.
Bremen, Faulenstraße 75.
Hannover, Klagesmarkt 7a.
Hamburg, Werftstraße 8a.
Leipzig, Zeitzerstraße 37.
Braunschweig, Höhe 4.

Jeder Käufer, der einen Versuch macht, wird mit dem gelieferten Fabrikat, das jeder Konkurrenz die Spitze bietet, in Preis und Qualität zufriedengestellt. — **Unser Geschäftsgrundsatz ist: Geringer Verdienst, rascher Umsatz. — Jedem unserer Freunde kann die Waare bestens empfohlen werden.**

Damenstiefel von **M. 3,50, Herrenstiefel** von **M. 5,75,**

In der Bellealliance-Straße bitte genau auf Nummer 98 zu achten. 5846L*

Für die Geschäftsleitung: **Wilh. Bock.**

Achtung! **O. J. Engelke,** Neue Jakobstr. 26, echten alten Nordhäuser Liter M. 1,—, ½ L. M. 0,50, extra alte Waare " " 1,40, " " 0,70.
Kleinverkauf von 10 Pf. an.

Als **Hausschlächter** für Restaurateure u. Private empfiehlt sich **K. Rössler,** Fleischermeister, 2542*] Münchebergerstr. 11, 1 Tr.

Deutscher Porter.

Dessert- u. Malzkraftbier I. Ranges.

Brauerei Burghalter, Potsdam, gegr. 1736, bes. f. Blutarme, Brustkr., Bleichs., Wöchn., Rekonv. 2c. d. leicht bekömml., nahrh. kräftigste Bier. — Ist blutbild., desh. bess. Gesichtsfarbe u. Gewichtszun. überrasch. 14 Fl. drei, 50 Fl. zehn Mk. exkl. In Geb. (1/4, 1/8, 1/16) z. Selbstabz. wesentlich billiger. Allein. Versandist. f. Berlin u. Prov.: Porterkellerei **Ringler, Berlin, Brunnenstr. 152.** Nicht Flaschenzahl — Qualität entscheidet.

Fruchtweine

Johannisbeerwein, weiß und roth, **Stachelbeerwein, Heidelbeerwein** à Fl. (3/4 Ltr.) 75 Pf. à Liter 1 Mark exkl.

pro Glas. **10** Pfennig. 1/10 Liter.

Kosthalle der Berliner Groß-Destillateure Berliner Gewerbe-Ausstellung Elektr. Eisenbahn-Haltestelle, Marionettenspiele.

Eugen Neumann & Co.

Detail-Verkaufsläden:
Belle-Alliancepl. 6a, N. Friedrichstr. 81, Oranienstraße 190, Genthinerstr. 29. **Potsdam:** Bäckerstraße 7. **Charlottenburg:** Kaiser Friedrichstraße 49.

M. J. Hahlo,
Patentanwalt,
Berlin NW., Karlstrasse 8.

Patentnachsuchung und Verwerthung. [58248*

Rath, Auskunft und Konferenzen kostenfrei.

Erste Referenzen im In- u. Auslande

Stieglitze, Zeisige 1 M., alle Sorten Vögel billig. **Schmidt,** Kl. Andreasstr. 8.

Herren-Hüte enorm billig.

Nur neueste Façons in allen Farben, vollständig fehlerfrei,
giebt einzeln ab die **Fabrik** zu folgenden Preisen:

Steif 1,90—2,80—2,50—3,00 M.
Weich 1,00—4,00 M.
Haarhüte 4,80—6,00 M.
Zylinder-Hüte 4—11 M.

6008L*

im Komptoir **Grüner Weg 2, I,** a. d. Jfflandstraße.

---

4. Münzstraße 4.

Wegen Abriß des Hauses Räumung
meines Detail- und Engros-Lagers in

Schuhwaaren

in erdenklichsten Sorten zu unerreicht billigen Preisen.

Damen-Zugstiefel	eleganter Schnitt, gute Paßform in allen Größen . . . Paar	**2,90 Mk.**
Damen-Knopfstiefel	**ausgenähte** Knopflöcher, assortirt . . . . Paar	**3,75 Mk.**
Damen-Lederhausschuhe	warm gefüttert . Paar	**1,90 Mk.**
Damen-Steppschuhe	warm, mit richtigem halben Absatz . . . . . Paar	**1,75 Mk.**
Damen-Knopfstiefel	ausgenähte Knopflöcher, Lederkappe, Lederbrandsohle, **streng reell** . . . . . Paar	**5,25 Mk.**
Herren-Roßlederzugstiefel	genagelt oder genäht, assortirt . . Paar	**3,90 Mk.**
Herren-Schnürschuhe	genagelt oder genäht Paar	**3,50 Mk.**
Herren-Besatzstiefel	genagelt mit Knopfverzierung Paar	**4,00 Mk.**
Herren-Zugstiefel	genagelt oder genäht, Lederkappe, Lederbrandsohle Paar	**5,00 Mk.**
Elegante Herren-Besatzstiefel,	Wiener Arbeit, genagelt Paar	**6,00 Mk.**

Zu ebenso billigen Preisen ist mein großes

Winterlager

herabgesetzt.

L. Wachsner, Schuhwaaren en gros

4. Münzstraße 4.

4. Münzstraße 4. 4. Münzstraße 4.

W. Winkler

Gerichtstr. 18,
früher Reinickendorferstraße 2g.
Uhren- u. Goldwaaren-Verkauf. Reparaturen.

Lanolinseife!
macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stück Lanolinseife und ein reines Handtuch liefere ich f. 10 Pf. p. Woche. **Handtuch-Verleih-Institut L. Pigner,** 1228*] **Neue Königstr. 17.** Fernsprech-Amt VII. Nr. 2087.

Warenhaus A. Wertheim

Abteilung

Herren- und Knaben-Garderobe.

Besonders preiswerte Artikel:

Hohenzollern-Mäntel	**21 Mk.**	**Winterjoppen, gefüttert**	**7,75 Mk.**
Paletots mit Plaidfutter	**17 Mk.**	**Beinkleider für Herren**	**5 Mk.**
Jackett-Anzüge, blau Cheviot	**25 Mk.**	**Schlafröcke . . . .**	**11 Mk.**

Knaben-Anzüge blau Cheviot 2,90 M.

Jäger-Anzüge für Knaben 4,50 M.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.